



Plenarprotokoll

102. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 16. Dezember 1999

Akademie für Natur und Umwelt

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2586

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2618

Ingrid Franzen [SPD]	7708, 7719
Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]...	7709, 7720
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7711, 7722
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7712, 7720
Anke Spoorendonk [SSW].....	7713
Klaus Schlie [CDU]	7715
Konrad Nabel [SPD]	7715
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7716
Martin Kayenburg [CDU]	7717
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7718
Günter Neugebauer [SPD]	7719
Thomas Stritzl [CDU]	7721
Ursula Kähler [SPD]	7722
Rainer Steenblock, Minister für Um- welt, Natur und Forsten	7723

Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 14/2586..... 7724

Parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.
sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2607

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident	7724
Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	7726
Thorsten Geißler [CDU].....	7727
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7729

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7729
Anke Spoorendonk [SSW].....	7731
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bun- des- und Europaangelegenheiten.....	7732
Beschluss: Annahme	7733

Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2533

Bericht und Beschlussempfehlung des Bil-
dungsausschusses
Drucksache 14/2569

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU
und der F.D.P.
Drucksache 14/2616

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	7733
Jürgen Weber [SPD]	7733
Jost de Jager [CDU]	7734
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7736, 7740
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7737, 7741
Anke Spoorendonk [SSW].....	7738
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7740
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7742

Beschluss: Annahme

7743

Bericht über die Folgen des Orkans „Anatol“ in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.
sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2609

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus.....	7744, 7751	Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung.....	7761
Günter Fleskes [SPD].....	7745	a) Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002	
Heinz Maurus [CDU].....	7746	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7748	Drucksache 14/2472 (neu)	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7749		
Anke Spoorendonk [SSW].....	7750	b) A 20 und Elbquerung	
Beschluss: Annahme und Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung.....	7751	Antrag der Fraktion der CDU	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutze des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres (Nationalparkgesetz)		Drucksache 14/2482	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW	
Drucksache 14/2571		Drucksache 14/2529	
Bericht- und Beschlussempfehlung des Unterausschusses		c) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts	
Drucksache 14/2617		Antrag der Fraktion der F.D.P.	
Frauke Tengler [CDU], Berichterstatterin	7751	Drucksache 14/2504	
Beschluss: Verabschiedung.....	7751	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses	
Katholische Schwangerschaftskonfliktberatung in Schleswig-Holstein		Drucksache 14/2504	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	7761
Drucksache 14/2582 (neu)		Bernd Schröder [SPD].....	7762
Änderungsantrag der Fraktion der CDU		Martin Kayenburg [CDU].....	7763
Drucksache 14/2604		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7764
Ingrid Franzen [SPD]	7752, 7758	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7766
Kläre Vorreiter [CDU]	7753, 7758	Anke Spoorendonk [SSW].....	7767
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7754	Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	7768
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7756	Beschluss: Annahme	7769
Anke Spoorendonk [SSW].....	7757	Gemeinsame Beratung	
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau ..	7759	a) Auswirkungen einer Unternehmenssteuerreform auf das Handwerk in Schleswig-Holstein	
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 14/2582 (neu).....	7760	Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.	
Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1999		Drucksache 14/2579	
Bericht des Eingabenausschusses		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.	
Drucksache 14/2541		Drucksache 14/2619	
Gerhard Poppendiecker [SPD], Berichterstatter	7760	b) Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein	

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2518

Änderungsantrag der Fraktionen von
CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2538

Bericht und Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/2575

Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	7770
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	7770
Günter Neugebauer [SPD]	7771
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7773, 7780
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7775
Anke Spoorendonk [SSW]	7776
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	7777
Helmut Plüschau [SPD]	7779
Hermann Benker [SPD]	7780
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7780

Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 14/2518	7781
--	------

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Antrag des Ministers für Finanzen und
Energie
Drucksache 14/2512

Bericht und Beschlussempfehlung des
Finanzausschusses
Drucksache 14/2547

Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin	7782
Renate Gröpel [SPD]	7782
Thomas Stritzl [CDU]	7783
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7784
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7785
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	7786

Beschluss: Annahme	7787
--------------------------	------

a) Bericht zur Arbeit des „Beirates Niederdeutsch beim Schleswig-Holsteinischen Landtag“ für die 14. Wahlperiode 1996 - 2000

Bericht des Landtagspräsidenten
Drucksache 14/2572

b) Bericht zur Situation der niederdeutschen Sprache und Kultur

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2600

Landtagsbeschluss vom
18. November 1999
Drucksache 14/2530

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7787, 7794
Frauke Tengler [CDU]	7789
Gerhard Poppendiecker [SPD]	7790
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7791
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7792
Anke Spoorendonk [SSW]	7793

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	7795
---	------

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur
und Forsten

* * * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Hay! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst begrüße ich auf der Besuchertribüne die Besuchergruppen der Beruflichen Schule Plön und der Erich-Kästner-Schule Silberstedt.

(Beifall)

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Gerckens, Silke Hars, Ursula Röper und Ulrike Rodust, denen wir von hier aus noch einmal gute Genesung wünschen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Akademie für Natur und Umwelt

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2586

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2618

Auf dem Antrag steht zwar Ergänzungsantrag. Ergänzungsanträge gibt es aber nicht. Es ist ein Änderungsantrag. Ich bitte, dies entsprechend zu korrigieren.

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frauen sind heute Morgen ja besonders gestärkt, weil wir heute als Hexen zusammen gefrühstückt haben.

(Holger Astrup [SPD]: Das wusste ich vorher! - Beifall bei der SPD)

Das muss man einmal erzählen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Beratung dieses Tagesordnungspunktes mit einigen Informationen über die Akademie beginnen, damit wir alle mitreden können. Die **Akademie für Natur und Umwelt** des Landes Schleswig-Holstein ist die zentrale Koordinierungs- und Bildungsstätte des Umweltschutzes und der Umweltbildung unseres Landes. Sie wurde 1992 gegründet. Ich weise darauf hin: Das war eine gute Leistung der von der SPD allein getragenen Landesregierung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie wurde im April 1993 in einem in Neumünster sehr zentral gelegenen wunderschönen Haus eröffnet, das ich hier ausdrücklich lobend erwähnen möchte.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie ist in ihren Aufgaben auf die **Umweltbildung** im breitesten Spektrum festgelegt. Sie hat sich eine **Leitlinie** gegeben - das sage ich in Richtung auf die Opposition -, nach der sie sich klar definiert als überparteilich, demokratisch, der Agenda 21 und der Nachhaltigkeit verpflichtet - besser geht es nicht. Sie hat deshalb in logischer Konsequenz seit 1997 ein Agendabüro als Serviceeinrichtung für unsere Kommunen eingerichtet. Sie hat einen Förderverein, der 1997 gegründet wurde und dem Persönlichkeiten aus Vereinen, Verbänden und insbesondere aus der Wirtschaft, dem berühmten schleswig-holsteinischen Mittelstand, angehören, wie wir anlässlich einer Podiumsdiskussion leibhaftig in Form des Vorsitzenden und vieler Teilnehmer hören konnten.

Lassen Sie mich ein paar Zahlen und Daten zu den **Leistungen** der Akademie sagen. Die Akademie wurde in den sieben Jahren ihres Bestehens von fast 20.000 - genau 19.400 laut Stand vom November 1999 - Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Das waren Fachleute, Multiplikatoren, haupt- und ehrenamtlich Aktive im Bereich des Umweltschutzes. Dazu hat die Akademie über 700 Veranstaltungen durchgeführt. Ich könnte Ihnen das Spektrum der Themen vortragen. Dazu fehlt mir jedoch die Zeit. Sie können es nachlesen. Es gibt reichlich Informationsmaterial. Ganz besonders bemerkenswert ist, dass sie parallel dazu ein Netzwerk von 130 Koordinierungspartnern aufgebaut hat. Darunter fällt alles, was es im Land im Bereich Bildung gibt.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Das ist für uns eine eindrucksvolle Leistungsbilanz, die die große Akzeptanz beweist, die aber auch hohen **Bedarf** und **Nachfrage** deutlich macht. Dazu möchte ich nachdrücklich sagen, dass nur ein ganz geringer Prozentsatz der angebotenen Veranstaltungen mangels Masse ausfallen muss. Wenn man Volkshochschulkurse dagegenhält, weiß man, wie schwierig das ist.

Die SPD-Landtagsfraktion spricht den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Akademie ihren herzlichen Dank aus und tut das stellvertretend gegenüber dem

(Ingrid Franzen)

neuen Leiter, Herrn Dr. Jürgen Blucha, der heute als Zuhörer dieser Diskussion beiwohnt.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],
Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer
[SPD])

Nun haben wir ja heute Morgen ad hoc, als wenn es die Akademie nicht bereits seit sieben Jahren gäbe, einen **CDU-Antrag** erhalten. Was jedoch viel spannender ist, ist das, was wir nicht bekommen haben. Da wir gut sortiert sind, haben wir das Ding wiedergefunden. Die CDU hat nämlich unter der Leitung von Herrn Schlie - das sagt schon vieles, wenn nicht alles zum Umweltbereich -

(Heiterkeit bei der SPD)

unter dem Motto „Weniger Staat in Schleswig-Holstein“ auf Seite 24 - nun muss ich nachgucken, ich will ja genau sein - beschlossen: „Auflösung der Akademie für Natur und Umwelt.“ So steht das da.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Frau Todsens-Reese hat sich dem mehrfach in Podiumsdiskussionen zuwenden müssen. Sie hat von Prüfstand, keiner Doppelung der Aufgaben, von Konzentration geredet, von Auflösung hat Frau Todsens-Reese jedoch nicht gesprochen. Deshalb - mit Verlaub bemerkt -: Dieser Antrag ist Wirklichkeit in Schleswig-Holstein. Dazu haben wir einen Riesenbericht zwar von der vorherigen Landesregierung erhalten, aber der ist ja immer noch gültig. In ihm steht alles, was man zur Umweltbildung wissen muss, und alles, was wir tun. Dadurch sind wir besser geworden und das alles ohne und gegen Sie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Kommen Sie nicht mit so einem Stück Papier her und sagen, Sie täten etwas für Umweltbildung. Ich glaube vielmehr, Sie sind auf der Schiene: Zehn Jahre Umweltpause, den Leuten bloß nichts erklären, dann werden sie auch schon nicht dafür sein.

Lassen Sie mich deshalb abschließend sagen: Für die SPD-Fraktion ist klar: **Umweltbildung** ist unverzichtbar, denn nur durch Verständnis und durch daraus abgeleitetes verändertes Verhalten werden wir nachhaltig leben können. Darüber waren wir uns in allen Podiumsdiskussionen völlig einig.

Da waren wir nämlich wieder bei dem Thema Schule. Aber es gibt auch Erwachsene, um die wir uns kümmern müssen. Das tut die Akademie. Deshalb ist die Akademie für uns das richtige Instrument. Sie muss gesichert, gefördert, aus- und aufgebaut werden.

Meine Damen und Herren, dazu sind Sie herzlich willkommen. Stimmen Sie unserem Antrag zu und packen Sie Ihren wieder dahin, wo er hingehört!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Todsens-Reese das Wort.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei diesem rot-grünen Antrag zur **Akademie für Natur und Umwelt** habe ich mich zunächst gefragt, was Sie damit eigentlich wollten. Frau Franzen, Sie haben das heute deutlich gemacht und ich freue mich über Ihren Beitrag. Ich freue mich deshalb, weil Sie dabei eines übersehen haben. Sie haben übersehen, dass das, was wir in unserem Antrag vorschlagen und auch von Ihnen erbitten, in weiten Teilen der Forderung des bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz entspricht, in dem alle Umweltakademien - auch die aus Schleswig-Holstein - vertreten sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Das sind **Leitlinien** zur **Natur- und Umweltbildung** für das 21. Jahrhundert. Aber Sie finden sich selber so toll, dass Sie nicht bereit und in der Lage sind, darüber nachzudenken, ob wir nicht auch eine Weiterentwicklung brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, es wäre wohl etwas dürftig, hier und heute nur eine schlichte Grußadresse an die Akademie auszusprechen. Wichtiger wäre es, grundsätzliche Überlegungen anzustellen, wie wir die Umweltbildung in Schleswig-Holstein weiterentwickeln können.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir unseren Ergänzungsantrag eingebracht, denn ihren Antrag empfinden wir als zu dürftig. Er wird der eigentlichen Sache der Umweltbildung nicht gerecht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen
[SPD] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Stellen Sie doch ein
Konzept dar!)

- Frau Franzen, darauf komme ich. Können Sie ausnahmsweise einmal zuhören? Damit wir uns nicht missverstehen: Die CDU-Landtagsfraktion bewertet die Arbeit der Akademie für Natur und Umwelt im Großen und Ganzen sehr positiv. Das sage ich ganz deutlich auch im Namen der Fraktion; vielleicht erken-

(Herlich Marie Todsens-Reese)

nen Sie das mal an. Wir schätzen das hohe persönliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wir begrüßen, dass die **Akademie** über 60 **Kooperationspartner** in ihre Arbeit eingebunden hat. Wir begrüßen auch den Beirat, der die **Vernetzung** mit allen unterschiedlichen Organisationen und gesellschaftlich relevanten Gruppen besorgt, auch wenn es hier aus unserer Sicht Ergänzungsbedarf geben mag.

Ich kann nicht erkennen, dass bei der Umweltbildung in Schleswig-Holstein bereits ein Stand erreicht ist, der es erlaubt, sich auf Lorbeeren auszuruhen, so wie Sie es hier wollen, Frau Franzen!

(Beifall bei der CDU)

Daher werden wir Ihrem Antrag zwar zustimmen, allerdings nur dann, wenn unser Ergänzungsantrag auch eine Mehrheit findet. Für uns ist die Umweltbildung eine zentrale Aufgabe im Rahmen eines modernen Natur- und Umweltschutzes.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn wir die Menschen dazu gewinnen wollen, ihre Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsweise dauerhaft und umfassend am Prinzip und den Erfordernissen der Nachhaltigkeit im Sinne der **Agenda 21** auszurichten, dann müssen wir sie durch Wissensvermittlung davon überzeugen, dass dieses der richtige Weg ist.

Als Grundlage für diese Überzeugungsarbeit brauchen wir ein neues fortgeschriebenes **Konzept der Umweltbildung** in Schleswig-Holstein. Insofern verweise ich auf die Punkte in unserem Antrag. Bei aller Wertschätzung der Akademie für Natur und Umwelt gehört dazu aber auch, dass wir alle Umwelteinrichtungen in die Betrachtung einbeziehen und auf den Prüfstand stellen, und zwar hinsichtlich ihrer Strukturen und Organisationsformen, ihrer inhaltlichen Arbeit als auch ihrer wirtschaftlichen und inhaltlichen Effizienz.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit welchem Ergebnis?)

- Herr Matthiessen, ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Hiermit ist für uns keineswegs das feststehende Ziel verbunden, die Akademie für Natur und Umwelt aufzulösen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sehr gut!)

Jetzt komme ich zu unserer Broschüre „Weniger Staat“. Wenn hier die Formulierung drinsteht, dann gucken Sie bitte mal in unserer Landtagswahlprogramm 2000. Da finden Sie diese Formulierung nicht mehr und das hat einen guten Grund. Wir gehen ergebnisoffen an die Arbeit. Wenn Sie nicht bereit sind - so wie Sie es hier deutlich sagen -, sich um die Wei-

terentwicklung der Umweltbildung in Schleswig-Holstein zu kümmern, dann machen Sie nur eine ganz vordergründige und polemische Politik, die der Umweltbildung in Schleswig-Holstein überhaupt nicht hilft.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt mache ich eine kritische Bemerkung auch in Richtung des Büros der Agenda 21 bei der Akademie. Es reicht nicht aus, mit Sicherheit engagierte Mitarbeiter dorthin zu setzen, die aber nicht die Sprache der Kommunen sprechen, die sie von dem Agenda-21-Prozess überzeugen sollen. Hier brauchen wir auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr **Professionalität**. Herr Matthiessen, das ist mir aus Gesprächen sehr wohl bekannt. Da brauchen Sie gar nicht so süffisant zu lachen. Auch damit helfen Sie der Umweltbildung in Schleswig-Holstein nicht.

Daher fordere ich Sie auf, weiter mitzumachen, sich zu öffnen und zu sagen: Wir brauchen eine Weiterentwicklung. Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie wenigstens den Umweltakademien in den Ländern - auch in Ihrem eigenen -, wo es deutlich in den Leitlinien für eine Natur- und Umweltbildung für das 21. Jahrhundert steht. Verkrustungen werden Ihnen nicht weiterhelfen und sind überhaupt nicht überzeugend.

Wie wichtig wäre es, zum Beispiel die Medien, den Journalistenverband oder die LPK sehr viel stärker in diese Arbeit - auch durch gemeinsame Seminare - einzubinden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Es gibt sehr wohl Ergänzungsbedarf. Wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten, das sei alles nicht erforderlich und alles schon ausreichend, dann versagen Sie sich einer Weiterentwicklung dieses wichtigen Bereichs in Schleswig-Holstein. Das finde ich ausgesprochen schade.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Frau Franzen, das ist die Arroganz der Macht, die Sie ohnehin auszeichnet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Matthiessen hat das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Kollegin Todsen-Reese, das war kein süffisantes Lächeln, das war eher ein bisschen Mitleid darüber, wie Sie sich hier verstricken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist die neueste Masche, die wir von der CDU bereits kennen. Sie legen in ihrer Broschüre „Weniger Staat“ Forderungen nach einer schlankeren Verwaltung und so weiter vor, die dort schriftlich dokumentiert werden. Sobald es in die Konkretion geht und Sie mit den Menschen zu tun haben, denen es dort an den Kragen gehen soll, dann werden Sie plötzlich „klein mit Hut“. Dann ist alles nicht so gewesen und zu relativieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Man muss ganz deutlich sagen, dass sich dieser Alternativantrag der CDU vordergründig ganz klasse liest, denn Sie wollen das durch Synergieeffekte noch besser machen. Was sind denn ihre Synergieeffekte? Die CDU sagt: Aha, wir haben zwei Aufgabenbereiche, nämlich Landwirtschaft und Umwelt. Beides hat mit Fläche zu tun und ist daher wohl ein **Synergieeffekt**. Das ist die Logik der CDU.

(Lothar Hay [SPD]: Erklär mal die Konzeption! - Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wenn man diesen Antrag ehrlich vor dem Hintergrund dessen liest, was Sie „konzeptionell“ vorgelegt haben, schriftlich dokumentiert haben und was Sie machen wollen, dann heißt die Weiterentwicklung, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, ganz schlicht „platt machen“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Frau Todsen-Reese, Sie wollen hier ein **Konzept** einfordern. Wenn man ernsthaft überlegt, hier im März die Regierung zu übernehmen, dann reicht es nicht, ein Konzept einzufordern. Die Menschen haben ein Recht darauf, die konkrete Ausgestaltung dieser Konzepte zu erfahren. Wohin gehen denn Ihre Gedanken? Wenn Sie sich Synergieeffekte vorstellen, dann müssen Sie doch sagen: Da wollen wir etwas zusammenpacken und da wollen wir etwas streichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wo bleiben denn bei dieser Partei, die sich anschickt, die Regierung zu übernehmen, die Konzepte, die Sie den Menschen vorlegen wollen? Sie haben doch nichts!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Satzungsgemäße Aufgaben der Akademie sind Wissensvermittlung, Geburtszahlenermittlung und Erarbeitung von Handlungsperspektiven zum Schutz, Erhalt und der Gestaltung von Natur und Umwelt und das macht die Akademie ganz hervorragend. Wir wollen die Akademie für Natur und Umwelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt in Schleswig-Holstein und auch im Vergleich mit anderen Bundesländern keine vergleichbare Einrichtung. Der **Erfolg** der Arbeit lässt sich in beeindruckenden **Zahlen** darlegen. Es gab bis 1999 fast 100 Veranstaltungen mit 173 Veranstaltungstagen, 2.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und seit Gründung 20.000 Gästen mit stetig wachsendem Zuspruch. 1999 gab es drei Ausstellungen, sechs Arbeitskreise, offene Gesprächsforen, eigene Veröffentlichungen und vieles mehr. Nicht zuletzt sollten die Arbeit der Info-Servicestelle, die Umweltbildung und das Agenda-Büro genannt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Frau Todsen-Reese, nun mäßigen Sie sich doch einmal etwas und verlagern Sie sich ein bisschen aufs Zuhören!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ausgerechnet Sie! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es kennzeichnet Ihre Art der Politik, dass Sie, wenn andere Leute hier vortragen, andauernd stören, anstatt in einen Dialog einzutreten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Einzige, der hier stört, sind Sie! Um das mal deutlich zu machen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Nicht zuletzt ist die Arbeit der Info-Servicestelle zu nennen. Es gibt eine lange Liste von **Kooperationspartnern**. Damit wird ein sehr hoher Anteil an Multiplikatoren und Entscheidungsträgern erreicht. Nicht zuletzt ist die über zehnprozentige Eigenfinanzierung durch Einnahmen zu erwähnen. Meine Damen und Herren, diese Arbeit ist unverzichtbar für unser Land.

(Detlef Matthiessen)

In Ihrer Broschüre „Weniger Staat“ steht drin, dass die Akademie aufgelöst werden soll.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Wenn man die zentralen Bausteine der Umweltbildung in Schleswig-Holstein schlicht auflösen will und sagt, wir bräuchten Konzepte, dann muss man das doch wenigstens ein bisschen in Andeutungen unterfüttern können!

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Sie haben gar nicht zugehört!)

Das habe ich vermisst. Ich habe zweimal durch Zwischenfragen herauslocken wollen, wohin Sie denn nun will, die arme Frau Todsens-Reese.

(Ingrid Franzen [SPD]: Herr Schlie! - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] - Unruhe)

Vielleicht sollte sich Herr Schlie einmal hier hinstellen und dazu etwas sagen.

Die Arbeit der Umweltakademie geht weit über eine Wissensvermittlung hinaus. Natürlich sind solide Kenntnisse für umweltrelevante Zusammenhänge eine Basis für umweltfreundliches Handeln. Immer wichtiger jedoch ist auch die Darstellungs- und Kommunikationsfähigkeit sowie der Umgang mit Interessenkonflikten und die Fähigkeit zur Kooperation, damit **Akzeptanz** und **Umweltpolitik** nicht Worthülsen bleiben. Da ist die Akademie ein Forum, das interessante, innovative Lösungsansätze bietet.

Ich gratuliere der Umweltakademie an dieser Stelle für ihre bisherige Arbeit und begrüße sehr, dass sie als Kompetenz- und Kommunikationszentrum eine nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein voranbringt und so gute Arbeit leistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Streit, den wir hier über die **Akademie für Natur und Umwelt** führen, bleibt zurzeit immer noch ein bisschen an der Oberfläche. Denn es ist natürlich klar, dass die Landesregierung über eine Akademie für Natur und Umwelt eine Beeinflussung der im Bereich Umwelt tätigen Menschen tätigt, auch in ihrem Sinne. Daher ist es verständlich, dass im Programm der Akademie, im Programm 2000, zum Beispiel das neue

Nationalparkgesetz als Programmpunkt auftaucht. Das halte ich durchaus für legitim

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

und es ist das Recht der Regierung, das zu machen. Genauso sehe ich als Mitglied einer zukünftigen Regierungsfraktion Möglichkeiten, über eine Akademie für Natur und Umwelt **Umweltpolitik** im liberalen Sinne zu beeinflussen. Ich möchte deutlich herausstellen: Für die F.D.P. ist eine Akademie für Natur und Umwelt unverzichtbar, wir brauchen sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wir brauchen aber auch, was Frau Todsens-Reese hier gefordert hat: eine Weiterentwicklung dieses Instrumentes; es muss sich den Erfordernissen anpassen, die an Umweltpolitik zu stellen sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das sind für mich zwei Aspekte der Akademie. Daher finde ich den Streit, den Sie hier führen, ehrlich gesagt ziemlich vordergründig und der Sache relativ wenig dienlich.

Genauso wenig hilfreich ist der Antrag von Rot-Grün, in dem es heißt: Es soll alles so bleiben, wie es ist. Wenn wir hier weiterhin solche Anträge stellen, werden wir bis zum Heiligen Abend zu tun haben.

(Konrad Nabel [SPD]: Wer hat denn damit angefangen?)

Denn es gibt noch eine ganze Reihe anderer Themen, wo Sie sagen wollen: Es soll so bleiben, wie es ist. Das ist nicht gerade eine hilfreiche Beschäftigung.

Es gibt in Deutschland 13 entsprechende **Umweltbildungsstätten**, die von den Ländern getragen werden. Alle **Flächenländer** haben eine solche Einrichtung - mit Ausnahme des Saarlandes. In den einzelnen Akademien in den Ländern sind natürlich unterschiedliche Themenschwerpunkte gesetzt worden. Es ist klar, dass beispielsweise der Küstenschutz in Bayern keine Rolle spielt. Es ist auch verständlich, dass Knickpflege in Hamburg kein Diskussionsthema ist.

Wir müssen auch feststellen, dass es für Menschen, die in Schleswig-Holstein Bedarf an Umweltbildung haben, relativ unzumutbar ist, entweder nach Schneverdingen zu fahren oder nach Malchin in Mecklenburg-Vorpommern, weil dort andere Themenschwerpunkte gesetzt werden. Insofern brauchen wir in

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Schleswig-Holstein eine eigene Einrichtung zur Natur- und Umweltbildung.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bedarf an **Umweltbildung** ist groß. Menschen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, in verschiedenen Verbänden tätig sind, interessierte Bürgerinnen und Bürger brauchen für ihre oftmals ehrenamtliche Tätigkeit ein qualifiziertes Angebot zur Weiterbildung im Natur- und Umweltschutz. Dieses Angebot hat ortsnah zu erfolgen - im eigenen Land -, weil wir in unserem Land natürlich andere gesetzliche Rahmenbedingungen und andere Konfliktfelder haben, als sie in anderen Bundesländern vorhanden sind. Daher brauchen wir eine eigene Einrichtung.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Sehr richtig!)

Ich will mit diesem Beitrag nicht verhehlen, dass es im Programm der Umweltakademie natürlich auch Punkte gibt, die ich nicht so gut finde, zum Beispiel „Frauen und Naturschutz im ländlichen Raum“. Die sollen da etwas über ökologische Zusammenhänge lernen. Warum nicht auch Männer das lernen sollen, ist mir nicht einsichtig. Solche Punkte brauchen wir nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich bin auch nicht mit der Tätigkeit des Agenda-21-Büros einverstanden. Ich könnte mir dort wesentliche Verbesserungen der Arbeit im Sinne von nachhaltigem Wirtschaften vorstellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Damit möchte ich allerdings nicht die Einrichtung infrage stellen. Man sollte auch einmal herausstellen, dass die erste Leiterin der Akademie, Frau Vieth, mit ihrer Aufbauarbeit eine gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Naturschutztage**, die jedes Jahr abgehalten werden, zeigen, welchen Zuspruch die Akademie landesweit findet, und sie zeigen auch, dass es gelungen ist, die verschiedensten **gesellschaftlichen Gruppen** einzubinden: Man findet Mitglieder vom Bauernverband genauso wie von Naturschutzverbänden,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Claus Ehlers [CDU])

man findet Mitarbeiter der Kammer, man findet Kommunalpolitiker und man findet auch sonst nicht engagierte, aber einfach interessierte Bürgerinnen und

Bürger und wir haben in jedem Jahr ein sehr spannendes Programm gehabt. Ich bin die einzige Abgeordnete, die auf jedem Naturschutztag vertreten war.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, du warst auf dem ersten nicht dabei, mein Lieber! Da warst du noch nicht im Parlament. Tut mir Leid, mein Kleiner!

(Heiterkeit)

Wirklich schade! - Ich bin auf jeder Tagung dabei gewesen und habe erfahren, in welcher Weise es der Akademie gelungen ist, zu den verschiedensten Themen ein Diskussionsforum zu bilden. Ich meine, dass diese Arbeit fortgesetzt werden sollte.

Von beiden heute vorliegenden Anträgen bin ich nicht sehr begeistert. Frau Todsens-Reese, ich bin außerordentlich skeptisch, wenn in solchen Anträgen die Formulierung „Synergieeffekte“ auftritt. Ich habe bei der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft erlebt, wie über **Synergieeffekte** diskutiert worden ist. Ich weiß auch nicht, wie Sie die Finanzierung der Umweltbildung auf eine solide finanzielle Basis stellen wollen; Änderungsanträge der CDU zum Landeshaushalt liegen ja nicht vor. Daher ist auch Ihr Antrag nicht das Gelbe vom Ei.

Wir werden uns als F.D.P. bei beiden Anträgen der Stimme enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Ingrid Franzen [SPD] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. wird die CDU ausbremsen an all diesen Punkten! Wir haben Glück, dass wir sie haben! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN natürlich vor dem Hintergrund der kürzlich stattgefundenen Jahresversammlung des Landesnaturschutzverbandes gelesen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

bei der einige von uns an einer Podiumsdiskussion teilnahmen und zur Sprache gebracht wurde, wie es mit der **Umweltakademie** künftig weitergehen sollte. Ich finde es legitim, so einen Antrag zu stellen. Ich

(Anke Spoorendonk)

hatte den Eindruck, dass die CDU die Umweltakademie abschaffen wollte.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das will sie auch!)

Ich stand mit diesem Eindruck nicht allein.

(Ursula Kähler [SPD]: Das steht doch drin!)

Keiner von uns hat natürlich etwas dagegen oder meint, nicht mitmachen zu wollen, wenn es darum geht, wie sich die Umweltakademie weiterentwickeln soll, wie Umweltbildung in Schleswig-Holstein weiterentwickelt werden kann.

Deshalb kann ich natürlich auch Ihnen, Frau Todsens-Reese, darin Recht geben, dass sich der erste Teil Ihres Antrags inhaltlich sehr gut

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Liest!)

- sehr gut liest; das ist richtig. Aber wenn ich dann zu dem letzten Punkt komme, in dem gesagt wird, dass die Finanzmittel zielgerichteter eingesetzt werden müssen, dann frage ich mich allerdings auch: Wo sind denn die Haushaltsanträge dazu?

(Beifall bei der SPD)

Einfach die Katze im Sack zu kaufen ist aus meiner Sicht auch nicht der richtige Weg.

Zur Umweltakademie! Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Umweltakademie in ihrem Haus schon jetzt gute Arbeit im Bereich der **Umweltbildung und -beratung** geleistet hat. Auch ich möchte jetzt nicht diese Statistik anführen, aber es ist schon beachtlich, wie viele Fachtagungen, wie viele Seminare, wie viele Gespräche gerade zu umweltpolitischen Themen stattgefunden haben. Diese **Fachtagungen** beschränken sich ja nicht nur auf Umwelt- und Naturschutz, sondern haben auch mit anderen Bereichen wie zum Beispiel mit Wirtschaft, Kultur und Politik zu tun. Man kann also sagen, dass die Umweltakademie ihren rechtlichen Auftrag erfüllt und erfüllt hat.

Für viele kommunale Entscheidungsträger, die ihre Arbeit im Kreis oder in der Gemeinde auf ehrenamtlicher Basis leisten und die verständlicherweise durch den Dschungel von Gesetzen oder Verordnungen nicht mehr durchsteigen können, sind die Angebote der Umweltakademie sehr hilfreich geworden. Aus persönlicher Erfahrung kann ich sagen, dass wir in Harrislee - dieses Beispiel darf ich vielleicht einmal anführen - von der Hilfe der Umweltakademie und auch von der **Professionalität** dieser Umweltakademie großen Nutzen gehabt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig festzustellen, dass wir mit der Akademie eine unabhängige Institution haben, die durch ihre qualifizierten Dienstleistungen unterstützend und aufklärend arbeitet. Die Unterstützung der Kreise und der Kommunen ist mittlerweile zu einer ganz wichtigen Aufgabe der Akademie geworden - ich sagte es bereits -; die Beratungen vor Ort und speziell auch im Bereich der **Agenda 21** sind von den Kommunen meines Wissens sehr gut angenommen worden.

Gerade wenn wir die Agenda 21 auf kommunaler Ebene weiterentwickeln wollen, um den Vertrag von Rio in Schleswig-Holstein auch mit Leben zu erfüllen, ist es nach meiner Meinung wichtig, eine Institution zu haben, die diese Absicht auch voranbringen kann.

Aber es gibt noch weitere Punkte. Auch hinsichtlich der Ländlichen **Struktur- und Entwicklungsanalyse** stand und steht die Umweltakademie den Kommunen beratend zur Seite. Wir haben in der November-Tagung - alle können sich noch daran erinnern - festgestellt, dass sich die LSE wirtschaftlich positiv auf die Entwicklung des ländlichen Raums auswirken. Daher ist es mir wichtig, dass die Akademie weiterhin Denkanstöße für die Umsetzung von Projekten im Rahmen der LSE geben kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit uns ist also eine Abschaffung der Umweltakademie nicht zu machen. Es ist doch eine Milchmädchenrechnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie auf der einen Seite sagen, dass zum Beispiel die Entwicklung des ländlichen Raums vorangebracht werden soll, Sie auf der anderen Seite jedoch bei einer hierzu förderlichen Institution sparen wollen. Das heißt sich.

Deshalb muss ich sagen: So, wie der Antrag formuliert ist, kann ich ihn nicht mittragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch drei Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor.

Zunächst hat Herr Abgeordneter Schlie das Wort.

(Konrad Nabel [SPD]: Jetzt kommt der Modernisierer! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der schlanke Staat kommt jetzt!)

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Matthiessen, auf jeden Fall ist das, was in Ihrem Kopf vorgeht, nicht der schlanke Staat; das ist ein relativ irrationaler Staat.

Wir haben seinerzeit in das Papier „Schlanker Staat“ in einer Kurzfassung, die veröffentlicht worden ist, hineingeschrieben, dass wir diese Akademie auflösen wollen, aber selbstverständlich nicht mit der Zielsetzung, die **Umweltbildung** in Schleswig-Holstein zu eliminieren. Vielleicht lesen Sie einmal die Überschrift zu diesem Kapitel nach; dort steht nämlich: „Effizienzsteigerung und Ausnutzung von Synergieeffekten“. Wenn dann die Kollegin Todsén in dem Antrag, den wir vorgelegt haben, formuliert hat, „... alle für Schleswig-Holstein relevanten Umweltbildungseinrichtungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Strukturen und Organisationsformen, ihrer inhaltlichen Arbeit sowie ihrer wirtschaftlichen und inhaltlichen Effizienz zu analysieren und zu bewerten, die Strukturen und die Organisationsformen weiterzuentwickeln und zu optimieren, indem zum Beispiel Synergieeffekte genutzt werden“, dann geht es genau darum.

Aber weil Sie uns ja nicht glauben, empfehle ich Ihnen, einfach einmal das Papier Ihres Koalitionspartners „Strukturprogramm Arbeit, Bildung und Zukunft“ nachzulesen. Dort steht auf der Seite 11 Folgendes:

„Die Struktur der vorhandenen Weiterbildungseinrichtungen und der Akademie soll ressortübergreifend geprüft werden mit dem Ziel, Einrichtungen zusammenzuführen und die Zuschussgewährung nach festen Kriterien zu steuern. Dabei sind sowohl Modelle einer stärkeren Konzentration als auch einer dezentralen Anbindung zu prüfen.“

Was machen Sie hier eigentlich für einen Larry!

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch die Politik, wenn sie wirklich ernst gemeint ist und wenn Frau Simonis und diese Regierung mit der Modernisierung dieses Staates nicht gescheitert wären, die wir brauchen! Wir wollen keine ideologische Verblendung in dieser Politik. Wir müssen wirklich rational da herangehen und prüfen, wo wir **Synergieeffekte** ausnutzen können, wo wir etwas voranbringen können, wie wir tatsächlich dazu beitragen können, unter Beibehaltung der Aufgabe - aber natürlich auf der Basis einer ganz klaren Analyse, ob diese Aufgabe denn in den vorhandenen Einrichtungen auch wirklich optimal erfüllt werden kann - Konzentrationseffekte auszunutzen.

Leider sind Sie immer wieder, weil Sie in Ihrer Regierung durch die Ideologie „rot-grün“ gelähmt sind, daran gehindert, in dieser Frage tatsächlich ein Stück voranzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie brauchen uns da nichts vorzuhalten. Ich gebe zu, dass das sicherlich etwas verkürzt ist.

Ich freue mich übrigens, dass Sie unsere Broschüre von 1996 so aufmerksam lesen; lesen Sie sie weiter, dann werden Sie wissen, was wir nach dem 27. Februar nächsten Jahres auch umsetzen werden.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Kollege Astrup, ich weiß, dass Ihnen dies unangenehm ist. Trotzdem möchte ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einmal etwas vorlesen. Auf Seite 24 Ihres damaligen Strukturkonzepts stand beispielsweise:

„Das Kindertagesstättengesetz soll novelliert werden, um die Förderung und die Umsetzung von Standards zu vereinfachen.“

Wissen Sie, einen größeren Rohrkrepiere als das Kindertagesstättengesetz und eine größere Niederlage einer Regierung habe ich noch nie erlebt.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen kann ich nur sagen: Lassen Sie uns an der Sache orientiert diskutieren und miteinander darüber reden, wie Umweltbildung in Schleswig-Holstein effizient, kostensparend, aber von der Aufgabenerfüllung her optimal durchgeführt werden kann. Dann sind wir besser davor.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Herr Schlie, Sie sind ja nicht einmal mehr als Wadenbeißer ernst zu nehmen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Substantiell wenig, aber sehr laut, kann ich dazu nur sagen!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Aufgeregtheit - ich hatte mir das aufgeschrieben, als ich Herrn Schlie noch nicht genießen durfte; das gilt jetzt Ihnen, Frau Todsén-Reese - spricht schon Bände.

(Konrad Nabel)

Ist das, was Sie da sagen, eigentlich mit Ihrem Kandidaten abgesprochen? Die zehn Jahre Umweltpause stehen nämlich auch nicht in dem Programm, aber in den Zeitungen stehen sie. Die Auflösung der Akademie für Natur und Umwelt steht jetzt immer noch in Ihrer schriftlichen Darstellung. Sie müssten das eigentlich korrigieren; ob Sie das hinkriegen, weiß ich nicht.

Ich möchte aber kurz noch etwas zu Ihrem Antrag sagen. Alles das, von dem Sie behaupten, es in Zukunft umsetzen zu wollen, wird in unserem Land bereits umgesetzt. Sie haben das nur nicht verstanden. Die **Konzeption der ANU** steht - da können sie sicher sein - auf wissenschaftlicher Basis, denn der geistige Vater der Akademie für Natur und Umwelt ist Professor Dr. Berndt Heydemann, dem ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken möchte.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Dass Sie das nicht verstanden haben, nehme ich Ihnen ja gar nicht übel. Vielleicht waren Sie noch nicht oft genug auf Veranstaltungen der Akademie für Natur und Umwelt. Wer sich mit Nachhaltigkeit, mit Zukunftsfähigkeit und ökologischen Kreislaufprozessen beschäftigt - und das ist eines der Ziele; im Grunde ist hier der Weg das Ziel -, der kann nur dann gut vermitteln, wenn er sich diesen Prozessen auch immanent angeschlossen hat. Deshalb ist die Konzeptentwicklung in der ANU ständig im Fluss.

Sie wollen irgendetwas optimieren, das heißt abschließen. Das wollen wir nicht; wir wollen diese **Entwicklung** weiterführen, weil das nur dann funktioniert, wenn sich die Akademie für Natur und Umwelt den sich ständig wandelnden Gegebenheiten auch anpasst.

Sie sagen, Sie brauchten **Grundlagen** für politische Entscheidungen zur Umweltbildung - das haben wir: die Akademie für Natur und Umwelt.

Sie wollen ein klares Profil für die **Umweltbildung** entwickeln - das haben wir. Schauen Sie sich die Konzeption und das Jahresprogramm der Akademie für Natur und Umwelt an. Sie haben es gerade in Ihrer Post gefunden.

Sie wollen die **Professionalisierung** und Motivation der in der Umweltbildung tätigen Personen erhöhen.

(Zuruf von der CDU)

- Was wollen Sie denn machen? Wenn Sie die Akademie schließen, dann zerstören Sie gerade die Motivation der Menschen in diesem Bereich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage noch einmal zu Herrn Schlie:

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Natürlich wollen wir **Synergieeffekte** nutzen, aber im Bereich der Umweltbildung ist dieser Prozess abgeschlossen. Die Akademie für Natur und Umwelt ist bei uns in unserem Wahlprogramm ausdrücklich als erhaltenswert erwähnt.

Ich komme zum letzten Punkt, den auch Frau Hapach-Kasan schon angesprochen hat. Sie wollen die **Finanzierung** der Umweltbildung auf neue Füße stellen. Ja wo ist denn Ihr Haushaltsantrag? - Sie haben zum wiederholten Mal keinen Haushaltsantrag vorgelegt. Das ist Ihr Verständnis von parlamentarischer Demokratie!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da können Sie nicht hier in dieser Art und Weise über eine hervorragende Einrichtung in unserem Land, die in ihrer siebenjährigen Tätigkeit sehr, sehr viel für die Weiterentwicklung der Umweltbildung in Schleswig-Holstein getan hat, herziehen. Sie wollen sie nur runtermachen. Das lassen wir nicht zu. Die Akademie für Natur und Umwelt wird Schleswig-Holstein auch in den nächsten fünf Jahren SPD-geführter Landesregierung erhalten bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, unser Antrag hat seinen Zweck schon erfüllt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Ja, Klamauk machen!)

Wenn ich mir Ihren **Änderungsantrag** anschau, muss ich feststellen, dass es kein Änderungsantrag ist, der unseren Antrag ersetzt, sondern es ist ein Änderungsantrag, der unseren Antrag ergänzt. Das heißt, Sie sind jetzt plötzlich auch für die Akademie für Umwelt, während Sie sie vorher noch abschaffen wollten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

(Karl-Martin Hentschel)

Damit ist der Zweck des Antrages erfüllt. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es sich anscheinend um einen ständigen **Erosionsprozess** Ihres **Programms** handelt, den wir in den letzten Monaten beobachten können. Erst wollen Sie die Gesamtschulen abschaffen, dann plötzlich - nachdem die Proteste gekommen sind - stellen Sie fest: Nein, so war das doch nicht gemeint; wir lassen sie erst einmal.

Sie wollen alle Beauftragten abschaffen, dann stellen Sie fest: Den Datenschutzbeauftragten brauchen wir doch.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Dann stellen Sie fest, nachdem Sie einmal an die Grenze gefahren sind: Ach so, den Grenzlandbeauftragten, den brauchen wir auch noch.

Sie wollten natürlich die GMSH sofort wieder abschaffen. Was hört man jetzt vor drei Tagen von Herrn Rühle? - Aha, die GMSH ist doch ein konstruktiver Ansatz für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Horch, horch!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Katasterämter sollen abgeschafft werden. Neulich bin ich auf einer Veranstaltung des Beamtenbundes und höre vom CDU-Kandidaten, Herrn Wadephul: Nein, das ist nicht so gemeint. Die wollen wir weiter führen, das kann man ja gut produktiv weiterentwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie wollen den Erlebnispark Trappenkamp abschaffen und so weiter. Was hört man jetzt: Nein, es ist doch nicht so gemeint. Er soll doch erhalten bleiben, es ist ja doch eine gute Einrichtung!

(Zurufe von der SPD)

Dann stellt sich Ihr Kandidat hin,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ja sonst nichts weiß!)

der seine Erfahrung mit Finanzen ja offensichtlich als Parteigeneralsekretär gemacht hat,

(Zurufe von der CDU)

und legt ein Einsparprogramm in Höhe von 1 Milliarde DM vor. Ein Punkt nach dem anderen von

dem, was er einsparen will, zieht er anschließend wieder zurück. Wissen Sie, was übrig bleibt? - Ich habe sehr genau aufgepasst, was übrig bleibt. Am Schluss bleibt von den ganzen Einsparungsprogrammen das übrig, was auch in Hessen übrig geblieben ist. Sämtliche Wahlgeschenke werden dadurch finanziert, dass die gesamten Sozialwohnungen des Landes verkauft werden sollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Und damit bin ich beim **Haushalt**. Mir ist jetzt auch klar geworden, warum Sie überhaupt keinen alternativen Haushalt vorgelegt haben. Dann hätte nämlich jemand nachlesen können, was Sie tatsächlich einsparen wollen. Dann hätten die Menschen im Land darüber Bescheid gewusst, wo Sie ihre Einsparungen erbringen wollen oder auch nicht. Aber davor haben Sie natürlich Angst gehabt zu sagen, das und das wollen wir einsparen, weil Sie anschließend alles wieder einkassiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Deshalb sind Sie auf die schlaue Idee gekommen, überhaupt keine Alternative zum Haushalt vorzulegen - und das als die größte Oppositionspartei im Land!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich kann Ihnen nur zu Ihren großen Konzepten gratulieren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Oppositionsführer Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Herrn Hentschel dafür, dass er unseren Entschließungsantrag zumindest als eine schlaue Idee empfindet. Herr Hentschel, ich habe aber geglaubt, die Haushaltsdebatte würden wir erst nächste Woche führen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich hier klarstellend noch einmal sagen: Es macht doch gar keinen Sinn, dass Sie einen Popanz aufbauen,

(Konrad Nabel [SPD]: Wir bauen Popanz auf!)

(Martin Kayenburg)

nämlich wir hätten irgendwo im Haushalt oder sonst wo einen **Antrag** gestellt, dass wir die **Umweltakademie** abschaffen wollten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Sie stellen gar keine Anträge!)

Und dann prügeln Sie auf uns rum, weil wir sie abschaffen wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt unstreitig ein Papier „Schlanker Staat“, wo dieses als Konzept drinstand. Es gab nach dem Papier „Schlanker Staat“ unstreitig mehrere Haushalte, in denen kein Antrag zur Umweltakademie gestellt worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und auch in unserem **Entschließungsantrag**, Herr Böttcher, steht überhaupt kein Hinweis darauf, dass wir die Akademie streichen wollen. Die 1,5 Millionen DM, die im Haushalt stehen, sind völlig unangetastet. Wir haben nirgendwo in unserem Haushaltsantrag gesagt, dass wir bei diesen 1,5 Millionen DM ein Einsparpotential sehen. Herr Schlie hatte hinreichend auf das Thema Synergieeffekte hingewiesen.

Nun möchte ich noch etwas zur **Finanzierung** sagen. Wenn Frau Todsens-Reese gesagt hat, dass wir hier die Finanzmittel zielgerichtet einsetzen wollten, so spielt sich das natürlich in diesem Rahmen ab. Ich möchte Ihnen einmal aufzählen, wo wir der Auffassung sind, dass das Geld zielgerichteter eingesetzt werden kann. Brauchen wir eigentlich eine Veranstaltung, die da heißt „Alte Spiele im Freien“? Oder brauchen wir eine Veranstaltung, die „Natur und Umwelt erleben mit Jungen“ heißt von einer Gesellschaft, die unter dem Titel „Kraftprotz“ firmiert? Brauchen wir eine Veranstaltung „Spielen mit Lehm“? - Ich glaube, Frau Hapach-Kasan hat deutlich gemacht, dass Sie diese Umweltakademie ideologisch missbrauchen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unglaublich! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund werden wir an dem Ansatz überhaupt nichts ändern, aber die Ziele, die mit der Umweltakademie verfolgt werden, werden wir präzisieren. Ich weiß, wovon wir reden, denn gerade im Bereich der **Wirtschaft** hat man die **Umweltbildung** mit aufgenommen, weil das verdammt nötig ist. Aber dazu brauchen wir wirklich nicht diesen Ansatz, den Sie uns zu verkaufen versuchen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen für Kurzbeiträge vor. Zunächst hat Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte ja eigentlich gar nichts mehr sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, ich fand das gestern schon peinlich.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß überhaupt nicht, was Sie hier veranstalten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin fassungslos und sprachlos. Sie stellen **Anträge** zum **Haushalt**, zu denen Sie sagen: Wir machen uns nicht die Mühe, in die Einzeltitel zu gehen. Wir machen das alles pauschal und global, 65 Millionen DM hier und 40 Millionen DM da. Sie sagen, das sind die Zuschüsse für Vereine, Verbände, für was weiß ich.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und dann stellen Sie sich hier hin, halten Ihr Papier hoch und sagen: Hahaha, schauen Sie einmal, hier finden Sie die Kürzung doch gar nicht! - Ich weiß gar nicht mehr, was ich dazu noch sagen soll.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Dann lassen Sie das doch! Setzen Sie sich doch wieder hin!)

Entweder Sie machen es pauschal, dann müssen Sie Ihre Papiere, die Sie ergänzend dazu machen, aber auch mit dieser pauschalen Aussage abstimmen, oder aber Sie machen es detailliert, dann können wir Ihre Kürzungsvorschläge auch finden. Aber Pauschalkürzungen in Millionenhöhe einzufordern und nie, aber auch nie zu benennen, wo man sie erbringen will und sich dann hier noch hinzustellen und zu sagen, es sei eine Unterstellung, dass die CDU dort kürzen wollte -

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann gucken Sie doch mal rein!)

Herr Kayenburg, so können wir gemeinsam keine Finanzpolitik oder Haushaltspolitik betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Mit Ihnen zusammen überhaupt nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben hier ja nicht zum ersten Mal, dass wir aus den Reihen der CDU etwas ganz Verschiedenes hören. Herr Schlie hat uns empfohlen, seine Broschüre zu lesen, dann wüssten wir, was hier im März läuft.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Ja, das haben Sie gesagt. Ich habe mir das aufgeschrieben. Ich höre Ihnen gut zu.

Frau Todsén-Reese hat sich durchaus differenziert in Richtung Auflösung und Überprüfung eingelassen. Herr Kayenburg, Sie als Vorsitzender sagen jetzt wieder: April, April! - Nun wissen wir, es gibt ja noch eine Lichtgestalt, die sagt: zehn Jahre Umweltpause. Was ist denn eigentlich bei Ihnen los? Was läuft bei Ihnen eigentlich? - Das weiß doch niemand!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das weiß doch wirklich niemand, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Sie bei diesem Thema einfach ganz auf dem falschen Fuß erwischt und das merkt man Ihnen sehr deutlich an. Hier sind Sie „Konkurs“ in der Umwelt, gestern waren Sie „Konkurs“ in der Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Nächste, was Ihnen gelungen ist.

Ich habe mich wegen Ihres fast letzten Satzes gemeldet, Herr Kayenburg; ich schätze Sie sehr, aber mit der Zitierung von drei Veranstaltungen - zu einer werde ich gleich noch einmal etwas sagen - einen ideologischen Missbrauch der Akademie zu unterstellen, zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese **Akademie** wird unter anderem von einem **Förderverein** der Wirtschaft begleitet, wird von einem breiten Beirat auch inhaltlich mitgetragen; da werden die pädagogischen Bedürfnisse gefunden und auch mit Angeboten versehen. Wir werden ja sehen, ob sie angenommen sind. Eine sinnliche, nämlich spielerische Erfahrung von jungen Menschen mit Umwelt ist wahrscheinlich tausendfach besser als jede Debatte und

jedes Lehrbuch. Wenn Sie das nicht wissen, tut es mir Leid.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wo da Ideologie ist, kann ich einfach nicht begreifen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich verwahre mich hier - ich würde das gern im Sinne des ganzen Hauses tun; das kann ich nicht, aber doch für die linke Hälfte - gegen den Vorwurf, den Sie erhoben haben, diese Akademie werde missbraucht. Das spricht gegen 20.000 Besucherinnen und Besucher. Das sind Wählerinnen und Wähler. Nehmen Sie es zurück!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

(Zurufe)

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal ist es ja von Vorteil, wenn man auch noch einmal in den Haushaltsplan sieht. Wir haben das im Gegensatz zur **CDU-Opposition** getan. Anders ist es ja nicht zu erklären, dass Sie pauschal **Einsparungen** sowohl bei den Sachzuwendungen wie auch bei den freiwilligen Zuwendungen fordern; bei den Sachzuwendungen - Sie werden es in der Mehrheit wahrscheinlich gar nicht wissen - fordern Sie Einsparungen von 10 % und rechnen an die 70 Millionen DM aus; bei den freiwilligen Zuwendungen gehen Sie von 5 % aus - wir sagen 25 % - und kommen auf 65 Millionen DM. Nur, meine Damen und Herren - damit hat meine geschätzte Kollegin Heindl ja völlig Recht -, sagen Sie endlich, wo konkret Sie sparen wollen!

Bei der Akademie für Natur und Umwelt handelt es sich um Sachzuwendungen - das ist ein 5-er-Titel - von mehr als 800.000 DM. Sagen Sie hier und heute, ob Sie da auch die 10 % kürzen wollen. Das machte ja 80.000 DM aus.

Im Übrigen: In Ihrer Entschließung zum Haushaltsentwurf steht ja auch, dass Sie die Personalstellen streichen wollten; knapp 1.000 Stellen wollen Sie streichen. Wollen Sie zum Beispiel auch bei der Akademie für Natur und Umwelt Personalstellen streichen?

Das heißt, die Wählerinnen und Wähler, aber natürlich mehr noch jene, die diese Akademie nutzen, um ihre

(Günter Neugebauer)

Umweltbildung zu verbessern, haben Anspruch auf Klarheit und Wahrheit und nicht auf Ihre Vernebelungstaktik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen jetzt noch drei weitere Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die etwas erregte Debatte hat ja zumindest eines deutlich gemacht: **Umwelt- und Naturschutzbildung** wird letztlich von beiden Seiten des Hauses bejaht und befürwortet. Das finde ich zunächst einmal ganz sinnvoll, weil ich mich an eine ganze Reihe von Beiträgen in diesem Hause erinnern kann, in denen es einen gewissen Mangel an Umwelt- und Naturschutzbildung gegeben hat. Insofern ist es gut, dass wir uns einig sein, dass wir weiterhin Umwelt- und Naturschutzbildung brauchen.

Gleichzeitig scheint es mir auch sicher zu sein, dass wir eine solche Einrichtung hier in Schleswig-Holstein brauchen; denn es gibt natürlich spezifisch schleswig-holsteinische Probleme, von denen wir nicht erwarten können, dass sie Umweltbildungseinrichtungen anderer Bundesländer aufgreifen. Von daher brauchen wir eine eigene **Ausbildungsstätte**. Ich bin froh, dass auch der Fraktionsvorsitzende der CDU dies hier noch einmal ganz deutlich gesagt hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Natürlich - in der Beziehung sehe ich das als F.D.P. etwas differenzierter als die CDU - können wir im **Programm der Akademie** feststellen, dass es bestimmte von der Landespolitik der Mehrheitsfraktion besetzte Veranstaltungen innerhalb dieser Akademie gibt. Ich würde das als normal ansehen. Ich könnte mir vorstellen, dass das unter einer CDU-geführten Landesregierung ebenso wäre. Das ist normal.

Ich selbst bin einmal Leidtragende einer solchen Entscheidung gewesen. Ich habe nämlich einmal versucht, ein Naturschutzprojekt zur Wakenitz gemeinsam mit der Akademie für Natur und Umwelt zu machen. Das war 1993. Frau Vieth hat mir dies abgelehnt, weil man dort die Autobahn durchbauen wollte; deswegen wollte man die Naturschutzqualität dieses Gebietes von der ANU nicht bearbeitet wissen.

Das ist ein ganz praktisches Beispiel dafür, dass es solche **landespolitischen Beeinflussungen** gibt. Sie sind normal, aber sie dürfen natürlich auch nicht ausarten. Bei bestimmten Veranstaltungen des Agenda-Büros habe ich schon den Eindruck, dass das normale Maß überschritten wird, aber ich möchte auch anerkennend sagen, die Naturschutztage zeigen immer wieder, dass diese Akademie es sehr wohl geschafft hat, den gesamten politischen Raum und alle gesellschaftlichen Gruppen einzubinden. Das halte ich für aner kennenswert, das halte ich für gut. Das möchten wir weiterführen.

Ich meine, wir sollten versuchen, in dieser Debatte das, was erreicht worden ist, nicht mit spitzen Redebeiträgen wieder kaputtzumachen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Todsens-Reese.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es hätte der **Umweltbildung** in Schleswig-Holstein insgesamt in der Tat besser getan, wenn nicht einige versuchen würden, insbesondere uns abzusprechen, dass wir es mit diesem Bereich wirklich ernst meinen. Ich bleibe dabei: Es ist mir persönlich sehr ernst und ich kann dies auch für meine Fraktion sagen. Ich finde, Sie sollten damit aufhören - auch im Interesse der Sache -, hier zu versuchen, ein gegenteiliges Bild zu zeichnen.

Ich will aber noch einmal darauf zurückkommen - ich finde das wirklich schade -, dass Sie sich diesem Thema der Weiterentwicklung heute so verschließen. Ich zitiere jetzt noch einmal aus dem, was alle Umweltakademien gemeinsam gesagt haben:

„Aufbauend auf den Erfahrungen“

- nämlich den guten -

„und all den Leistungen, die erfolgt sind, und vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen zur Entwicklung einer naturverträglich handelnden Gesellschaft legen die im BANU zusammengeschlossenen Bildungsstätten Leitlinien für die Umweltbildung im nächsten Jahrhundert vor.“

Dann heißt es weiter:

„Die Umweltbildung bedarf dabei selbst einer Weiterentwicklung ihrer Ziele, Inhalte, Me-

(Herlich Marie Todsens-Reese)

thoden und Instrumente sowie der Suche nach neuen Partnern.“

Meine Damen und Herren, dies ist eine ganz aktuell vorgelegte Broschüre. Nun kommen Sie doch bitte einmal von Ihrem hohen Ross herunter zu meinen, bei uns sei die Welt auf diesem Sektor schon total in Ordnung.

Jetzt erinnere ich Sie an Ihren eigenen Antrag, an den Antrag der Fraktion der SPD vom 9. Mai 1989 zur Umweltakademie. Darin haben Sie selber gesagt, dass die Akademie im Umweltbereich zu betreiben und schrittweise weiterzuentwickeln ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben selber in Ihrem Antrag gesagt, Frau Franzen, die **Konzeption** sollte so angelegt sein, dass nach einer Übergangszeit weitere dezentrale Standorte einbezogen werden können. Wo ist das denn ausreichend passiert?

Sie haben weiter gesagt - damals -: Angesichts der Finanzlage des Landes wurde das ursprüngliche Konzept in ein Stufenkonzept umgearbeitet und es bedarf der Weiterentwicklung.

Heute sagen Sie zu allen diesen Punkten nein.

(Widerspruch bei der SPD)

Ein Letztes, weil Sie es angesprochen haben! - Frau Franzen, ich dachte, Sie wollten einmal zuhören. Zum Thema **Finanzierung**: Sie rufen natürlich gleich wieder nach den Landesmitteln und nach dem Staat. Ist Ihnen eigentlich entgangen, dass es bei der Umweltakademie einen Förderverein gibt? Haben Sie schon einmal einen Gedanken darauf verwendet, auch nach anderen Finanzierungsquellen zu suchen, wie auch andere das im Land machen?

(Zurufe von der SPD)

Sind Sie schon einmal auf den Gedanken gekommen, mit dem Förderverein in ein solches Gespräch einzutreten? - Nein, Sie wollen heute einfach eine Selbstbeweihräucherung betreiben. Das reicht für dieses Thema nicht aus und es wird Ihnen nicht abgenommen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Stritzl.

(Zurufe von der SPD)

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nur zwei kurze Anmerkungen machen. Das eine: Es ist Ihnen natürlich wohlfeil, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen und dann zu versuchen, sie in Ihre Parteiprogrammatik einzuarbeiten und hier im Landtag zum Besten zu geben. Wer versucht, aus dem viel zitierten Satz von Volker Rühle, eine Pause in der Umweltpolitik machen zu wollen, schließen zu müssen - wie Sie es jetzt in Form einer Unterstellung tun -, die **CDU** sei nicht für **Umweltschutz**, weiß, dass er wider besseres Wissen redet.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

- Sie wissen, dass es so ist.

Uns geht es um partnerschaftlichen Natur- und Umweltschutz. Wir wollen die Menschen mitnehmen auf dem Weg, die Natur zu schützen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: So wird das nichts! So wird das aber nichts!)

So ist es, mein lieber Kollege! Es war doch kein Umweltminister der CDU, es war Frau Müller, die über Ihren Vorgänger gesagt hat, dass er in der Umweltpolitik eine Politik der verbrannten Erde hinterlassen habe. Das ist die Situation. Das ist kein Umweltminister der CDU, sondern der SPD im Kabinett Engholm gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt: Weil Kollege Neugebauer nach vorn gekommen ist und gefragt hat, wo wir einsparen wollen, möchte ich erwidern: Wir haben Korridore benannt.

(Lothar Hay [SPD]: So wie bei der Elbquerung!)

Wir haben die Korridore sehr offen benannt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr offene Korridore! Das stimmt!)

- Ja natürlich. Wir haben auch den Weg beschrieben, wie wir zu den **Einsparungen** kommen wollen - nicht mit der Rasenmähermethode, sondern sehr zielgerichtet an Effektivität ausgerichtet dann, wenn wir die entsprechenden Akten haben. Wir haben Sie wiederholt aufgefordert, die Arbeit zu machen. Sie selbst haben sie nicht geleistet. Wir werden sie leisten.

Ich komme zu einem dritten Punkt. Sie selber operieren in Ihrem Haushalt mit hohen **globalen Minderausgaben** und mit **globalen Mehreinnahmen**. Woher holen Sie eigentlich die globalen Minderausgaben, Kollege? Sagen Sie es doch einmal! Was machen Sie,

(Thomas Stritzl)

wenn Ihre globalen Mehrausgaben ausbleiben? Woher kommen dann die 100 Millionen DM? Sie wissen das ganz genau und versuchen, uns aus Ihrer unsoliden Haushaltspolitik einen Vorwurf zu machen. So werden Sie die Wahl nicht gewinnen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Schauen wir mal!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist kein Geheimnis, Herr Stritzl, bei der Akademie ist im Haushalt ein Minus von 25.000 so vorgesehen.

Mir fällt immer auf: Wenn hier die Fußtruppen versagen und eine „Looser-Debatte“ geführt wird, kommt der Retter, der Herr Oppositionsführer, hier nach vorn.

(Zuruf von der CDU: Zur Sache!)

Ob Ihnen das immer so gut tut, Herr Kayenburg, will ich dahingestellt sein lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dazu, was wir als Beleg für eine Ideologisierung der Arbeit der Akademie angeführt haben - das waren Lehmkurs für kleine Kinder und so weiter -, möchte ich anmerken: Ideologie ist ja immer die Denke der Andersdenkenden. Ob das Wort nun immer so nett ist? Ich möchte Ihnen aber doch die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen erläutern. Seinerzeit habe ich zum Beispiel einmal versucht, das Programm „Eichhörnchen“ im Bereich der **Waldpädagogik** zu unterstützen. 400 Kinder im zweiten Schuljahr haben, wie mir die Lehrer sagten - ich war bei einer Veranstaltung dabei -, das erste Mal einen Wald betreten und sie waren nicht in der Lage, einen zwei Kilometer langen Fußmarsch zu bewältigen.

Herr Kayenburg, ich weiß nicht, wie viel Zugang Sie zu kleinen Kindern haben, aber es ist heute tatsächlich so, dass sie von Fisher Price fertig in Plastik gestanzte Burgen bekommen. Da lernen sie zum ersten Mal, dass es auch etwas gibt, was uns die Natur umsonst liefert und wo man unter Umständen mit wesentlich mehr Spaß mit Lehm bauen kann. Im Übrigen ist **Lehmbau** im ökologischen Hausbau unter verschiedensten Gesichtspunkten - ich nenne nur das Stichwort „graue Energie“ - ein alter und in moderner Technik sehr ernst zu nehmender Stoff.

Was Sie uns hier als Ideologie anhängen wollen, ist schlichte Umweltpädagogik. Die fängt natürlich bei kleinen Kindern mit altersgemäßen Methoden an. Wenn das die Hauptbotschaft Ihres Rettungsbeitrages für diese „Looser-Debatte“ Ihrer Fraktion gewesen sein soll, dann steht es schlecht um die Opposition hier im Lande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] -
Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta über-
nimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordnete Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir seit mehreren Monaten überlegt, ob es nicht an der Zeit sei, Herrn Stritzl in meine Laienschauspielergruppe bei der AWO aufzunehmen. Wenn einer heucheln kann, dann ist es dieser Kollege Stritzl,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

der sich hier hinstellt und nicht einmal einen roten Kopf bekommt, wenn er sagt, Sie hätten in Ihrem Entschließungsantrag alle möglichen globalen Angebote gemacht, wo man Veränderungen und Kürzungen vornehmen könnte.

(Zuruf von der CDU: Jawohl, hat er!)

Es ist unglaublich. In keinem Fachausschuss, geschweige denn im Finanzausschuss, Herr Stritzl, ist dieser Entschließungsantrag jemals diskutiert worden.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es! - Zuruf von
der CDU: Hier im Parlament!)

Nicht in einem Fachausschuss haben Sie im Vorwege aufgrund Ihrer Fragen Änderungsvorschläge unterbreitet,

(Lothar Hay [SPD]: Doch, im Eingabenausschuss!)

wie zum Beispiel Arbeitsabläufe dieser Akademie verändert werden könnten. Wenn nicht alles das, was wir heute fordern, - -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU])

Frau Todsens-Reese, ich glaube Ihnen sogar, dass Sie all das gern möchten, im Gegensatz zu Ihrem Kollegen

(Ursula Kähler)

Schlie. Der eine ist der Wadenbeißer und die andere ist diejenige, die gern fordert.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Wir kommen sehr gut miteinander aus!)

Ich glaube Ihnen das sogar.

(Klaus Schlie [CDU]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Wenn all das, was Sie hier heute fordern, nicht bereits durch die Akademie umgesetzt worden wäre, dann wären Sie doch vor ein paar Jahren die ersten gewesen, die geschrien hätten. Nicht einmal das haben Sie getan. Sie haben ja nicht einmal gepiepst. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist ein ganz unparlamentarischer, undemokratischer Stil zu glauben, mit einem so genannten **Entschließungsantrag** - wo man ja nicht zu packen ist, das ist so, als ob Sie einen Pudding an die Wand nageln wollten - den Menschen vermitteln zu können, dass nun ausgerechnet Sie das Land Schleswig-Holstein retten können. Da kann ich nur sagen: Das ist der größte Treppenwitz, den ich die letzten drei Jahre gehört habe. Allen Ernstes!

Als letzten Satz möchte ich nur eines anmerken: Wer die Zeitschrift „Kosmos“ kennt, weiß auch, wer den Hammer des Monats verliehen bekommen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war nämlich Ihr Spitzenkandidat, dessen Name mir gerade nicht einfällt, der den Hammer des Monats der Zeitschrift „Kosmos“ verliehen bekommen hat, weil er gefordert hat, zehn Jahre lang eine Umweltpause einzulegen. So, und da können Sie sich nicht herausreden.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Und nun machen Sie etwas aus Ihrem Entschließungsantrag, aber beschummeln Sie nicht die Leute draußen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Innerhalb von sechs Jahren ist die **Akademie für Natur und Umwelt** zu einer weit über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein hinaus beachteten Bildungsstätte geworden, zu einem Forum, in dem tatsächlich gesellschaftspolitisch relevante Diskurse über aktuelle Fragen des Natur- und Umweltschutzes

geführt werden. Mehr als 2.000 Menschen nutzten inzwischen jedes Jahr die Angebote der Umweltakademie und ihrer über 800 Veranstaltungen seit ihrer Gründung und - was wichtig ist - 130 Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner aus allen gesellschaftlichen Bereichen, aus Gruppen, Vereinen und Verbänden.

Diese Einrichtung kann ja nur als Perle des Umweltschutzes beziehungsweise der Umweltbildung bezeichnet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle zusammen können stolz sein, dass wir eine solche Einrichtung in Schleswig-Holstein und solche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben, die es geschafft haben, alle gesellschaftlichen Gruppen ernsthaft in einen Arbeitsprozess einzubinden. Dann solche Nebelkerzen zu werfen wie hier, ist nicht nur leichtsinnig, sondern es ist gerade gegenüber diesem Prozess und den ganzen Gruppen, die sich daran beteiligt haben, ausgesprochen fahrlässig, hier so eine Diskussion anzetteln zu wollen, in der diese Einrichtung infrage gestellt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir sagen hier in diesem Parlament immer alle zusammen: Wir wollen Natur und Umweltschutz mit den Menschen machen. Das ist auch etwas, was die Opposition ständig vor sich her trägt.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Wenn man sich aber ansieht, wie diese Akademie arbeitet, stellt man fest, dass gerade diese Akademie von ihrer **Konzeption** her die Grundlagen dafür geschaffen hat, um mit den Menschen, und zwar mit allen Menschen in Schleswig-Holstein, gemeinsam Politikentwürfe, Fragen und Probleme des Umweltschutzes zu diskutieren. Herr Kayenburg, ich finde es empörend, dass Sie hier wie ein Zensor hingehen und sich anschauen, was an dem Programm gut und nicht gut ist, das nicht das Ergebnis der Arbeit des Umweltministeriums ist, sondern von allen 100 Kooperationspartnern, die die Vorschläge unterbreitet haben.

Sie gehen da hin wie ein Zensor und schauen sich an, was gut und was nicht gut ist. Das finde ich empörend. Wenn Sie an der Macht wären, gäbe es keinen Umweltminister mehr. Das würde bedeuten, dass sich der Landwirtschaftsminister dieses Programm anguckt und kontrollieren soll, was richtig und was falsch ist. Diese

(Minister Rainer Steenblock)

Vorstellung ist absurd. Das ist demokratiefeindlich, was Sie hier machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie haben überhaupt keine Ahnung, wie breit der gesellschaftliche Prozess ist.

Ich komme noch einmal auf die **Menschen** zurück. Bei mir nährt sich der Verdacht, dass Sie dann, wenn Sie über die Menschen reden, mit denen Sie zusammenarbeiten wollen, letztlich nur einen sehr kleinen Kreis von Stammtischmitgliedern meinen, mit dem Sie gemeinsam Ihre Politik machen wollen. Alle anderen Menschen bleiben dabei außen vor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- Frau Todsens-Reese, Sie haben heute einen Antrag vorgelegt, in dem Sie einige allgemeine Formulierungen zur Umweltbildung aufzeigen. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Kein Stück selbstkritisch!)

All das, was Sie vernünftigerweise fordern, wird schon lange gemacht. Das würden Sie sehen, wenn Sie sich genau mit der Arbeit der Akademie auseinandersetzen würden. Die gesellschaftlichen Innovationsdiskussionen finden dort statt, weil die Leute auf der Höhe der Zeit sind und nicht - wie Sie in Ihrem Antrag - immer der Wirklichkeit hinterherrennen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

- Nein, Frau Todsens-Reese, Sie haben in dieser Debatte als CDU eine programmatische Darstellung geboten. Das, was Sie zu dieser konkreten Frage, in der Sie auf dem Prüfstand standen, gezeigt haben, kann ich nur als Wackelpudding bezeichnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache vorgeschlagen worden. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2618, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? -

Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay bei Enthaltung der F.D.P. und gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Ursprungsantrag ab, Drucksache 14/2586. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay bei Enthaltung der F.D.P. und des weitaus überwiegenden Teils der CDU und ganz wenigen Gegenstimmen angenommen.

In der Gästeloge begrüße ich den russischen Generalkonsul, Herrn Viktor Butjaew, der natürlich insbesondere wegen des nächsten Tagesordnungspunkts zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2607

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wer meldet sich als erster zu Wort? - Präsident Arens hat das Wort.

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Rahmen einer interfraktionellen Informationsreise neben Litauen und Polen auch **Kaliningrad** besucht und sich vor Ort einen unmittelbaren Eindruck verschafft hatte, waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Notwendigkeit überzeugt, einen parlamentarischen Beitrag zu einer stärkeren Einbeziehung Kaliningrads in die **Ostseekooperation** zu leisten. Ich freue mich, dass sich der Europaausschuss - ebenso wie alle Fraktionen - dieses Themas angenommen hat und bereit ist, entsprechende Initiativen zu entwickeln. Der interfraktionelle Antrag über die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad ist ein schöner Ausdruck von Gemeinsamkeit und Übereinstimmung aller politischen Kräfte in diesem Hause.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist bisher als erstes und einziges Parlament um die Aufnahme einer

(Landtagspräsident Heinz-Werner Arens)

partnerschaftlichen Beziehung mit der Gebietsduma von Kaliningrad gebeten worden. Das hat mehrere Gründe. Es gibt seit 1992 bereits eine Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Kaliningrad und seit Beginn dieses Jahres besteht die **Partnerschaft** zwischen der Regierung Schleswig-Holsteins und der Gebietsverwaltung von Kaliningrad.

Die aktive Rolle, die **Schleswig-Holstein** seit Jahren in der Ostseekooperation spielt, sichert unserem Land in der **Außenwahrnehmung** einen hohen Stellenwert. Das gilt für die Arbeit auf Regierungsebene im Ostseerat und in der Konferenz der Subregionen. Wir können es ebenso für unseren parlamentarischen Beitrag in Anspruch nehmen, denn es ist durchaus keine Selbstverständlichkeit, dass Schleswig-Holstein alle an der Ostseekooperation teilnehmenden deutschen Parlamente einschließlich des Deutschen Bundestages im Standing Committee, dem ständigen Arbeitsausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz, vertritt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese günstigen Rahmenbedingungen sollen jetzt ausgefüllt werden. Die künftige Situation Kaliningrads als Enklave innerhalb einer sich erweiternden Europäischen Union hat zu einem deutlich verstärkten Kooperationsinteresse der russischen Seite geführt. Zugleich unterstreicht diese Entwicklung die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes der Ostseekooperation.

Die **Vereinbarung**, die zwischen unseren beiden **Parlamenten** abgeschlossen werden soll, bewegt sich innerhalb des vorgezeichneten Rahmens der Beschlüsse des Kölner EU-Gipfels vom Sommer 1999. In dem Entwurf, der bis ins Detail mit der Gebietsduma abgestimmt und am 9. Dezember dieses Jahres von dem dortigen Plenum bereits angenommen worden ist, finden sich insbesondere in dem Abschnitt unter der Überschrift „Beabsichtigen“ auf Seite zwei die wesentlichen Gesichtspunkte, die den gesellschaftlichen Transformationsprozess in Kaliningrad befördern können.

Das Abkommen beschränkt sich bewusst auf parlamentsspezifische Themen und somit auf das, was wir auch zu leisten vermögen. Ich halte das für wichtig, denn nichts ist schlimmer als etwas zuzusagen, das man nachher nicht halten kann. Es wird zu Recht Klage darüber geführt, dass viele Besuche in Kaliningrad stattfinden, die anschließend zu keinen konkreten Resultaten führen. Genau das wollten wir vermeiden.

(Beifall im ganzen Haus)

Vielleicht ist Schleswig-Holstein auch deshalb ein gesuchter Ansprechpartner, weil wir nach unserem

Aufenthalt mit der parlamentarischen Delegation vor eineinhalb Jahren ganz bescheidene, aber immerhin konkrete **Maßnahmen** ergriffen haben. Ich denke insbesondere an den inzwischen angelaufenen **Austausch** von Landwirtschaftspraktikanten. Der Herr Kollege Ehlers hatte sich darum bemüht. Ich denke besonders an diesen Austausch sowie an andere Maßnahmen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, der Stadt- und Regionalplanung sowie im Energie- und Umweltbereich, die kürzlich in einem Arbeitstreffen der Landesregierung unter Mitwirkung der Landtagsverwaltung in Kaliningrad konkretisiert worden sind.

Das Abkommen zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad auf Parlamentsebene soll keine Sonderstellung oder Sonderbeziehung mit Ausschließlichkeitscharakter einleiten. Ich verstehe es vielmehr so, dass wir innerhalb des bestehenden **Netzwerkes der Ostseezusammenarbeit** und vor dem Hintergrund der inzwischen von der EU angenommenen finnischen Initiative der „Northern Dimension“ einen konkreten Beitrag im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten.

Die Verantwortlichen in **Kaliningrad** gehen heute offener, pragmatischer als früher, aber häufig auch ein wenig hilflos an die sich aus der EU-Erweiterung ergebenden Probleme heran. Genau an dieser Stelle kann **Schleswig-Holstein** mit seinen Erfahrungen und dem engen Netz an Beziehungen einen wichtigen Hilfsbeitrag leisten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Diese Rolle werden wir nutzen. Sie ist auch nicht uneigennützig. Es hat sich im Ostseeraum sehr schnell gezeigt, dass diejenigen auch konkreten wirtschaftlichen Vorteil ziehen, die als erste vor Ort sind und ein dichtes Netzwerk geschäftlicher, institutioneller und persönlicher Beziehungen aufbauen konnten. Unsere Nachbarn im Norden waren sehr schnell. Ich denke, wir müssen uns nichts vorzeigen lassen, wir können auch selbst etwas tun.

Wenn wir mit dem geplanten Abkommen auf Konsolidierung der **Demokratie** und der **Rechtsstaatlichkeit** abstellen, wissen wir auch, dass der Übergang in Richtung Bürgergesellschaft ganz wesentlich davon abhängt, dass wir Kontakte zu den richtigen Personen und zuverlässigen Partnern haben. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an die Kontakte zu Herrn Ustyugov und Herrn Filatenko erinnern, der uns bei dem Kieler-Woche-Gespräch eindrucksvoll aufgefordert hat, diese Zusammenarbeit wirklich zu suchen.

Das ist der Hintergrund meiner Bitte, den Abschluss des Abkommens auch unsererseits durch eine Plenar-

(Landtagspräsident Heinz-Werner Arens)

entscheidung gutzuheißen. Der parteiübergreifende Konsens ist dabei vielleicht das wichtigste politische Signal, das wir dabei zurzeit in die russische Richtung senden können und nachher in dem Gespräch mit dem Herrn Generalkonsul auch noch gern vertiefen wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Präsidenten für den Bericht.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Dr. Kötschau das Wort.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die kurzen Redezeiten für diese Debatte weisen nicht auf die mangelnde Bedeutung des Themas, sondern auf die große Einigkeit im Parlament hin,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was den Wunsch nach einer engeren parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Kaliningrader Gebietsduma angeht. Die Stabilität Russlands ist auch für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung und hierzu können wir durch aktive **Zusammenarbeit im Ostseeraum** beitragen. Kaliningrad ist für uns die nächstgelegene russische Region und ist in diese Kooperation bereits seit vielen Jahren eingebunden.

Anlässlich des Kieler-Woche-Gesprächs im Juni dieses Jahres hatte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses der Kaliningrader Duma, Alexander Filatenko - der Herr Präsident hat ihn gerade erwähnt -, darum gebeten, unsere Beziehungen auch auf parlamentarischer Ebene zu intensivieren, eine Anregung, die wir gern aufgegriffen haben.

Welche neuen Möglichkeiten eröffnet nun diese parlamentarische Zusammenarbeit, dieses Memorandum? - Zunächst einmal: Es ist die erste **parlamentarische Zusammenarbeit**, die überhaupt formell vom Schleswig-Holsteinischen Landtag abgeschlossen wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich nenne dies einen zusätzlichen Schritt der Vertrauensbildung. Vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen und den baltischen Staaten ist eine verstärkte Zusammenarbeit gerade mit Kaliningrad zur Vermeidung von Rückschlägen und zur Festigung der Region von großer Bedeutung. Kontakte zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad bestehen bereits seit Anfang der neunziger Jahre, unter-

stützt werden Sie seit 1995 durch das Hansebüro in Kaliningrad. Der Präsident hat in seinem Bericht gerade auf die Abkommen der Regierungen Kaliningrads und Schleswig-Holsteins sowie auf die Landtagsreise hingewiesen. Auch das waren konkrete Begegnungen.

Zur Erinnerung: Im internationalen Bereich ist Kaliningrad durch die Ostseekooperation bereits eingebunden in den Ostseerat über die Russische Föderation, in die Ostseeparlamentarierkonferenz, in der auch die Regionen vertreten sind, und damit ebenso wie Schleswig-Holstein auch die russischen Rechtssubjekte Stadt St. Petersburg, Oblast Leningrad, Karelien und Stadt und Oblast Kaliningrad, und es ist eingebunden in die Konferenz der Subregionen, ein Netzwerk aus 162 Subregionen des Ostseeraumes, einer der wichtigsten Partner der Europäischen Kommission für Programmaktivitäten der EU im Ostseeraum.

Hierin liegt unsere große Chance: Diese Foren verstärkt zu nutzen für gemeinsame Aktivitäten zur **Förderung der Demokratie** sowie regionaler und gemeindlicher Selbstverwaltung, gemeinsam auf parlamentarischer Ebene zum Beispiel durch eine Zusammenarbeit der Fachausschüsse konkrete Projekte zu erarbeiten, die mit finanzieller Unterstützung der EU umgesetzt werden können, und eine gemeinsame **Identität in der Ostseeregion** zu entwickeln.

In den Diskussionen der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz ist deutlich geworden, dass wir vor allem die soziale Dimension der neuen Staaten stärker in Betracht ziehen müssen. Der Wechsel zur **sozialen Marktwirtschaft** in Russland korrespondiert mit den Folgen der Privatisierung, von denen auch Kaliningrad betroffen ist. Unser Landtagspräsident hatte in seinem Bericht über die Konferenz damals ausdrücklich auf den sozialen Sprengstoff hingewiesen, der sich durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen, die Armut und die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern entwickelt. Hiervon sind übrigens vor allem die Frauen betroffen. - Ein weites Feld für eine Zusammenarbeit und für konkrete Projekte!

Der Präsident der Kaliningrader Duma, Valerij Ustyugov, betonte in seiner Rede vor der Parlamentarierkonferenz das **Recht der Regionen** auf eine eigene **Gesetzgebung**. Auch in diesem Prozess seien sie sehr stark auf Zusammenarbeit und Unterstützung angewiesen. - Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit. - Die Zukunft werde auch davon abhängen - fuhr Ustyugov fort - in welchem Umfang das Land selbst Verantwortung übernehmen werde. - Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen.

Hier **Hilfe zur Selbsthilfe** zu leisten und gemeinsam an einer Stabilisierung der Region Kaliningrad zu arbeiten, wäre unser Part. Wirtschaftliches Wachstum

(Dr. Gabriele Kötschau)

im Oblast Kaliningrad wird nicht auf diesen begrenzt bleiben. Von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Wachstumsregion Ostsee wird auch Schleswig-Holstein profitieren. Wir haben die Chance, sowohl Handelspartner als auch einen gemeinsamen Markt aufzubauen.

(Beifall im ganzen Haus - Glocke des Präsidenten)

Hilfreich für eine intensivere Kooperation mit Kaliningrad ist die klare Aussage auf dem Kölner EU-Gipfel im April dieses Jahres zur künftigen **Russlandpolitik der EU**. Das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union hat unseren Beziehungen zu Russland eine neue Qualität verliehen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

und berührt auch die Kooperation im Ostseeraum. Die Ostseekooperation ist insbesondere eine Klammer zwischen EU-Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten. Die Ostseepolitik gestaltet eine **Kooperation** gerade dort, wo eine **Integration** noch nicht möglich ist, und kann damit eine wichtige Rolle der Vor-Beitrittsstrategie für die Beitrittsländer im Ostseeraum übernehmen und zudem eine lebendige Partnerschaft mit Russland praktizieren.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Wir sehen den Abschluss dieses Memorandums als einen weiteren Schritt zur Verstärkung der Aktivitäten Schleswig-Holsteins mit Kaliningrad an.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ergänzen!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, jetzt wirklich den letzten Satz zu sprechen.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nein, den letzten Satz bitte!

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Meine Damen und Herren, haben wir den Mut, diese **Partnerschaft** als Parlamentarier dafür zu nutzen, in die Köpfe zu investieren, Bildung und Kultur als wichtigen Wirtschaftsfaktor zu erkennen, dies in die Praxis umzusetzen und die jeweils andere Seite als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren!

(Beifall im ganzen Haus)

Leisten wir auch als Parlamentarier künftig durch gemeinsame Anstrengungen unseren Beitrag dazu, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen und den **Ostseeraum** zu einer stabilen Region zu entwickeln, von der neue zukunftssträchtige Impulse ausgehen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne Damen und Herren der Kreisberufsschule Schleswig-Flensburg und der Hauptschule Kellinghusen. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Zustimmung aller Fraktionen wird der Schleswig-Holsteinische Landtag heute beschließen, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen dem **Land Schleswig-Holstein** und dem **Kaliningrader Gebiet** auch auf parlamentarischer Ebene zu vertiefen und konkrete Initiativen zu entwickeln, wie sie in einem zwischen beiden Seiten ausgehandelten Memorandum aufgeführt sind.

1998 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag im Rahmen einer interfraktionellen Reise unter anderem das Gebiet Kaliningrad besucht und sich vor Ort einen unmittelbaren Einblick verschafft. Seither besteht in allen Fraktionen der erklärte Wille, zur stärkeren Einbindung Kaliningrads in die **Ostseekooperation** auch einen parlamentarischen Beitrag zu leisten.

Das Abkommen zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag soll die Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit in zahlreichen konkreten Handlungsfeldern darstellen. Die Unterzeichnung des Abkommens zeigt auch: Die auf dem europäischen Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juli 1999 in Köln verabschiedete gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland wird nun auch von den beiden Partnerregionen umgesetzt. Dabei geht es um die Konsolidierung

(Thorsten Geißler)

von **Demokratie** und **Rechtsstaatlichkeit** in Russland, die Festigung der staatlichen Institutionen, die Modernisierung der Verwaltung, die effiziente Durchführung von freien, fairen und demokratischen Wahlen und es wird ein Schwerpunkt auf den Übergang in eine Zivilgesellschaft gelegt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen einen erheblichen Beitrag dazu leisten kann, in der Verfolgung dieser Ziele voranzukommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für ebenso wichtig halte ich es, dass beide Parlamente nunmehr vereinbaren, sowohl in der Ostseeparlamentarierkonferenz als auch im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas künftig verstärkt zusammenarbeiten zu wollen.

Dabei ist die Erweiterung der Europäischen Union für Kaliningrad eine besonders große Herausforderung. Die Nachbarländer Polen und Litauen werden in nicht allzu ferner Zeit Mitglieder der Europäischen Union werden und so sehr wir dies gemeinsam begrüßen und unterstützen, so stimmen wir sicherlich auch in der Forderung überein, dass dies nicht zu einer Isolierung Kaliningrads führen darf.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass die internationalen Aktivitäten der Oblastverwaltung erkennbar zugenommen haben. Dass dabei die Ausgestaltung der Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn Litauen und Polen im Vordergrund steht, ist selbstverständlich, aber es freut uns auch feststellen zu können, dass aus Deutschland unser Bundesland Schleswig-Holstein derzeit der wichtigste Gesprächspartner ist. Dies findet ja nun heute sichtbaren Ausdruck in der Zustimmung des Landtages zu diesem Abkommen, dem die Kaliningrader Gebietsduma ihrerseits bereits zugestimmt hat.

Die Vertreter Kaliningrads haben in politischen Gesprächen mit den Vertretern unseres Bundeslandes immer wieder betont, dass eine aktivere Rolle Deutschlands in Kaliningrad durchaus gewünscht ist. Sie haben die Erwartung geäußert, dass der CBSS-Vorsitz Deutschlands ab Mitte 2000 zu einer stärkeren Betonung der Rolle Kaliningrads führen möge. Dabei ist von großer Wichtigkeit, die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu intensivieren und dabei deren Erfahrungen und Wissen für den gesellschaftspolitischen Übergangsprozess nutzbar zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf deutscher Seite sind es erfreulicherweise häufig auch Menschen, die eigene oder familiäre Bindungen an das frühere Ostpreußen und an das frühere Königsberg haben, die sich in dieser Organisation engagieren. Solche Aktivitäten, die die Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte und die Festigung demokratischer Strukturen in Kaliningrad zum Ziel haben, verdienen unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wer sich einen Überblick darüber verschaffen möchte, wie intensiv die bilateralen Beziehungen bereits heute sind, der sollte einen Blick auf das Tagungs- und Seminarprogramm des deutsch-russischen Hauses in Kaliningrad werfen. Es ist erfreulicherweise zu einer Stätte ständiger Begegnungen und ständigen Erfahrungs- und Informationsaustausches zwischen Deutschen und Russen geworden. Ich halte es für wünschenswert, in diese Programme verstärkt auch Gesprächspartner aus den Nachbarländern Kaliningrads, nämlich aus Litauen und Polen, einzubeziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn zwei Parlamente ein Abkommen miteinander schließen, dann muss es auch mit Leben erfüllt werden. Im Anschluss an die Delegationsreise des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Jahre 1998 hat der Herr Landtagspräsident den **Europaausschuss** beauftragt, diese Angelegenheit in eigener Zuständigkeit weiter zu verfolgen. In den anschließenden Beratungen haben wir im Ausschuss unter anderem vereinbart, im Rahmen eines dreiteiligen Workshops Überlegungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und dem Kaliningrader Gebiet auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene auszuloten. Von besonderer Bedeutung ist aber ohne Zweifel die Unterzeichnung des Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich versichere Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Europaausschuss in Zusammenarbeit mit den anderen Fachausschüssen dieses hohen Hauses alles daran setzen wird, damit die Ziele, die wir mit der Unterzeichnung dieses Abkommens formulieren, auch erreicht werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Generalkonsul Victor Rudjaev, den ich hier recht herzlich begrüße!

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt das Zustandekommen von Verträgen zwischen Schleswig-Holstein und der Kaliningrader Gebietsduma. Damit soll sowohl die parlamentarische Zusammenarbeit weiterentwickelt als auch die exekutive Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Gouvernement des Kaliningrader Gebietes der Russischen Föderation vorangebracht werden. Ich denke, wir sind uns hier im Lande, aber auch mit unserem Vertragspartner darin einig, dass dies einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen darstellt, dass wir aber angesichts der sehr unterschiedlichen Verhältnisse auf beiden Seiten doch noch in der Anfangsphase einer gemeinsamen Entwicklung stecken. Es sind noch große Anstrengungen erforderlich, um zu einer produktiven vertrauensvollen Zusammenarbeit zu gelangen.

Gemeinsames inhaltliches Bindeglied ist die Entwicklung hin zu zukunftsverträglichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, wie sie in dem Beschluss der **Baltic 21** beschrieben werden, mit dem die Ostsee-Anrainerstaaten den Auftrag der Agenda 21 der Vereinten Nationen in ihrem Gebiet umsetzen wollen. Danach ist nicht ein Prozess zu erwarten, der das Ziel einer weitgehenden Angleichung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse des Kaliningrader Gebietes an den Status quo zum Ziel hat, wie wir ihn zum Beispiel hier in Schleswig-Holstein kennen. Im Weltmaßstab betrachtet sind auch wir ein Entwicklungsland, was den Ressourcenverbrauch und die ökologischen Folgewirkungen unserer Art zu wirtschaften angeht. Zum Beispiel haben wir uns in der letzten Plenartagung des Landtages mit dem Klimaschutzbericht beschäftigt, aus dem hervorgeht, dass die Bundesrepublik Deutschland zur Klimazerstörung denselben Beitrag wie ganz Afrika oder fast den gleichen wie Südamerika leistet.

In Erfüllung des Auftrags der Agenda 21 und in der Notwendigkeit einer Exportwirtschaft, die das Ziel der Zukunftsverträglichkeit und des Eine-Welt-Gedankens erfüllt, stehen auch wir noch in der Anfangsphase einer weitergehenden Entwicklung. Unser Modell des Umgangs mit Energie, unser Modell des motorisierten Individualverkehrs, in dem statistisch jeder Zweite ein Auto hat, kann nicht Vorbild einer Weltentwicklung sein und damit auch nicht Vorbild für ein Gebiet wie Kaliningrad, dessen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben sich sehr dynamisch neu ordnet.

Insofern bietet sich für unseren Partner im Kaliningrader Gebiet die Chance, im Rahmen der Baltic 21 einen eigenen Weg in die Zukunft einzuschlagen und nicht der Verlockung zu erliegen, alles von uns - weil hier eben vieles gut und deutlich besser läuft als unter den dort noch herrschenden Verhältnissen - einfach kopieren zu wollen.

Auch in früheren Reden zur Ostseekooperation habe ich stets die Wichtigkeit einer intensiven Beziehung zu den russischen Partnern betont, meine Damen und Herren. Daher ist diese aktuelle Entwicklung zur Verbesserung unserer Beziehungen sehr begrüßenswert.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Begrüßenswert ist ebenso, dass im Europaministerium Projekte erarbeitet wurden und unter Einbeziehung von Finanzmitteln der EU unterstützt werden sollen. An dieser Stelle möchte ich die Hoffnung ausdrücken, dass die Realisierung dieser Projekte nicht an einer unbesonnenen Fortsetzung der Tschetschenien-Politik der russischen Nationalregierung scheitert.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Umsetzung von gemeinsamen Projekten ist nicht einfach, wie zum Beispiel der Bericht unseres Kollegen Claus Ehlers im Agrarausschuss unterstrichen hat, in dem er die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft im Kaliningrader Gebiet beschreibt. Selbst so etwas Einfaches wie der Austausch landwirtschaftlicher Praktikanten bedarf erheblicher Anstrengungen.

Wir wissen alle, dass Probleme dazu da sind, gelöst zu werden, auch wenn der Weg hin zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit, der vor uns liegt, noch lang ist. Mit den beiden vorliegenden Vertragswerken vom Februar auf Regierungsebene und hinsichtlich der parlamentarischen Zusammenarbeit, die wir im Januar beschließen wollen, sind wir auf diesem Weg in einem guten Sinne ein Stück vorangekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt müssen unsere Gäste ja den Eindruck bekommen, der Landtag sei ausgewechselt worden.

(Heiterkeit)

(Dr. Ekkehard Klug)

Namens der F.D.P.-Fraktion möchte ich das, was Herr Landtagspräsident Arens zu Beginn dieser Aussprache vorgetragen hat, ausdrücklich unterstützen. Wir verstehen die von allen Fraktionen unseres Landtages eingebrachte Entschließung zur parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad als ein wichtiges politisches Signal. Die Einbeziehung der „Kaliningradskaia Oblast“, eines unserer russischen Ostseeanachbarn, in das Netzwerk der Ostseezusammenarbeit ist für beide Staaten - Russland und Deutschland - gleichermaßen wichtig. Der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel hat das in einem Beitrag für die „Kieler Nachrichten“ am 19. November so formuliert:

„Auch das Gebiet Königsberg hat im Ostseeraum für Russland und die anderen Ostseeanrainer eine besondere Bedeutung. Königsberg darf in der Ostseeregion nicht zu einem abgeschotteten, isolierten, potentiell destabilisierenden Faktor werden. Russland und die Europäische Union müssen Lösungen in den Bereichen Sicherheits-, Wirtschafts- und Visapolitik erarbeiten, die der besonderen Situation der Region Rechnung tragen.“

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat in diesem Sinne bereits eine Reihe von Beiträgen zur Ostseezusammenarbeit geleistet: von Bemühungen zur wirtschaftlichen Kooperation mit dem Gebiet Kaliningrad bis hin zur Entwicklung einer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität, über die Herr Minister Wienholtz kürzlich im Oktober auch öffentlich berichtet hat.

Die nun vorliegende Absichtserklärung zur parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Gebietsduma von Kaliningrad ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. In einer Zeit, in der Moskauer Politiker immer öfter den Begriff eines „konstruktiven Isolationismus“ benutzen, wenn sie vom Verhältnis Russlands zum Westen sprechen, sind alle Schritte wertvoll, bei denen der Akzent mehr auf konstruktiven als auf isolationistischen Zügen russischer Politik liegt.

Eines ist klar, der Kosovokrieg hat sicherlich im Zusammenwirken mit innenpolitischen Motiven zu einer stärkeren Entfremdung zwischen Russland und dem Westen geführt. Das gilt insbesondere für das russische Verhältnis zu den USA, wobei die politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise US-amerikanischer Firmen im Kaspischen Raum diese Tendenz noch erheblich verstärken.

Wenn die Moskauer Außenpolitik deshalb - und das sind die jüngst festzustellenden Entwicklungen - die

Beziehungen Russlands zum Westen statt auf die USA stärker auf die Europäische Union auszurichten beginnt, so ergibt sich daraus auch eine Chance für die verbesserte Ostseezusammenarbeit mit unseren russischen Partnerregionen. Nach Artikel 72 der Verfassung der Russischen Föderation sind die Außenbeziehungen der 89 Föderationssubjekte, das heißt der Republiken und Gebiete innerhalb der Russischen Föderation, gemeinsam von der Zentralregierung in Moskau und den Föderationssubjekten zu koordinieren. Die Zuständigkeit für die Außenpolitik wird nach der russischen Verfassung klar der Moskauer Zentralregierung zugewiesen - Artikel 71 der Verfassung der Russischen Föderation.

Die Moskauer Regierung hat in den letzten Jahren mit vielen Republiken und Gebieten so genannte Kompetenzabgrenzungsverträge geschlossen, nach denen die Föderationssubjekte ausdrücklich das Recht erhalten, internationale und außenwirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Das Gebiet Kaliningrad gehört jedoch zu den wenigen Föderationssubjekten in Russland, die dieses vertragliche Zugeständnis nicht erhalten haben. Darin drückt sich wohl die Sorge aus, die Exklave Kaliningrad könnte zu sehr ihre eigenen Wege gehen. In Sachen Einbeziehung Kaliningrads in die Ostseezusammenarbeit ging und geht daher nichts ohne das Einverständnis Moskaus. Das ist in den vergangenen Jahren ja auch immer wieder deutlich geworden.

Nun hat es Anfang Januar dieses Jahres in Russland ein neues Gesetz gegeben. Es handelt sich dabei um ein Gesetz über die Koordinierung der internationalen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Subjekte der Russischen Föderation. Dieses neue Gesetz verpflichtet die russischen Gebiete und Republiken, alle Entwürfe für internationale Abkommen dem Moskauer Außenministerium zur Begutachtung vorzulegen. Der Zugriff der Moskauer Zentralregierung auf die Außenbeziehungen der russischen Bundesländer - wenn man diesen Begriff einmal benutzen darf - ist also wesentlich stärker als etwa bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Wissen um diese Zusammenhänge lässt sich feststellen, dass die verstärkte Einbeziehung des Gebietsparlaments der Region Kaliningrad in die Zusammenarbeit der Parlamente im Ostseeraum wohl auch als ein Anzeichen für das vorhin erwähnte verstärkte russische Bemühen um eine strategische Partnerschaft mit der Europäischen Union und mit deren Mitgliedstaaten zu interpretieren ist. Ich meine, wir sollten als Teil dieser Europäischen Union und als aktiver Partner im Rahmen der Ostseezusammenarbeit alles daransetzen, diese erkennbare Bereitschaft Russlands zu einer ver-

(Dr. Ekkehard Klug)

stärkten gemeinsamen Arbeit in dieser Region aufzunehmen und zu unterstützen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mai letzten Jahres besuchte eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Städte Klaipeda, Kaliningrad und Gdansk. Dabei fiel den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser interfraktionellen Reise mehr als alles andere auf, wie unterschiedlich sich trotz aller geografischen Nähe die Entwicklungsmöglichkeiten dieser drei Regionen abzeichneten. Während Danzig insgesamt bemerkenswerte Wachstumsraten verzeichnete und sich Klaipeda um eine konkrete Zusammenarbeit mit der Hansestadt Lübeck bemühte, stand Kaliningrad außen vor. In allen drei Städten wurden aber die guten Kontakte zu Schleswig-Holstein gelobt - Kontakte, die bisher über die Landesregierung, über die IHK und über das Hanse-Office gelaufen sind. Ich finde, alles das sollte auch lobend erwähnt werden.

Die Landtagsdelegation war sich dennoch darin einig, dass es an der Zeit ist, diese partnerschaftlichen Beziehungen verstärkt auf parlamentarischer Ebene aufzunehmen, wie es ja auch eines der Ziele der genannten interfraktionellen Reise war. Ich freue mich also darüber, dass wir heute Gelegenheit bekommen, einer wechselseitigen Absichtserklärung über eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma Kaliningrad zuzustimmen. Und ich danke dem Landtagspräsidenten für sein Engagement in dieser Sache.

Aus der Sicht des SSW ist es wichtig, alle schleswig-holsteinischen Aktivitäten bezogen auf das Gebiet Kaliningrad fortzusetzen und behutsam weiterzuentwickeln. Und für uns als Parlament muss es folgerichtig heißen, dass diese Zusammenarbeit auch auf parlamentarischer Ebene gefördert werden muss.

In den letzten Ostseeberichten der Landesregierung wurde immer wieder darauf eingegangen, wie wichtig es sei, Russland verstärkt in die Ostseekooperation einzubeziehen. Eine Vertiefung und Verfestigung der Ostseezusammenarbeit ist nicht ohne Russland und damit auch nicht ohne Kaliningrad denkbar.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Martin Kayenburg [CDU])

Damit wird Kaliningrad praktisch der Prüfstein für die Europafähigkeit Russlands. Ich möchte hinzufügen: Auch vor diesem Hintergrund ist der gegenwärtige Krieg in Tschetschenien eine Katastrophe.

Mehr noch als in anderen europäischen Gebieten Russlands hat sich die wirtschaftliche Situation Kaliningrads in den vergangenen Jahren verschlechtert. Auch die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im November 1997 hat daran nichts geändert - so war wenigstens der Eindruck der Landtagsdelegation im letzten Jahr. Zur politischen Situation führte das Europaministerium 1998 an, dass sich die allgemeine Unsicherheit Moskaus über den künftigen außenpolitischen Weg Russlands gerade in Kaliningrad niederschläge. Seitdem hat sich Russland aus der internationalen Politik zurückgezogen. Ich begrüße vor dem Hintergrund dieser Tendenzen das, was der Kollege Klug eben sagte. Das wusste ich noch nicht. Ich denke, es ist wichtig zu sehen, dass es dort neue Weichenstellungen gibt. Die Stichworte sind immer noch: Kosovo, Tschetschenien und der Machtkampf um die kommende Präsidentschaft in Russland.

Alle Beobachter sind sich einig, dass es zu einer Verbesserung der Situation in Kaliningrad erst kommen wird, wenn die parlamentarischen demokratischen Kräfte so gestärkt werden, dass sie sich maßgeblich an der Entwicklung beteiligen können. Mehrfach hatten wir den Eindruck, dass Kaliningrad noch keine richtige Strategie für den Umgang mit den Nachbarn gefunden hat.

Schleswig-Holsteins Rolle in der Ostseekooperation sollte also auch so gesehen werden, dass wir eine besondere Verpflichtung zu Kaliningrad wahrnehmen sollten. Nicht unwesentlich ist dabei auch die Tatsache, dass der Abstand zwischen Kaliningrad nach Berlin kürzer ist als von Kaliningrad nach Moskau.

Für uns als Landtagsabgeordnete sollte aber auch die Verpflichtung aus der deutschen Geschichte von Bedeutung sein, nämlich mit zu tragen und mit zu helfen, dass es im ehemaligen Königsberg und dem früheren Nord-Ostpreußen zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität auf demokratischer Grundlage kommt. Wir dürfen das Terrain nicht deutschen Rechtsradikalen und Nationalisten überlassen, die seit der Wende unter dem Deckmantel sozialer Hilfe in und um Kaliningrad Projekte betreiben, die eindeutig national-revanchistische Tendenzen haben.

Das alles ist für uns eine besondere Verpflichtung. Ich begrüße den Antrag und bedanke mich beim Europausschuss dafür, dass er die Umsetzung dafür in die Hand genommen hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, dass eine Vereinbarung des Landtages dieser Art den höchsten Segen der Landesregierung brauchte. Die Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Aber ich möchte ausdrücklich sagen - auch als Botschaft an unseren Gast -, dass die Landesregierung diese Vereinbarung des Landtages mit der Gebietsduma von Kaliningrad begrüßt.

Damit werden die Beziehungen, die das Land in vielfältiger Weise in den letzten Jahren versucht hat anzuknüpfen, ergänzt. Die Beziehungen - das will ich nicht verschweigen - haben oftmals unter unklaren Bedingungen sowohl in Moskau als auch in Kaliningrad gelitten. Die Vereinbarung ergänzt darüber hinaus das - es ist bereits erwähnt worden -, was auf der Ebene der Landesregierung und des Gouverneurs des Kaliningrad-Oblast im Frühjahr unterschrieben worden ist. Sie ergänzt im Übrigen aber auch die vielfältigen Aktivitäten von Vereinen und Organisationen und vieler Privatpersonen in Schleswig-Holstein, denen wir zu großem Dank verpflichtet sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Sie ist schließlich auch eine Chance, im Dialog immer wieder deutlich zu machen, wie absurd Vorwürfe sind, die im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise in Kaliningrad selbst nachzulesen waren, deutsches Interesse oder schleswig-holsteinisches Interesse an Kaliningrad habe irgendetwas mit deutschem Expansionismus zu tun.

Wir haben eine neue politische Situation: Wenn Polen und Litauen Mitglieder der Europäischen Union sind, wird Kaliningrad eine russische Exklave in der EU sein. Das birgt enorme Chancen, aber es birgt auch enorme politische Risiken. Im Rahmen von EU- und Ostseekooperation, im Rahmen solcher Partnerschaften, wie wir sie unterhalten oder anstreben, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit Kaliningrad eben nicht zu einem Krisenherd wird, sondern zu einem Beispiel guter gelungener, praktizierter Nachbarschaft mit Russland. Daran wollen wir in Schleswig-Holstein gern mitarbeiten.

(Beifall im ganzen Haus)

Dabei sind natürlich immer wieder die konkreten Projekte gefragt. Es ist ein gutes Zeichen, dass es zum ersten Mal möglich war, vor wenigen Wochen in einem gemeinsamen Workshop mit Verantwortlichen

aus Kaliningrad eine Reihe von Projekten konkret zu beschreiben und sich vorzunehmen - etwa die humanitäre Hilfe für ein bestimmtes Kinderheim, etwa das Ziel, Kaliningrad in die Ostsee-Energienetzwerke einzubeziehen oder die Vereinbarung, sich um die EU-Finanzierung eines grenzüberschreitenden Projektes zur ökologisch-touristischen Entwicklung des Frischen Haffs und der Kurischen Nehrung zu kümmern. Das sind nur drei Beispiele für eine größere Liste, über die wechselseitig Einverständnis erzielt worden ist. Man kann nur hoffen, dass sich auf diesem Weg das dann vertiefen lassen wird, was bereits erfolgreich durch Polizeizusammenarbeit oder durch Zusammenarbeit auf dem Agrarsektor praktiziert worden ist.

Kaliningrad ist heute ein europäisches Thema. Das ist der Fortschritt der Diskussion der letzten Wochen bei verschiedenen internationalen Anlässen, auf die hingewiesen worden ist.

Ich will nur hinzufügen, dass an Kaliningrad auch bei der bevorstehenden EU-Erweiterung gedacht werden muss. Es wäre ja absurd, würden die gerade erreichten Reisemöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger Kaliningrads nach der Erweiterung der Europäischen Union wieder gestrichen werden. Die positive Entwicklung der Beziehungen Kaliningrads mit seinen Nachbarn Polen und Litauen sollte nicht unter der Erweiterung leiden, sondern sie sollten genutzt werden, um die Beziehungen zwischen der EU und Russland im positiven Sinne voranzubringen.

(Beifall im ganzen Haus)

Das ist aber nicht selbstverständlich; da sind durchaus Risiken angelegt. Wenn Sie mit Vertretern von Hauptstädten in der EU über die Frage der Beibehaltung von bestimmten Visaregelungen reden, dann wird noch ein gutes Stück an Überzeugungsarbeit zu leisten sein, um so etwas zu realisieren.

Ein letztes Wort - das sei auch an den Herrn Generalkonsul gerichtet -: Ich glaube, es sind in der ganzen Ostseefamilie viele, es sind auch viele bei uns hier in Schleswig-Holstein, die bereit sind, Kaliningrad als integralem Bestandteil Russlands einen Platz in Europas Architektur zu geben. Wie lange und wie beschwerlich dieser Weg sein wird, das wird vor allem auch in Moskau entschieden. Das Votum über Ihre Vereinbarung ist - so glaube ich - auch mit der Hoffnung, ja mit einer gewissen Zuversicht verbunden, dass es die konstruktive Bereitschaft Russlands geben möge, den Weg Kaliningrads in eine europäische Zukunft zu erleichtern. Wir wollen das Unsere dazu beitragen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Meine Damen und Herren, wer der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad zustimmen will - Drucksache 14/2607 -, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2533

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/2569

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 14/2616

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Dr. Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Danke schön. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? Das ist vermutlich nicht der Fall. Dann danke ich dem Herrn Berichterstatter.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Hochschulgesetznovelle, die wir im letzten Monat verabschiedet haben, ist das Zusammenwirken von Land und Hochschulen bei der Strukturentwicklung, bei der Qualitätssicherung und bei der Evaluierung der Hochschulen auf neue Beine gestellt worden; damit verbunden ist auch eine neue Form von Haushaltsgestaltung und Controlling. Künftig werden sich Diskussionen und Entscheidungen des Landtages zur Entwicklung und Finanzierung der Hochschulen auf ein gesetzlich verbindliches Berichtswesen stützen können. Qualifizierte Berichte über die Umsetzung von Zielvereinbarungen, über den Stand der Entwicklungs-

planungen der einzelnen Hochschulen werden die Grundlage für Entscheidungen der Legislative sein. Der Landtag wird neben seiner Kompetenz in allen haushaltsrelevanten Fragen damit selbstverständlich auch die Kompetenz bei der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Hochschullandschaft behalten - und das auf einer deutlich besseren und transparenteren Grundlage, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, mehr Autonomie für die Hochschulen und für die finanz- und hochschulpolitische Verantwortung des Landes gehören untrennbar zusammen. Deswegen war und ist es richtig, die detaillierten Inhalte von Zielvereinbarungen im Einvernehmen von Landesregierung und Hochschule zu belassen. Es ist unseres Erachtens aber notwendig, über die haushaltsrechtliche Kontrolle hinaus die Kompetenzen und Pflichten von Landesregierung und Landtag in einem gesonderten Beschluss des Landtages festzuschreiben. Das ist das, was wir als Antrag vorgelegt haben.

Wir wollen zukünftig auf der Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung in einem festen Turnus über die strategischen Zielsetzungen und über die grundlegenden Entwicklungen und Entwicklungspotentiale unserer Hochschulen im Landtag beraten. Das gibt dem Landtag die Möglichkeit, gegebenenfalls Entscheidungen zu treffen, die der Landesregierung dann auch veränderte Rahmen für die Fortschreibung oder auch für die Neugestaltung von Zielvereinbarungen setzen können.

Der Landtag wird also auch künftig das Budget für die Hochschulen auf der Grundlage der vom Landtag der Landesregierung aufgegebenen Ziele beschließen. Dieser Satz klingt kompliziert, aber er ist wichtig.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen im Konkreten sind Sache der Landesregierung. Das HSG schafft dafür eine neue gesetzliche Grundlage. Den Rahmen für das Regierungshandeln aber setzt der Landtag fest und das wollen wir mit unserem heutigen Antrag konkretisieren - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Startphase der Einbeziehung der Hochschulen in die outputorientierte Budgetierung ist in der Tat nicht leicht und sie ist ohne Frage mit dem Blick auf die letzten Wochen auch nicht ohne Stolpersteine. Das muss in aller Offenheit gesagt werden. Auf allen Sei-

(Jürgen Weber)

ten wird man noch lernen müssen, mit den neuen Instrumenten umzugehen und die neuen Instrumente auch zu akzeptieren. Ich bin aber sicher, sie werden letztlich allen nutzen.

Die Festlegung der Zuschüsse erst einmal auf zwei Jahre, die Regelungen bei Kostensteigerungen durch Tarifierhöhungen und ähnliches mehr, die jetzt vorgesehen sind, bringen den Hochschulen mehr Planungssicherheit. Der Rahmen allerdings für die jetzt erst einmal abzuschließenden Zielvereinbarungen kann sich dabei nur aus den Arbeiten der Strukturkommission der letzten Jahre, aus den hochschulinternen Entwicklungsplanungen, aus den Dingen, die wir hier mehrfach diskutiert haben, ergeben, die jetzt aktuell Platz greifen müssen. Dabei muss das Land - es ist mir wichtig, das zu betonen - bei den ersten Zielvereinbarungen, die jetzt abzuschließen sind, den Rahmen zunächst so offen gestalten, dass der begonnene Strukturentwicklungsprozess fortgesetzt werden kann und die Hochschulen in die Lage versetzt werden können und die Chance erhalten, diesen Rahmen auch auszufüllen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier ist zuviel Regelung am Startbeginn Gift für die Entwicklung der Hochschulen. Wir haben deswegen in unserem Antrag nur allgemeine Ziele formuliert. Mit dem ersten **Globalbudget** wird man den leistungsbezogenen Anteil auf Grund spezifischer Zielvereinbarungen nicht überfrachten dürfen.

Die Diskussion wäre vielleicht etwas lebendiger gewesen, wenn wir von der Opposition einmal den einen oder anderen konkreten Vorschlag gehört hätten und nicht immer nur: mal zu schnell, mal zu langsam, mal mehr dereguliert, mal konkretere Dinge vorlegen! Ich bin davon überzeugt, dass wir einen Startschuss setzen, der für die Hochschulen eine vernünftige Entwicklung bringen kann. Wir werden über die Ausfinanzierung und über die finanzielle Ausgestaltung im Rahmen der Haushaltsdebatte in der nächsten Woche zu reden haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das zurzeit aktuellste hochschulpolitische Thema sind in der Tat die Zielvereinbarungen. Das stimmt. Das aktuelle

Thema ist aber nicht der Entschließungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der uns hier vorliegt, sondern es ist folgender Umstand: Wir werden als Schleswig-Holsteinischer Landtag in der kommenden Woche einen Haushalt verabschieden, der die Globalzuschüsse und Globalzuweisungen für die Hochschulen beinhaltet. Diese Globalzuschüsse für die Hochschulen sollten ursprünglich auf der Basis von **Zielvereinbarungen** erfolgen, Zielvereinbarungen, die bis dato nicht abgeschlossen sind und Zielvereinbarungen, deren Inhalt wir offiziell zu diesem Zeitpunkt noch nicht kennen. Was damit von uns als Haushaltsgesetzgeber verlangt wird, ist, dass wir einen Blankoscheck über etwas ausstellen sollen, über das uns nicht berichtet worden ist,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssten nur das lesen, was Ihnen geliefert wird!)

über das wir nicht informiert worden sind und über das keine vernünftige Diskussion stattgefunden hat.

Wenn man sich heute Morgen darüber mokiert hat, dass die Union keine Einzelanträge vorgelegt hat, dann kann ich Ihnen nur entgegnen: Sorgen Sie erst einmal dafür, dass Sie die grundsätzlichen Verfahren Ihres Haushalts in den Griff bekommen und sortieren, bevor Sie sich mit Ihrer Kritik an uns wenden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie sind ja nachher dran, Frau Fröhlich. Ich darf noch einmal auf den Ablauf verweisen. Seit Monaten wird über die Zielvereinbarungen verhandelt. Den Hochschulen ist gesagt worden, Leute, wir müssen zu Potte kommen, denn im Oktober sollen diese Zielvereinbarungen unterschrieben werden, weil das ursprüngliche Verfahren so gedacht war, dass diese Zielvereinbarungen als Erläuterungen im Haushalt eine Rolle spielen sollten. Zu diesen Unterschriften ist es wegen Meinungsverschiedenheiten bisher in keinem Fall gekommen. Nun heißt es: Nein Hochschulen, wir brauchen gar nicht mehr zu verhandeln, sondern wir warten erst einmal den Haushaltsbeschluss des Landtages ab und dann verhandeln wir weiter. Wenn jedoch im Haushalt erst einmal die Höhe der globalen Zuschüsse festgelegt worden ist, dann gibt es nichts mehr zu verhandeln. Damit würde das Instrument der Zielvereinbarungen ad absurdum geführt.

(Beifall bei der CDU)

Um von diesem Umstand abzulenken, ist ein Entschließungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD gestellt worden. Der ist reiner Popanz!

(Jost de Jager)

Wir haben vom Wissenschaftlichen Dienst untersuchen lassen und abgefragt, mit welcher **rechtlichen Bindewirkung** wir es zu tun haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das System überhaupt nicht verstanden!)

Die Antwort lautet: Bei dem oben genannten Antrag handelt es sich um einen Entschließungsantrag, der grundsätzlich keine rechtlichen Bindewirkungen für die Landesregierung und die Hochschule schafft.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Parlamentsbeschluss!)

Das gilt, soweit der Landtag im Wege von Entschlüssen lediglich seine Auffassung zu bestimmten Fragen äußert. Die strategischen Ziele Nummer 1 bis 10 und die Nummern 1 bis 9 binden die Hochschule nicht und sie binden auch die Landesregierung nicht. Daher haben wir es mit einem reinen Showgeschäft zu tun.

Das wird auch dadurch bestätigt, dass diese strategischen **Ziele** und die **Entwicklungsschwerpunkte** der Hochschulen gar nichts mehr als Worthülsen sind. Meine Damen und Herren, wenn Ihnen in Ihrem Entschließungsantrag zu der Christian-Albrechts-Universität nicht mehr einfällt als ein Zweizeiler, der auch noch lautet, die CAU soll die internationale Forschungskooperation besonders mit den Hochschulen im Nord- und Ostseeraum intensivieren, und wenn Sie sich nicht mehr dazu einfallen lassen können, als etwas zu beschreiben, was die Christian-Albrechts-Universität ohnehin schon macht, dann ist das dürftig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich könnte die einzelnen Punkte hier durchgehen, aber festzuhalten ist: Wir haben es mit Worthülsen zu tun!

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein besonders schwerwiegender Punkt, weil der Zweck der Zielvereinbarungen darin besteht, in dem Verhältnis zwischen dem Land und den Hochschulen Verlässlichkeit herzustellen, Verlässlichkeit über das, was man will, und Verlässlichkeit im Verfahren. Das machen Sie eben nicht, weil Sie bei dem Verfahren, das Sie vorhaben, das Landesparlament neuerdings zum Ansprechpartner in Fragen der Hochschulentwicklung machen wollen, eine Hochschulentwicklung, die wir in Punkten festhalten sollen, die keine rechtliche Bindewirkung haben. Insofern wird die Verwirrung für die Hochschulen dadurch größer und nicht kleiner. Daher ist das der falsche Weg.

Außerdem haben wir von dem Kollegen Weber gehört, wir hätten nichts Konkretes vorgelegt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das ist natürlich Unsinn. Die F.D.P. und die CDU haben einen Änderungsantrag vorgelegt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit gestern! - Holger Astrup [SPD]: Im Bildungsausschuss haben wir das letzte Woche getan!)

- Herr Astrup, bei aller Liebe, Ihr Entschließungsantrag ist in der vergangenen Tagung als Tischvorlage am Morgen der Beratung vorgelegt worden. Nun kommen Sie mir nicht damit, dass unser Änderungsantrag zu spät gekommen sei. Bei aller Liebe, Herr Astrup, so nicht!

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Mit der Bitte, sich zu beteiligen!)

Ich möchte kurz vorstellen, was wir mit unserem Änderungsantrag bewirken wollen. Wir wollen damit bewirken, dass wir wieder in ein geordnetes Verfahren eintreten - ich habe keine Zeit für Zwischenfragen, weil meine Zeit gleich abgelaufen ist, Herr Astrup. Ich bedaure das.

(Holger Astrup [SPD]: Ich auch! - Glocke des Präsidenten)

Wir wollen darüber hinaus allerdings dafür Sorge tragen, dass dem Landtag künftig in vernünftiger und verbindlicher Weise berichtet wird. Anderenfalls ist es nicht möglich, über die Globalzuschüsse zu entscheiden und eine **inhaltliche Kontrolle** dessen vorzunehmen, was die Landesregierung mit den Hochschulen verhandeln und beschließen will. Daher haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der meines Erachtens eine Verstetigung des Verfahrens und eine größere Verlässlichkeit bringt. Daher ist es auch der richtige Weg, den wir hier gehen wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Die Hochschulen wissen nicht mehr, woran sie mit Ihnen sind. Diese Verwirrung wird durch diesen Entschließungsantrag gesteigert. Ich bedanke mich dafür, dass ich 30 Sekunden überziehen durfte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, nur um Ihrem Kurzzeitgedächtnis etwas auf die Sprünge zu helfen:

(Holger Astrup [SPD]: Sehr kurz!)

Es ist richtig, wir haben in der letzten Landtagsdebatte eine Tischvorlage vorgelegt, uns aber auch sofort mit der Bemerkung entschuldigt, dass sie an den Bildungsausschuss überwiesen werden soll. Dann haben Sie vier Wochen Zeit gehabt, um nichts zu liefern, Herr de Jager.

(Holger Astrup [SPD]: Und nichts gemacht, jawohl!)

Also bitte, wir wollen immer schön bei der Wahrheit bleiben und hier keinen Quatsch erzählen. Dafür ist unser aller Zeit zu schade.

(Widerspruch bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst muss ich Sie bitten, einen kleinen Fehler in unserem Antrag zu korrigieren

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- ja, jetzt haben Sie etwas, worüber Sie sich freuen können, das gönne ich Ihnen auch -, der uns leider erst nach der Beratung im Bildungsausschuss aufgefallen ist. Wir haben in unserer Erinnerung gemeint, wir hätten diesen gemeinsamen Antrag zur **Budgetierung** im Dezember 1998 beschlossen. Das war aber nicht der Fall. Wir hatten es bereits ein Jahr vorher getan. Wir haben uns allen noch ein Jahr länger Zeit gegeben und genommen, um dieses Verfahren, das für uns alle neu ist, in einer konstruktiven und kreativen Weise miteinander zu entwickeln. Soweit sind wir jetzt gediehen. Ich bitte Sie, in Ihre Notizen aufzunehmen, dass wir diese Vereinbarung über die Zielvereinbarungen im Landtag am 5. November 1997 und nicht im Dezember 1998 beschlossen haben.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Damals waren wir uns in der Sache alle völlig einig. Die Verwaltung soll mehr Freiheiten bekommen, sie soll dezentraler, flexibler und effizienter haushalten. Die Instrumente dafür - auch darin waren wir uns einig - sind die Budgetierung und die Einführung der outputorientierten Steuerung in der Landesverwaltung. Hand in Hand damit sollten die Rechte des Parlaments durch die Einführung einer leistungsfähigen **Kosten-/Leistungsrechnung** und durch ein Controlling mit aussagefähigen Berichten gestärkt werden. Selbstverständlich muss der Landtag die strategischen Ziele für die Arbeit einer selbstständig handelnden Verwaltung

festlegen, deren Umsetzung regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls über veränderte Zielsetzungen beschließen. Vielleicht wird es Sie interessieren, lieber Herr Kollege de Jager, was der Kollege Kubicki damals gesagt hat. Hören Sie einmal gut zu:

„Die F.D.P.-Fraktion habe wiederholt darauf hingewiesen, dass die bisherige Entwicklung bei der Einführung von neuen Steuerungselementen zwangsläufig eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Exekutive mit sich bringt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Richtig!)

Wir freuen uns, dass die Nachricht inzwischen auch bei den Mehrheitsfraktionen angekommen ist. Das sage ich nicht hämisch, sondern ich meine es ernsthaft, weil es relativ selten ist, dass wir uns über den Tisch hinweg in der Sache verständigen und nicht nur deklamatorische Erklärungen austauschen.“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was haben Sie daraus gelernt? - Nichts!)

Soweit der Herr Kollege Kubicki, dem ich zustimme. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht. Herr Dr. Klug, bei allem Respekt: Sie selbst haben in einer Bildungsausschusssitzung - leider ist es im Protokoll nicht mehr nachzulesen, aber Sie waren bei der Bildungsausschusssitzung anwesend - mit uns zusammen dafür geredet und gestimmt, dass wir ein Verfahren brauchen, damit sich das Parlament zunächst einmal an die Regierung wendet. Darum geht es und dabei sind wir jetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nachdem wir das nun geklärt haben, können wir in die Sachdebatte einsteigen. Nachdem wir zwei Jahre später erstmals für einen ganzen Bereich der Landesverwaltung - nämlich für die Hochschulen - Globalbudgets und Zielvereinbarungen gesetzlich festgeschrieben haben - und zwar in der vorigen Tagung dieses hohen Hause - sind es wiederum nur die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich Gedanken über ein Verfahren machen, wie die Rechte des Parlaments von Anfang an, nämlich bei der Festlegung der strategischen Zielsetzungen für die Hochschulpolitik, gesichert werden können. Von der Opposition kam bis gestern nichts.

(Holger Astrup [SPD]: Leider!)

Mehr als deklamatorische Erklärungen, wie Herr Kubicki sie eingefordert hat, bringen Sie eben trotz der damaligen zarten Polemik doch nicht zustande. Diese Tatsache wird nur höchst fadenscheinig durch diesen

(Irene Fröhlich)

Antrag bemängelt, den Sie gestern eingebracht haben, der jedoch nicht Gegenstand der Beratung im Bildungsausschuss war, wo er natürlich hingehört hätte. Diese Landesregierung hat über die Festlegungen für die Zielvereinbarungen mit Umdruck 14/3985 gut und ausführlich informiert. Dort haben wir sozusagen ein Gerüst an die Hand bekommen, sodass wir unsere Zielvereinbarungen nicht im luftleeren Raum treffen müssen, sondern wissen, wie wir uns bewegen können, damit wir zu einem gemeinsamen Verfahren kommen, das man auch hätte verändern können.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da steht doch nichts drin! - Holger Astrup [SPD]: Das war die Aufforderung! - Wortmeldung des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Man hätte über diesen Umdruck intensiv diskutieren und sagen können, dass das nicht ausreicht und dass man das noch anders machen möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke des Präsidenten)

- Nein, Herr de Jager, ich bin immer so knapp mit meiner Zeit. Es tut mir leid.

Dort sind die **Zielinhalte** für jede einzelne Hochschule - ergänzt um Zusatzinformationen über die Leistungsparameter - detailliert aufgeführt. Ich bedanke mich bei der Kultusministerin und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums für diese außerordentlich gute Information, die der Bildungsausschuss am 4. November diesen Jahres in zumindest körperlicher Anwesenheit der Herren Klug und de Jager ausführlich beraten hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

An dieser Stelle muss ich leider erst einmal Schluss machen, denn hier blinkt alles. Ich komme nachher noch einmal mit einem Dreiminutenbeitrag.

(Martin Kayenburg [CDU]: Noch mehr Unsinn!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen sind ein wichtiges Instrumentarium auf dem Weg zur **Finanzautonomie** der Hochschulen und zur Gestaltung globalisierter Landeszuschüsse für den Hochschulbereich. Im soeben veröffentlichten Evaluationsbericht des Wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung des

Modellvorhabens „Erprobung der globalen Steuerung von Hochschulhaushalten im Lande Niedersachsen“ heißt es auf Seite 26 - ich empfehle jedem die Lektüre dieses Erfahrungsberichts -:

„Der Landeszuschuss ist auf der Basis von Zielvereinbarungen - das heißt als Programmbudget - zu gewähren beziehungsweise indikatorgestützt zu berechnen. Diese Instrumente - die sich in geeigneter Weise kombinieren lassen - sollen den Landeszuschuss legitimieren und wettbewerbliche Anreize für effektives, zielbezogenes Handeln der einzelnen Hochschulen enthalten.“

Geht man von dieser Funktionsbeschreibung aus, so ist festzustellen, dass sich Schleswig-Holstein allenfalls noch in der pränatalen Entwicklungsphase solcher neuen Steuerungsinstrumente befindet.

(Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

In der kommenden Woche soll das Landesparlament im Rahmen der zweiten Lesung des Landeshaushaltes über **globalisierte Landeszuschüsse** für die Hochschulen entscheiden, ohne dass der Landtag bislang seitens der Landesregierung über die Inhalte solcher Zielvereinbarungen unterrichtet worden ist,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir jetzt doch gerade!)

ganz zu schweigen von einer Beteiligung des Parlaments an den nach Bestimmung des neuen Landeshochschulgesetzes zustimmungspflichtigen Elementen dieser Zielvereinbarungen.

Mit anderen Worten: Der Landtag soll am 21. Dezember quasi blind über Globalbudgets der Hochschulen entscheiden, ohne in den vergangenen Monaten in die Entwicklung der mit ihnen verbundenen Zielvereinbarungen einbezogen worden zu sein. Frau Kollegin Fröhlich, Sie kennen doch die Erklärung von Herrn Stegner vom 29. September dieses Jahres, in der er meine Forderung, dass wir als Landtagsausschuss über diesen Gestaltungsprozess der Zielvereinbarungen informiert werden, ausdrücklich mit der Erklärung zurückgewiesen hat, das sei alles allein exekutive Angelegenheit. Das steht in einer Regierungspresserklärung vom 29. September.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD])

Deshalb konzentriert sich der Änderungsantrag von F.D.P. und CDU vor allem darauf, für die Zukunft ein geordnetes Verfahren einzufordern. Einen „Blindflug“,

(Dr. Ekkehard Klug)

wie er in dem Jahr der Einführung der neuen Steuerungsmodelle stattgefunden hat, soll es künftig nicht mehr geben. Es mag ja sein, dass sie als Regierungsfractionen fortlaufend von der Regierung informiert werden. Das Parlament ist jedenfalls nicht unterrichtet worden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen sicherstellen, dass die Parlamentarier frühzeitig einen Informationsstand erhalten, der uns eine vernünftige Entscheidungsgrundlage für die uns nach der Landesverfassung vorbehaltene Wahrnehmung des Budgetrechts bietet. Im Übrigen ist es nach unserer Auffassung nicht akzeptabel, dass die nach § 15 a Landeshochschulgesetz von der Zustimmung des Landtags abhängigen Teile der Zielvereinbarungen den Abgeordneten erst dann zur Kenntnis gelangen, wenn das Ministerium die Vereinbarungen bereits unter Dach und Fach gebracht hat. Damit würde das Parlament zum bloßen **Akklamationsorgan** degradiert.

Nach unserer Auffassung muss das Parlament in die Entwicklung der Zielvereinbarungen durch frühzeitige Information über deren Inhalt einbezogen sein. Das Informationsrecht steht uns nach der Landesverfassung zu. Weiter muss das Parlament seine Einwilligung zu den zustimmungspflichtigen Teilen vor dem formellen Abschluss dieser Vereinbarung geben können.

(Holger Astrup [SPD]: Das bestreitet auch keiner! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind doch dabei!)

- Frau Fröhlich, Sie sind überhaupt nicht in der Lage, das zu verstehen.

(Unruhe bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Irgendwann ist es hoffnungslos und Frau Fröhlich, bei Ihnen ist der Punkt überschritten. Es kann nicht angehen, dass dem Parlament im **Dreiecksverhältnis** zwischen Regierung, zunehmend verselbständigten Hochschulen und Landtag nur die Rolle des passiven Zuschauers zugewiesen wird, der mit verbundenen Augen abwartet, was Ministerium und Hochschulen - vielleicht - irgendwann miteinander aushandeln, um dann in der Schlusszene einen kurzen Auftritt zu haben und Ja und Amen sagen zu dürfen. Das ist das Verfahren, wie es uns zugemutet wird.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Vergleich zu unserem prinzipiellen und auf die Wahrnehmung der Parlamentsrechte ausgerichteten Ansatz erscheint der Antrag der rot-grünen Koalition

wie eine kümmerliche Primel auf der Fensterbank des Amtszimmers von Herrn Stegner. Sie formulieren fromme Wünsche: „Durch Verwaltungsvereinfachung wird der Haushalt gezielt entlastet.“ Das ist ein frommer Wunsch, das können Sie auch für Niedersachsen nachlesen, denn gerade in der Einführungsphase fallen eher mehr Kosten an. Das ist ganz logisch. Allenfalls ein wirksames Zurückdrängen der staatlichen Eingriffsverwaltung kann im Endeffekt auch wirklich Kosteneinsparungen bringen. Das ist jedoch ein mühsamer Weg, wie gerade das Beispiel Niedersachsen - wo man weiter ist als wir - zeigt.

Von geradezu rührender Schlichtheit sind die dürren Aussagen, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein präsentieren. Dieses hochschulpolitische Feigenblatt verdeckt nun wirklich gar nichts.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten sie ja erweitern können!)

Es verdeckt nicht einmal die Hast und Gedankenlosigkeit, mit der Sie Ihren Antrag zusammengezimmert haben. Zum Beispiel sagen Sie zur Universität Flensburg, dass diese Universität die Versorgung des Landes mit künftigen Lehrkräften sicherstellen soll, als ob es **Lehramtsstudiengänge** an anderen Hochschulen im Lande überhaupt nicht gäbe, als ob Lehrer ausschließlich in Flensburg ausgebildet würden. Ganz zu schweigen von dem rot-grünen Rätsel, wie eine Universität, die etwa 1.300 Studierende in Lehramtsstudiengängen hat, die in den nächsten fünf Jahren zu besetzenden 5.000 Lehrerstellen mit Absolventen versorgen soll.

(Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin Fröhlich, Sie müssen schon etwas nachdenken, wenn Sie solche Entschließungsanträge vorlegen.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie aber auch! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde erst etwas Grundsätzliches sagen und dann noch einmal versuchen, auf das einzugehen, was der Kollege Klug vorhin anführte. Das ist ein wenig schwierig, weil ich seine Argumentation im Grunde genommen nicht begriffen habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der kürzlich verabschiedeten Novelle des Landeshochschulgesetzes, die der SSW auch mitgetragen hat, sollen die Hochschulen Schleswig-Holsteins nun in Zukunft mit Globalhaushalten ausgestattet werden, die ihnen mehr Finanz- und Planungsautonomie geben.

Zu dieser Novelle gehört die Balance zwischen **Autonomie** und **Kontrolle**. Globalhaushalte und Zielvereinbarungen gehören daher zusammen. Die größere Autonomie der Hochschulen darf selbstverständlich kein Blankoscheck sein. So weit, so gut.

Der Landtag soll alle zwei Jahre strategische Zielsetzungen der Hochschulpolitik beschließen. Auf dieser parlamentarischen Grundlage wird die Landesregierung mit den Hochschulen Zielvereinbarungen aushandeln, die für die Hochschulen verbindlich sein werden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird der Landtag dann jeweils das Budget für outputorientierte Globalhaushalte beschließen.

Es würde wirklich zu weit führen, auf die Zielvereinbarungen im Einzelnen einzugehen. Das werde ich nicht tun, sondern stichwortartig auf ein paar Schwerpunkte eingehen.

Die **Qualitätsverbesserung** der Lehre an den Hochschulen insbesondere durch Evaluation ist für den SSW weiterhin ein wichtiger Punkt. Es kann nicht angehen, dass schwarze Schafe unter den Hochschullehrern über viele Semester mittelmäßige oder schlechte Lehrveranstaltungen halten, ohne dass etwas geschieht. All dies habe ich schon bei meiner Rede zur Hochschulnovelle gesagt.

(Holger Astrup [SPD]: Ich kann mich gut erinnern!)

Zu weiteren positiven Schritten zählt das strategische Ziel, die Studienberatung zu intensivieren, um die Studienabbrecherquote endlich zu senken. An der Universität Kiel haben zwischen 1993 und 1997 etwa 41 % der Studierenden ihr Studium abgebrochen.

(Holger Astrup [SPD]: Nur bei osteuropäischer Geschichte!)

Das sind Zahlen, die erschrecken lassen, auch wenn nicht alle Studienabbrecher später arbeitslos auf der Straße sitzen. Es gibt natürlich auch Fälle, wo ein Studium abgebrochen wird, weil sich plötzlich eine gute Berufschance ergibt, für die ein abgebrochenes Studium ausreichend ist. Das wäre eher eine Frage der Straffung von Studiengängen und schnell erreichbarer Abschlüsse. Dennoch kann die Ausweitung der Studienberatung sicher etwas dazu beitragen, die Abbrecherquote zu senken.

Frauenförderung, Internationalisierung und Kooperationsmöglichkeiten gehören ebenfalls zu den strategischen Zielen, die der SSW unterstützt.

Insgesamt sehe ich die Liste der im Antrag vorgelegten strategischen Ziele als positiv an. Das gilt ebenso für die Liste der **Entwicklungsschwerpunkte** für die einzelnen Hochschulen, von denen mir mehrere ihre Zufriedenheit mit diesen Vorgaben bekundet haben. Es ist nicht nur die CAU.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun noch ein Wort zur Universität Flensburg, wie wir sie bald hoffentlich auch offiziell bezeichnen können. Der SSW-Antrag zur Namensänderung hat im Bildungsausschuss grundsätzliche Zustimmung gefunden. Das begrüße ich natürlich. Nur das Tempo des SSW, wann mit „Universität Flensburg“ das draufstehen darf, was in dieser Universität drinsteckt, war den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss wohl doch etwas zu hoch.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da müssen Sie jetzt mal die rot-grünen Freunde angucken!)

- Ja, gerechterweise gucke ich jetzt in die Richtung. - Staatssekretär Stegner wird im Bildungsausschuss im Januar darüber berichten, wie schnell es vorangehen wird. Dass es keine großen Verzögerungen mehr geben wird, ist nach den Erörterungen im Ausschuss klar. Damit kann ich leben. Falls es nicht so kommen sollte, wie ich hoffe, habe ich immer noch die Möglichkeit, im Januar eins draufzusatteln.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aber hallo!)

Der Bildungsausschuss hat außerdem mehrheitlich beschlossen, die Universität von ihrer zunächst geplanten Verpflichtung zur Errichtung gemeinsamer Studiengänge für Kultur und Wirtschaft mit der FH Flensburg auszunehmen. Darin sehe ich die Stärkung der Möglichkeit, aus der BU Flensburg tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode die Universität Flensburg zu machen.

Schade - es ist wirklich schade -, dass sich CDU und F.D.P. bei der Novellierung des Hochschulgesetzes sozusagen in die Schmollecke verzogen haben. Den Änderungsantrag, den sie heute vorgelegt haben

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Gestern!)

- den sie gestern vorgelegt haben -, sehe ich überwiegend als eine Fortsetzung dieser Haltung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was? Quatsch!)

(Anke Spoorendonk)

Ich sprach vorhin schon an, worum es geht. Aus meiner Sicht muss es so sein, dass das Parlament die **Rahmenbedingungen** festsetzt, dass innerhalb dieses Rahmens das Ministerium konkrete Zielvereinbarungen aushandelt, dass der Haushalt - - Nein, umgekehrt: erst die Rahmenbedingungen, dann der Haushaltsbeschluss und dann die Zielvereinbarungen mit dem Ministerium. Das Problem bei dieser Modernisierungsmaßnahme ist das, was wir auch im Finanzausschuss immer wieder diskutieren

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss -, nämlich wie mit den neuen Steuerungsinstrumenten umgegangen werden soll. Wir müssen uns auf eine neue Art des Politikmachens besinnen. Die Einwände des Kollegen Klug haben eher damit zu tun, dass er sich in der neuen, modernen Welt noch nicht zurechtgefunden hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Im Gegenteil!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Dr. Klug, ich mache noch einmal den Versuch, Ihnen das zu erklären. Mein Baby ist geboren. Ich bin damit nicht mehr schwanger. Es kann natürlich sein, dass Sie mit dem Kind Zielvereinbarungen immer noch schwanger gehen und es noch nicht richtig das Licht der Welt erblickt hat. Meins hat das Licht der Welt erblickt, spätestens zur Bildungsausschusssitzung, und es hat bereits Reaktionen erhalten. Es hat nämlich eine Fachhochschule gegeben, die gesagt hat: Bitte ändert doch einmal das Söckchen von der lila Farbe in die grüne Farbe! Weil ich die Mutter bin, weiß ich, dass die pränatale Phase vorbei ist.

Ich möchte mich bemühen, jegliche Polemik wegzulassen. Die Forderung, der Landtag solle die Hochschulen vor Abschluss der Zielvereinbarungen anhören, beweist, dass Sie, Herr Dr. Klug, das Prinzip der neuen **Steuerung** nicht begriffen haben. Es geht hier nicht um das Verhältnis zwischen Landtag und Hochschulen, sondern um das Verhältnis zwischen Landtag und Regierung. Die Zielvereinbarungen werden nämlich zwischen der Landesregierung und den Hochschulen abgeschlossen. Sie gehören also zur Sphäre der Exekutive.

Als Grundlage für diese Verhandlungen legt der Landtag die strategischen Zielsetzungen fest und das geschieht heute mit der Annahme unseres Antrages.

Wir haben mit den Rektoraten aller Hochschulen darüber gesprochen und einzig die BWH Flensburg - ich sagte das schon - hat einen Änderungswunsch geäußert, dem wir gefolgt sind.

CDU und F.D.P. - das wurde schon öfter gesagt - haben keinen einzigen inhaltlichen Änderungsantrag gestellt. Sie hätten das sicher getan, wenn an sie die **Kritik der Hochschulen** herangetragen worden wäre, denke ich einmal.

Ich will zugeben, dass wir uns in einer Übergangsphase befinden. Die Feinsteuerung werden wir erst dann bekommen, wenn wir die Kosten- und Leistungsrechnungsberichte und die Berichte über die Umsetzung der Zielvereinbarungen im nächsten Jahr erhalten werden. Dann wird man erst wirklich richtig einsteigen können. So viel kann ich zugeben. Aber wir machen immerhin einen Anfang damit, dass sich das Parlament jetzt an die Landesregierung wendet, um mitzugeben, was unsere Schwerpunkte sind.

Über die mehrjährigen Globalbudgets einschließlich ihrer leistungsbezogenen Anteile kann erst dann entschieden werden, wenn die Verhandlungen über die Zielvereinbarungen abgeschlossen sind. Das wird nach unserer Kenntnis voraussichtlich Ende Februar der Fall sein. Der neue Landtag wird also im Frühjahr darüber beraten und im Rahmen eines Nachtragshaushaltes 2000 - vermute ich - die Mittel für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 beschließen. Bis dahin, zumal das neue Hochschulgesetz noch gar nicht in Kraft ist

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Doch!)

- oder jetzt gerade erst in Kraft getreten ist -, gelten natürlich die bisherigen Haushaltsgrundsätze und der Haushalt, über den wir am kommenden Dienstag beschließen werden.

Wir wollen, dass die Hochschulen vom nächsten Jahr an mehr **Eigenverantwortung** erhalten. Sie wollen dieses Verfahren offensichtlich im letzten Augenblick stoppen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Meine Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, ich kann es nicht lassen: Die Landtagssitzungen entwickeln sich so, dass wir 50 % unserer Zeit

(Monika Heinold)

dafür aufbringen, ein Stück Weiterbildung zu leisten, damit Sie wissen, wie der Sachstand tatsächlich ist. Sie haben gesagt und zitiert, dass die Zielvereinbarungen keine rechtliche Bindung haben. Richtig!

(Jost de Jager [CDU]: Der Entschließungsantrag!)

- Richtig. Das hätte Ihnen Ihr verehrter Kollege Stritzl auch schon aus dem Finanzausschuss berichten können. Das haben wir dort diskutiert. Weil ich es in drei Minuten nicht schaffe, empfehle ich Ihnen, sich mit den **neuen Steuerungsinstrumenten** tatsächlich zu beschäftigen. Wenn wir das Vertrauen in Form von Budgetierung und neuen Steuerungsmodellen an die Exekutive geben, erwarten wir im Gegenzug, dass wir die Leitlinien vorgeben können, sodass die Frage der rechtlichen Bindung - -

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

- Das ist konsensual so diskutiert worden. Sie waren doch diejenigen, die dies hier im Landtag so mit beschlossen haben! Der Antrag liegt doch vor! Sie wollten doch genau das Verfahren wie wir und jetzt kritisieren Sie das! Entweder haben Sie damals nicht gewusst, was Sie beschließen, oder Sie haben die Auswirkungen nicht gekannt.

Was mich entsetzt - und das werde ich in jeder Debatte wiederholen, in der es so ist -, ist, dass die CDU immer darauf wartet, dass entweder die Regierung oder die regierungstragenden Fraktionen etwas vorlegen, und anschließend sagt: So ist es aber nicht richtig, wir hätten es gern ein Stück anders, und dann eine Verzögerungstaktik und Verzögerungsstrategie versucht.

Wenn es Ihnen erst gestern gelungen ist, eine Alternative zu unserem Antrag vorzulegen - Sie haben dafür vier Wochen gebraucht -, dann kann unser Antrag ja nicht so schlecht gewesen sein. Es scheint Ihnen doch sehr schwer gefallen zu sein, überhaupt einen alternativen Antrag zu formulieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Klug, Sie sprechen von einer kümmerlichen Primel. Lieber eine kümmerliche Primel als gar keine Primel; eine kümmerliche Primel kann sich entwickeln, wenn es gar keine ist, ist es etwas schwierig mit der Entwicklung.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Die muss man auch kräftig gießen!)

Ich verstehe auch nicht, warum uns F.D.P. und CDU nicht treiben. Ich erwarte - da mag ich einen hehren Anspruch haben - von Oppositionsparteien, dass sie

die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen vor sich her treiben und nicht immer hinterhergewatschelt kommen. Sie müssen sie vor sich her treiben!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und vor sich her treiben - dass hätten Sie getan, wenn Sie sich hier im Sommer hingestellt und gesagt hätten: Ihr wollt doch eine Budgetierung zum Haushalt, also, bitte: Zielvereinbarung! Hier sind unsere Vorstellungen! Macht, tut, kommt voran - weil wir sonst keinen Freibrief geben können! Aber nein, Sie gucken nur immer, ob wir etwas machen, und wenn wir dann in die Puschen kommen, dann sagen Sie: Oh, es ist ja schon so weit; dann wollen wir auch noch schnell etwas schreiben!

So geht es nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal versuchen, der Kollegin Fröhlich und anderen - to whom it may concern - zu erklären, worin eigentlich das Problem besteht. Das haben Parlamentarier auf dieser Seite des Hauses offensichtlich nicht verstanden, was ich sehr bedauere.

Der Landtag kann sich doch über die Angemessenheit von Globalzuschüssen, über die er ja - ich sage es noch einmal - in der nächsten Woche im Rahmen der zweiten Lesung des Haushalts zu beschließen hat, nach oben und unten nur dann ein Urteil bilden, wenn er auch eine Informationsgrundlage darüber hat, was gewissermaßen als Äquivalent oder als Leistung für den Globalzuschuss auf der anderen Seite erbracht werden soll. Die Informationen darüber enthält in entscheidendem Umfang die Zielvereinbarung. Wenn wir die Zielvereinbarung gar nicht kennen und sozusagen blind über einen Globalzuschuss entscheiden sollen, dann ist das ein Weggeben parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten und -befugnisse.

Ich sage es noch einmal: Es kann ja sein, dass Sie im Rahmen Ihrer Fraktionsarbeitskreise in den letzten Monaten vonseiten der Regierung schon längst Informationen erhalten haben, die wir permanent anmahnen. Aber ich beharre darauf - ich sage es erneut -, dass wir eine umfassende Information über die Zielvereinbarung und ihre Inhalte und auch die Möglich-

(Dr. Ekkehard Klug)

keit einer Diskussion darüber erhalten, bevor wir zu einem Globalzuschuss Ja oder Nein sagen oder Änderungsanträge dazu stellen. Auch dafür bedarf es doch einer informatorischen Grundlage, Frau Kollegin Heinold. Wenn Sie das nicht verstehen können, dann haben Sie Ihre Rolle als Parlamentarierin wohl nicht richtig verstanden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt noch eine Anmerkung zu der von Frau Fröhlich vorhin erwähnten famosen Informationsgrundlage, zu diesem Umdruck, der uns mit zusätzlichen Erläuterungen zu den Haushaltskapiteln der Hochschulen beglückt hat. Ich greife nur ein Beispiel auf Seite 6 heraus: Stellen und Personal der Universität Kiel. Bei dem Soll für das Jahr 2000 steht ein Fragezeichen. Die Informationsgrundlage also, die uns die Regierung für die Stellen der Universität Kiel im Haushalt 2000 gegeben hat - ein Fragezeichen! Das ist die Informationsgrundlage, die die amtierende Landesregierung dem Parlament als Entscheidungsbasis für die Haushaltsbeschlüsse am 21. Dezember 1999 geliefert hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herzlichen Glückwunsch! Frohe Weihnachten, Frau Heinold! Geben Sie Ihr parlamentarisches Selbstbewusstsein weiterhin in der Garderobe des Gästehauses der Landesregierung ab, wo Sie Ihre Koalitionsgespräche führen, aber Ihre Funktion als Abgeordnete haben Sie dann gründlich missverstanden.

(Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es offenbar wirklich mit einer schwierigen Materie zu tun. Das merkt man immer daran, dass sich im Parlament alle gegenseitig mangelndes Verständnis oder mangelnde Fähigkeit, irgendetwas zu verstehen, vorwerfen. Ich gebe zu, es ist auch dadurch schwierig, dass wir dieses Verfahren zum ersten Mal betreiben. Wir sammeln dabei Erfahrungen. Sie können sicher sein, meine Damen und Herren, dass wir insgesamt in hohem Respekt vor den Kontrollrechten und dem Budgetrecht des Parlaments verhandeln und vorgehen und dass wir uns im Übrigen auch im Umgang mit dem gesamten Parlament - das sage ich jetzt nicht to whom

it may concern, sondern zu Ihnen, Herr Dr. Klug - korrekt verhalten, gegenüber der Opposition nicht anders als gegenüber den Regierungsfractionen.

Die Schwierigkeit rührt natürlich im Übrigen auch daher, dass wir einen bestimmten Termin im Februar vor uns haben und dadurch auch gewisse Verzögerungen in manchen Gesprächen und Verhandlungen eintreten können. Das ist logisch und auch nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, mit der jüngst in Kraft getretenen Hochschulgesetzesnovelle haben wir zunächst die gesetzliche Grundlage gelegt, überhaupt **Zielvereinbarungen** zwischen **Land** und **Hochschulen** aushandeln zu können. Zielvereinbarungen selbst sind ein wichtiges Instrument - ich denke, darin stimmen wir alle hier überein - im Zusammenhang mit den vorgesehenen **Globalzuschüssen** für die Hochschulen.

Ich muss an dieser Stelle aber auch auf eine weitere Schwierigkeit hinweisen, die ebenfalls damit zusammenhängt, dass wir zum ersten Mal so verfahren. Weil wir erstmals Zielvereinbarungen mit den Hochschulen abschließen, ist es eben noch nicht möglich, die exakte Höhe des Landeszuschusses oder eines Teils davon nach den genannten Kennziffern beziehungsweise Eckwerten festzulegen. Das wird erst im Rahmen der jährlichen Berichtspflicht der Hochschulen nach § 15 a des Hochschulgesetzes möglich sein. Diese Berichte werden dann herangezogen werden können und die Entwicklung der einzelnen Kennzahlen als Leistungskriterien gewissermaßen zur Verfügung stellen.

Landtag und Landesregierung haben ihre verfassungsmäßig garantierten Steuerungs- und Kontrollaufgaben bei der finanziellen Ausstattung und Entwicklung der Struktur der Hochschulen weiterhin wahrzunehmen, aber eben in veränderter, in anderer Form als bisher. Dies nachzuvollziehen und erstmals an diesem Komplex „Hochschulen“ zu erproben, wird eine große Herausforderung sein, auch für das Parlament.

Dies deckt sich mit dem Anspruch, den die Regierungsfractionen in ihrem Antrag auf Mitgestaltung und Mitbestimmung bei den Steuerungsinstrumenten „Budgetierung“ und „outputorientierte Steuerung“ geltend gemacht haben. Für die jeweiligen Steuerungs- und Kontrollaufgaben bilden strategische Zielbeschreibungen im Verhältnis zwischen Parlament und Landesregierung, bilden Zielvereinbarungen gemäß § 15 a des Hochschulgesetzes zwischen Regierung und Hochschulen und ein darauf abgestelltes Berichtswesen die wichtigsten Instrumente. Die Hochschulen haben im Prinzip natürlich im Verlaufe der Verhandlungen, die wir mit ihnen geführt haben, ihr großes Interesse am Abschluss von Zielvereinbarungen betont. Ich halte das für einen Beleg dafür, dass die

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Hochschulen die Vorteile von Planungssicherheit und von Verbesserungen aufgrund der geplanten Mehrjährigkeit der Haushalte sehr wohl sehen und wissen, dass dies in dem schwierigen Prozess von fachlicher und organisatorischer Strukturreform, den sie derzeit durchlaufen, von großem Vorteil ist. Der Umstand, dass die Hochschulen ihre Bereitschaft zum Abschluss der Zielvereinbarungen von dem Ergebnis der endgültigen Parlamentsberatungen in Sachen Haushalt abhängig gemacht haben, ist nachvollziehbar, verständlich und natürlich auch in der Sache richtig, denn der **Haushalt 2000**, den das Parlament nun erst in der kommenden Woche verabschiedet wird, bildet die entscheidende Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit den Hochschulen.

Was wäre das überhaupt für ein Verfahren, wenn wir über Vereinbarungen im Landtag beschließen wollten, wenn das Parlament noch gar nicht einmal die wichtigsten finanziellen Grundlagen dafür verabschiedet hat, meine Damen und Herren? Also, ich verstehe überhaupt gar nicht, warum Sie den zweiten Schritt vor dem ersten tun wollen und uns vorwerfen, dass wir dies nicht tun, obwohl die Reihenfolge natürlich genau umgekehrt sein muss. Die richtige Schrittfolge hat Frau Abgeordnete Spoorendonk hier ja vorgetragen; ich wiederhole dies: erstens die Verabschiedung des HSG - es ist im Übrigen bereits in Kraft, Frau Fröhlich -, zweitens der Haushaltsentwurf der Landesregierung, drittens die Beratungen in den Ausschüssen, viertens unsere Unterrichtung der Ausschüsse über die zusätzlichen Erläuterungen zum Haushalt 2000.

Meine Damen und Herren, dies ist sehr ausführlich geschehen. Wenn dies nun im Parlament oder in den Fraktionen nicht diskutiert wird, dann ist das wahrlich nicht die Schuld der Regierung. Wenn dies nicht diskutiert wird und noch nicht einmal dazu nachgefragt wird, dann verstehe ich die Aufregung darüber jetzt nicht.

Zuletzt folgt die Verabschiedung des Haushalts, auf dessen Grundlage dann mit den Hochschulen weiter verhandelt wird - und dann eben in der entsprechenden Klarheit über die Mittel, meine Damen und Herren, die Sie letztlich bereitstellen.

Meine Damen und Herren, wir sind in einer Übergangsphase vom kameralistischen Jährlichkeitsprinzip zur überjährigen Planungssicherheit. Der Antrag der Opposition erkennt das und setzt Verhältnisse voraus, die wir eben noch gar nicht haben.

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen, wir werden nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Es ist gut, dass in dem vorliegenden Antrag noch einmal die beschriebenen strategischen Ziele dem entsprechend, was sich an Zielvorstellungen in den bisherigen Ver-

handlungen zwischen Ministerium und Hochschulen herauskristallisiert hat, niedergelegt sind. Es ist gut, dass der Landtag das bekräftigt.

Ich bedanke mich für die konstruktive Begleitung durch das Parlament. Ich bin mir sicher, wir werden in den kommenden Wochen das ganze Verfahren zu einem guten Abschluss bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P., Drucksache 14/2616, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2533, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der Änderung, die Frau Fröhlich zum zweiten Absatz vorgetragen hat, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Die Fraktionen haben verabredet, dass wir nun doch den Tagesordnungspunkt 27 a behandeln. Ich rufe also Tagesordnungspunkt 27 a auf:

Bericht über die Folgen des Orkans „Anatol“ in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2609

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Ich schlage vor, dass zunächst der Minister einen Bericht gibt. Sind Sie damit einverstanden?

(Holger Astrup [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

- Das ist dann so beschlossen. Herr Minister Buß, Sie haben das Wort.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sturmnacht vom 3. auf den 4. Dezember 1999 ist uns allen noch in frischer Erinnerung. Der Sturm mit Windstärken bis 180 km/h führte zu einer der schwersten Sturmfluten an der Nordseeküste und verursachte Sachschäden in Millionenhöhe. Nach Agenturmeldungen wurden auch Personen verletzt. Tote waren im Gegensatz zu unseren Nachbarn in Hamburg, Dänemark und Großbritannien bei uns glücklicherweise nicht zu beklagen.

Ich werde mich in den folgenden Ausführungen in erster Linie auf den Küstenschutz konzentrieren, denn der ist weitgehend eine Landesaufgabe. Die Schäden an privaten Gebäuden sind zwar in einigen Landesteilen erheblich, über deren Ausmaß gibt es aber bislang keinen Gesamtüberblick, sondern nur punktuelle Angaben der Versicherungswirtschaft. Die Schäden an Verkehrseinrichtungen beschränken sich auf umgestürzte Bäume und umgewehte oder beschädigte Verkehrszeichen und Signalanlagen. Die Schäden wurden im Rahmen der Straßenunterhaltung unverzüglich beseitigt.

Der **Orkan „Anatol“** hat an der Nordseeküste eine der schwersten Sturmfluten verursacht. Im Kreis Nordfriesland wurde daher am Abend des 3. Dezember 1999 Katastrophenalarm, im Kreis Dithmarschen Voralarm ausgelöst. Die höchsten Wasserstände lagen zwischen 2,31 m in Wittdün/Amrum und 3,76 m in Husum über dem mittleren Tidehochwasser. Das sind hohe bis sehr hohe Pegelstände, die aber unter denen der Sturmflut von 1976 geblieben sind.

Der nach 21 Uhr etwas abflauende Wind war der Hauptgrund dafür, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Dieser Umstand und der professionelle und mutige Einsatz der Besatzung des Hochseeschleppers „Oceanic“ haben uns auch davor bewahrt, dass der Frachter „Lucky Fortune“ vor Sylt auf Grund gelaufen ist - mit möglicherweise schlimmen Folgen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Er konnte von der „Oceanic“ gesichert und damit eine Strandung verhindert werden. Die Beinahe-Katastrophe zeigt erneut: Wir brauchen für die Sicherheit unserer Nordseeküste unbedingt einen Hochseeschlepper. Wir brauchen die „Oceanic“ - und das auf Dauer.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Die Landesregierung wird sich daher weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Chartervertrag mit der „Oceanic“ verlängert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei der F.D.P. sowie des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Zu welchen Schäden hat die **Sturmflut** geführt? Insgesamt ist zunächst eine positive Bilanz zu ziehen. Die Küstenschutzanlagen haben ihre Wehrfähigkeit unter Beweis gestellt, sie haben gehalten. Die Sturmflut hat gezeigt, dass die erheblichen Investitionen in den **Küstenschutz** gut angelegtes Geld sind. Ohne den konsequenten Ausbau der Küstenschutzanlagen hätten katastrophale Schäden entstehen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An den Landesschutzdeichen wurden nur leichte Schäden festgestellt. Am **Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog**, dessen Deich in einem ersten Abschnitt im Sommer verstärkt wurde, sind bis zu 90 cm tiefe Auskolkungen entstanden. Sie sind darauf zurückzuführen, dass der Deich nach der in diesem Jahr durchgeführten Verstärkungsmaßnahme noch nicht mit einer Grasnarbe bewachsen war. Die Mitarbeiter des Amtes für ländliche Räume haben sich sofort daran gemacht, den Deich zu sichern. Die Sicherungsarbeiten wurden unmittelbar nach der Sturmflut in Angriff genommen und konnten durch einen Einsatz am Wochenende bis zum Montag, den 6. Dezember, fertig gestellt werden. Damit ist der Deich gegen eine Folgesturmflut, von der wir natürlich hoffen, dass sie unter gar keinen Umständen kommt, gewappnet. Die endgültige Schadensbeseitigung erfolgt dann im Rahmen der noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahme im Frühjahr 2000.

Eine Sturmflut derartigen Ausmaßes spült immer große Mengen Treibsel an die Deiche. Insgesamt waren es rund 95.000 m³. 95.000 m³, das ist fast so viel, wie sonst im ganzen Jahr anfällt. Die Beseitigung erfolgt umgehend durch das Amt für ländliche Räume und durch Fremdfirmen.

An den sandigen Küsten der Inseln Sylt, Föhr und Amrum sind teilweise erhebliche Abbrüche an den Dünen zu verzeichnen. Die Küstenschutzverwaltung meines Hauses hat in der Woche nach dem Orkan unter Beteiligung der kommunal Verantwortlichen eine erste Schadensbilanz vorgenommen. Schadensschwerpunkte sind auf **Sylt** die nördlichen Bereiche List und Kampen/Kliffende. Dort ist die Inselsubstanz angegriffen, also der Inselsockel, während in den übrigen Bereichen noch Teile der letzten Vorspülungen vorhanden sind. Durch den Sandabtrag aus den vorge-

(Minister Klaus Buß)

spülten Depots erfolgt eine starke Umlagerung in den Vorstrandbereich.

Auf **Föhr** sind am gesamten Südstrand Abbrüche zu verzeichnen. Besonders betroffen ist der Strandabschnitt vor der Ortschaft Utersum und das Goting Kliff.

Auf der Insel **Amrum** sind im Bereich der Odde, Norddorf und Wittdün Abbrüche an den Dünen zu verzeichnen.

Bei einer schweren Sturmflut ist grundsätzlich mit Schäden und Materialverlust an sandigen Küsten zu rechnen. Es hat sich bestätigt, dass die bisher durchgeführten Sandvorspülungen auf Sylt und Föhr wirkungsvoll waren und dadurch noch größere Schäden vermieden werden konnten. Trotz aller anders lautenden Äußerungen - manchmal selbst ernannter Experten - bleibt festzuhalten: Sandvorspülungen sind nach wie vor sowohl in ökonomischer wie auch ökologischer Hinsicht die am besten geeigneten Maßnahmen zum Schutz von Sylt. Es gibt bisher keine Erkenntnisse über kostengünstigere oder effektivere technische Verfahren.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD], Heinz Maurus [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Zur Erhaltung der Inselstrukturen im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten des Landes müssen die abgetragenen Sanddepots auf Sylt und Föhr kurzfristig wieder aufgefüllt werden. Eine genaue Mengenbilanz ist zurzeit nicht möglich. Dafür sind exakte Messungen erforderlich. Sie werden sinnvollerweise erst im Frühjahr durchgeführt, wenn die Umlagerungsprozesse zum Abschluss gekommen und keine weiteren Sturmfluten mehr zu erwarten sind.

Sie alle kennen die angespannte Haushaltslage. Aber die erforderlichen Küstenschutzmaßnahmen müssen durchgeführt werden.

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Die Naturgewalten richten sich eben nicht nach Haushaltsansätzen, sondern wir müssen unser Handeln auf die Natur abstimmen. Die Landesregierung stellt sich der Herausforderung, die anstehenden Küstenschutzmaßnahmen im Interesse der an der Küste lebenden Menschen und im Sinne eines integrierten Küstenschutzmanagements trotz knapper Mittel voranzutreiben.

Das Sturmtief „Anatol“ hat auch in den **Forsten** erhebliche **Schäden** angerichtet. In den Landesforsten beträgt der Schadholzanfall insgesamt 41.000 Festmeter. Besonders betroffen ist das Forstamt Nordfriesland mit geschätzten 30.000 Festmetern Schad-

holzanfall. Diese Menge liegt damit um rund 6.000 Festmeter über dem regulären Jahreseinschlag des Forstamtes. Hinzu kommt nach Aussage der Landwirtschaftskammer noch eine geschätzte Menge von 25.000 bis 40.000 Festmetern Windwurfholz aus dem Privat- und Kommunalwald. Hauptsächlich wurde so genannter Einzel- und Nesterwurf festgestellt. Flächige Sturmschäden sind eher die Ausnahme. Die Menge besteht in der Hauptsache aus Nadelhölzern. In den Forstämtern Schleswig und Eutin sind jedoch auch viele Buchen betroffen. Die Aufarbeitung des in den Landesforsten anfallenden Windwurfholzes wird von der Landesforstverwaltung durchgeführt werden.

Erlauben Sie mir zusätzlich einen Blick zu unserem nördlichen Nachbarn Dänemark, weil hiervon möglicherweise auch Auswirkungen auf unseren Holzmarkt ausgehen werden. In einem Streifen von etwa 150 km Breite von der dänischen Grenze nach Norden sind etwa 3 Millionen Festmeter Windwurfholz angefallen, davon etwa ein Drittel Buchenholz.

So weit, meine Damen und Herren, zu den Schäden, die das Orkantief „Anatol“ in Schleswig-Holstein angerichtet hat.

Ich möchte am Schluss den Dank, den die Ministerpräsidentin Heide Simonis bereits am Samstag nach der Sturmnacht ausgesprochen hat, erneuern. Der Dank der Landesregierung gilt all denen, die durch ihren Einsatz in der Sturmnacht dazu beigetragen haben, dass wesentlich Schlimmeres verhindert werden konnte.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Fleskes.

Günter Fleskes [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag aller Fraktionen geht in zwei Richtungen: Einmal sollen die Schäden im Bereich der öffentlichen Hand erhoben werden und zum anderen wird gefragt, inwieweit im Bereich von Privatpersonen Schäden festzustellen sind. Ich denke, diese zweite Gruppe von Schäden kann uns vielleicht erst in zweiter Linie interessieren; denn diese Schäden werden weitgehend über den Versicherungsweg abgegolten. Soweit ich es überblicke - ich denke da zum Beispiel auch an meine Heimatgemeinde Nordstrand, in der sich mehrere Scheunen und Dächer selbstständig machten -, entsteht keine unbillige Härte für die Privatpersonen.

(Günter Fleskes)

Die öffentliche Hand ist in der Regel nicht versichert und muss also für die Schäden aus dem laufenden Haushalt aufkommen. Wie groß diese Schäden insbesondere für das Land Schleswig-Holstein sind, möchten wir also gern in diesem Bericht zu wissen bekommen. Dabei interessieren uns dann wiederum in erster Linie die Schäden beim **Küstenschutz** an der **Westküste**. Als jemand, der vor Ort den Katastrophenfall bei dieser Sturmflut miterlebte, kann ich sagen, dass eine schwere **Sturmflut** - um eine solche handelte es sich hier - immer gewisse Schäden hinterlässt. Aber die Botschaft dieser Sturmflut ist für mich persönlich die: Die Deiche waren sicher, waren stark und haben aufgrund ihres guten Zustandes gehalten.

Ich finde, wenn man nach einer schweren Sturmflut diese Botschaft so aufnehmen kann, ist das ein Zeichen dafür, dass im Vorweg für den Küstenschutz gut gearbeitet worden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir die Zeitungsmeldungen angeschaut habe, die den gesamten Herbst über verbreitet worden sind, so war bei allen Deichschauungen immer wieder die Überschrift: „Unsere Deiche sind in einem wehrhaften Zustand.“

Ich habe mich manchmal darüber gewundert, dass bei diesen Deichschauungen auch in den Ämtern diese Überschrift zu lesen war, bei denen es vorher durch konservative Kräfte große Angstmacherei gab, dass man also der Bevölkerung weismachen wollte, dass diese Landesregierung wegen des Nationalparks den Küstenschutz vernachlässigt. Diese Sturmflut hat bewiesen, dass es nicht so ist.

An den sandigen Küsten auf **Sylt**, teilweise auch auf Amrum und auf Föhr - dort aber nicht ganz so stark -, sind allerdings erhebliche Erosionen aufgetreten. Aber dies muss man in dieser Form auch als normal ansehen, wenn man das Konzept des Küstenschutzes im Wege der Sandvorspülung bejaht.

Wenn an sandigen Küsten Sturmflut ist, wird Sand weggespült. Wir können nur immer hoffen, dass es dabei nicht zu sehr an die Substanz der jeweiligen sandigen Küste geht oder gar an den Inselsockel. Aber anschließend wird dann der Sand wieder vorgespült.

Es gibt nach wie vor immer wieder Stimmen und Menschen, die dies als unlogisch bezeichnen. Aber ich glaube, jeder, der etwas von der Sache versteht, weiß, dass es auch heute immer noch keine wirkungsvollere oder auch finanziell effektivere Maßnahme als die **Sandvorspülungen** gibt. Insofern ist es sicherlich für uns alle gut festzustellen, dass diese Form der Sicherung der sandigen Küsten auch eindeutig von allen, die

dafür zuständig sind und dafür Verantwortung tragen, bejaht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Dank geht an das Ministerium, das dort sofort nach der Sturmflut mit maßgebenden Leuten vertreten war - ich denke an Herrn Lorenz und an Herrn Probst, die auf Sylt waren; ich denke auch an den Minister, der vor einiger Zeit an der Westküste war, um sich noch weiter zu informieren und dort auch eine Pressekonferenz abzuhalten -, und mein Dank geht auch an die gesamten Feuerwehren und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die im Katastrophenfall vor Ort die eigentlich schwere Arbeit zu verrichten hatten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Ich danke der Regierung für dieses prompte Reagieren und bedanke mich auch beim Minister für die Klarstellung, die er an der Westküste getroffen hat, dass es trotz Kürzungen der Gemeinschaftsaufgabe auf Bundesebene keine Kürzungen beim Küstenschutz hier im Land geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, gerade diese Botschaft, Herr Minister, ist in der heutigen Zeit außerordentlich viel wert. Sie haben deutlich gemacht, dass die Kürzungen im Bereich der Landwirtschaft erfolgen werden - bei der einzelbetrieblichen Förderung -, aber nicht zulasten des Küstenschutzes gehen.

Ich bedanke mich auch für Ihre Worte, die Sie eben gefunden haben, dass sich die Landesregierung für den Verbleib der „Oceanic“ an unserer Küste einsetzen wird; denn auch hierdurch ist wieder bewiesen worden, dass die „Oceanic“ für uns nach wie vor unverzichtbar ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir doch längst beschlossen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag liegt auf dem Tisch. Wir haben uns damit auseinander zu setzen. Ich habe eben vernommen, dass Herr Buß auch noch einmal im Namen der Landesregierung den Beteiligten Dank ausgesprochen

(Heinz Maurus)

hat. Der Kollege Fleskes hat das ebenfalls getan. Diesem Dank können wir uns natürlich auch nur anschließen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Herr Minister, Ihnen persönlich möchte ich noch einmal dafür danken, dass Sie es mir ermöglicht haben, mit Vertretern Ihres Hauses an der Schadensaufnahme da oder dort teilzunehmen. Ich hatte die Gelegenheit, die Schadensaufnahme - auf Sylt ohnehin - auf der Insel Föhr mit durchführen zu können. Das, was wir dort in beiden Bereichen gesehen haben, zeigt, mit welcher Intensität der Sturm an den Inseln nagt, und zeigt auch, wie sensibel dieses gesamte Inselgebilde ist.

Auf **Sylt** - das wissen wir - gehen uns im Jahr bei normalem Geschehen etwa 1 Million Kubikmeter Sand verloren. Wenn wir uns dort heute die Küste ansehen - der Minister ist darauf eingegangen -, dann gibt es in der Tat einige Stellen, bei denen es bedenklich wird und bei denen wir sicherlich nach Abschluss der Sturmflutseason auch feststellen werden, dass wesentlich mehr Sandersatz als ursprünglich vorgesehen erforderlich ist.

Das Problem, Herr Kollege Fleskes, ist nicht so sehr, dass Sand weggespült wird, unser Problem ist immer das, dass die Randdünen geschützt werden müssen. Ich erinnere an die Debatten in diesem Hause in der letzten Legislaturperiode oder sogar in der vorletzten Legislaturperiode, in denen man dann auch festgestellt hat, dass diese Randdünen Landesschutzdeichcharakter haben und von daher als Landesaufgabe auch in besonderem Maße zu schützen sind.

Zu **Föhr** waren wir ja im letzten Jahr auch schon einmal tätig geworden und hatten in einer Kleinen Anfrage an Herrn Minister Wiesen unsere Sorge formuliert, dass es gerade im Bereich Utersum doch nicht so ganz gut aussehe. Ich hatte dabei vielleicht auch etwas überzogen formuliert: Wir Insulaner können insgesamt nicht mit ansehen, wie hier Kubikmeter für Kubikmeter Sand und Heimat wegschwimmen. Ein handschriftlicher Vermerk von Minister Wiesen auf diesem Brief verzeichnet dann: „Ja, auch Amrum ist Heimat.“ Da - so meine ich - fehlte das richtige Verständnis für die Sorge, die vorgetragen wurde. Es war ja bereits für 1999 vorgesehen, dort Sand vorzuspülen. Sicherlich aus Haushaltsgründen ist das dann nicht gelungen.

Aber es zeigt sich jetzt - die Bereisung hat das noch einmal deutlich gemacht -, dass auch dort der Inselkern angegriffen worden ist und dass eine Sandvorspülung im Jahr 2000 unabweisbar sein dürfte.

Am **Lübke-Deich** ist es so, wie Sie es angesprochen haben. Hinter dem Treibselweg gibt es erhebliche Auskolkungen, die gesichert sind. Das ist eine Baumaßnahme, die läuft. Daher ist sichergestellt, dass dort etwas getan wird.

Aber die Schadensaufnahme an den sandigen Küsten insgesamt wird erst durchgeführt werden können, wenn die Sturmflutseason zu Ende ist. Wir haben ja vernommen - zumindest wer den Wetterbericht gehört hat -, dass wir mit dem nächsten Sturm bereits an diesem Wochenende zu rechnen haben.

Wenn ich allein das betrachte, was ich gesehen habe, mir die Kostenschätzungen der Fachbehörden Pi mal Daumen vor Augen führe und einen Blick in den Haushalt 2000 werfe und dort die stolze Summe von knapp 70 Millionen DM für den **Küstenschutz** finde, muss ich mich allerdings fragen, ob diese Mittel in diesem Jahr überhaupt ausreichen werden, um den Aufgaben, die bereits jetzt vorgezeichnet sind und die aufgrund des Sturmflutgeschehens noch auf das Land zukommen, auch gerecht werden zu können. Hier wäre meine ganz dringende Bitte, dafür Sorge zu tragen, gegebenenfalls Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe im PLANAK, die eigentlich für die Agrarstruktur bestimmt sind, doch für den Küstenschutz mit einzusetzen. Denn wir haben ja eine besondere Situation. Ich weise wiederholt darauf hin, dass die Sturmflutseason noch nicht abgeschlossen ist.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur „Oceanic“. Als Amtsvorsteher des Amtes der Landschaft Sylt bin ich Mitglied im Katastrophenabwehrteam der Insel. Ich habe in dieser Funktion an dem besagten Freitagabend den Anruf eines Journalisten erhalten, der mir sagte, na, ihr bekommt gleich wieder auf Sylt Besuch. Ich fragte, was denn los sei, und er antwortete, ja, da treibt ein Chinese oder „Lucky Fortune“ etwa zwölf Seemeilen vor Sylt. Es dauerte nicht lange, ich hatte gerade aufgelegt, da kam der nächste Anruf von Hans von Wecheln, der ebenfalls mitteilte, „Lucky Fortune“ ist auf dem Weg zu euch.

Auf dem offiziellen Meldeweg hat der Katastrophenabschnitt Sylt hiervon nichts erfahren. Das zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, die Wege zu kontrollieren und dem nachzugehen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich höre, dass ich zum Schluss kommen soll. Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen! Wir haben uns die Informationen selber direkt von Cuxhaven geholt. Das kann aber nicht Sinn machen. Wir müssen hier die vorliegenden Pläne wirklich noch einmal prüfen. Man muss vor Ort wissen, wie die Lage

(Heinz Maurus)

aussieht. Nachts um 2 Uhr habe ich noch einen Anruf des Bürgermeisters von Wenningstedt erhalten, der mir sagte, ich sehe die zwei Schiffe, und fragte: Was ist denn nun los? Und der Informationsfluss lief wie gesagt nicht. Das kann auch nicht sein.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich freue mich, dass wir interfraktionell der Auffassung waren, dass es zwingend geboten ist, die „Oceanic“ dauerhaft hier zu stationieren. Der erste Antrag von uns

(Glocke des Präsidenten)

- ich bin beim letzten Satz - ist bereits im letzten Jahr im Rahmen einer Resolution verabschiedet worden. Wir haben ihn vor kurzem erneuert. Ich frage die Landesregierung: Wie hat die Bundesregierung auf unser Ansinnen bisher reagiert?

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächstes hat Herr Abgeordneter Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Deiche haben gehalten. Das ist die erfreuliche Bilanz des Orkans vom ersten Dezemberwochenende. Ich kann mich noch ganz gut entsinnen, als Junge fand ich das, was sich 1962 ereignete, erst einmal hoch spannend, was plötzlich an Fahrzeugen unterwegs war. Als wir dann unsere Kohlscheune freiräumten, weil der Bruder meines Vaters sein Vieh aus dem Wesselburener Koog zu uns nach Schülup treiben wollte, merke ich plötzlich, dass es bei den Erwachsenen einen Stimmungsumschwung gab. Ich habe noch sehr genau in Erinnerung, wie sich an der Westküste tatsächlich ein Gefühl von Bedrohung breit machte.

Ich kann die Worte des Ministers Klaus Buß nur unterstreichen. Die Investitionen in den **Küstenschutz** zahlen sich aus. Wir haben einen hohen Standard erreicht. Man darf ja nicht vergessen, der Wasserstand war höher, als damals bei der Sturmflut, die ich als Kind miterlebt habe. Es ist wesentlich weniger passiert.

Es ist schon etwas unter der Gürtellinie, den Orkan „Anatol“ zu Angriffen auf die Landesregierung zu missbrauchen. Dabei scheint es für den CDU-Bundestagsabgeordneten Carstensen hinsichtlich des Wahrheitsgehaltes seiner Vorwürfe ohne Belang zu sein, als er nach dem Motto: „Erst mal ordentlich mit Schiet schmierten, beeten blivt hangen,“

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

sofort online gesagt hat, es gehe mit der Finanzierung des Küstenschutzes runter.

Wenn man einmal abklopft, was die Agrarpolitik auch des Bauernverbandes und der entsprechenden CDU-Lobbyisten dort angerichtet hat - GA-Kürzungen müssen wegen der allgemeinen Haushaltslage doch sein!

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Aber man hat sich darauf beschränkt, die Mineralölsteuerrückerstattung wieder zurückzunehmen, soziale Leistungen und so weiter. Ich sage ganz deutlich, das geht in der Logik natürlich zulasten der einzelbetrieblichen Förderung. Die einzelbetrieblichen Förderung findet vor allen Dingen bei der überwiegenden Mehrheit der Bauern statt, die im Milchwirtschaftssektor arbeiten. Hier hat sich einmal wieder die kleine, aber sehr mächtige Gruppe der Marktfruchtbetriebe gegen die Mehrheit der Bauern durchgesetzt.

(Zurufe von der CDU)

Als Zweites möchte ich im Übrigen einen Punkt deutlich anmerken: In Ihrem so genannten Entschließungsantrag zum Haushalt - ich habe ihn noch einmal durchgelesen - findet sich nicht eine Aussage zum Thema Küstenschutz. Aus der Sicht meiner Fraktion wird es keine Abstriche beim Küstenschutz geben. Es wird unter Einbeziehung aller Belange mit dem integrierten Küstenschutz weitergehen.

Im zweiten Spiegelstrich des Ihnen vorliegenden Antrages ist unter anderem von „u. Ä.“ die Rede, das soll wohl heißen „und Ähnliches“. Und Ähnliches ist hier im Lande zum Beispiel die Energiewirtschaft, die dort nicht explizit aufgeführt ist. So hat die SCHLESWAG als größter Netzbetreiber bei uns im Lande Schäden hinnehmen müssen, die - so wörtlich - das Ausmaß der Zerstörungen der Schneekatastrophe von 1979 übertrafen, wie Hans-Jacob Thiessen formulierte. Dass wir Schleswig-Holsteiner davon so wenig zu spüren bekamen, ist dem unermüdlichen Einsatz der SCHLESWAG-Mitarbeiter an dem Orkanwochenende zu verdanken, sogar die Vorstandsmitglieder, Thiessen und Lechlein, waren imachteinsatz. Natürlich gab es einige Stromausfälle, aber diese konnten relativ schnell behoben werden. Hut ab vor dieser Leistung unseres Regionalversorgers!

Erfreuliches gibt es auch aus der Windenergiebranche zu berichten, wo kaum Schäden zu beklagen waren. Das unterstreicht den hohen technischen Sicherheitsstandard der Windenergie.

(Detlef Matthiessen)

Leider hat der Orkan - Minister Buß hat das schon ausgeführt - in unseren **Wäldern** erhebliche Schäden angerichtet. In den Landesforsten sind weit über 40.000 Festmeter Holz geworfen worden. Dazu kommen nach Schätzung der Forstabteilung der Landwirtschaftskammer noch einmal bis zu 25.000 bis 40.000 Festmeter Holz aus dem Privatwald und kommunalen Sektor. Es handelt sich in der Hauptsache um Nadelhölzer, aber auch viele Buchen sind betroffen. Hier ist eine zügige Aufarbeitung der **Orkansschäden** erforderlich. Das Holz und insbesondere die Kronen müssen schnell aufgearbeitet werden, um einer Borkenkäferplage vorzubeugen. Diese Situation ist schädlich für die Entwicklung der Holzpreise, wenn plötzlich so viel Kalamitätsholz auf den Markt drängt. Während das bei uns anfallende Buchenholz noch im vorgesehenen Hiebsatz der Landesforstverwaltung größtenteils aufgefangen werden kann, kann man in Dänemark nur von einer Katastrophe reden: 3 Millionen Festmeter Windwurfholz, davon ein Drittel Buchenholz. Bei diesen riesigen Mengen an Kalamitätsholz unseres nördlichen Nachbarn ist eine negative Beeinflussung des Holzpreises zu befürchten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren, der nächste Sturm kommt mit Sicherheit und der Orkan „Anatol“ unterstreicht die Richtigkeit unserer Waldbaupolitik. Diese strebt als Zielsetzung einen artenreichen, stufigen Naturwald an, der gegenüber dem klassischen naturfernen Wirtschaftsforst alter Prägung sturmfester ist und der im Falle von Wurfgeschäden durch den nachwachsenden Unterbau nicht zu großflächigen Kahlflecken führt. Solche stabilen Waldgesellschaften, der naturnahe Dauerwald also, sind wirtschaftlicher als der Altersklassenwald mit standortfremden Nadelhölzern. Wenn ich den forstpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion immer vom Brotbaum bei jeder Debatte reden höre, sollte er sich mit diesem Thema etwas näher beschäftigen.

Ich schließe mich dem Dank an die vielen freiwilligen und amtlichen Helfer im Namen meiner Fraktion an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan hat das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Dank an all diejenigen, die sich an der Küste dafür engagiert haben, dass nicht noch stärkere Schäden

durch den Sturm entstanden sind, schließen wir uns als F.D.P.-Fraktion selbstverständlich an. Ich glaube, wir sollten uns auch im Hause einig sein, dass der Einsatz vor Ort größere Schäden gemindert hat und dass die engagierten Helfer dort unsere Anerkennung verdienen.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Tenor dieser Debatte bis jetzt ist: Die Deiche haben gehalten. Man sollte hinzufügen, dass sich die Umsetzung des Generalplans Küstenschutz offensichtlich bewährt und dazu geführt hat, dass wir in Schleswig-Holstein sichere Deiche bekommen haben. Dafür wurden enorme Investitionen getätigt. Sie waren aber nicht umsonst, auch das sollte einmal gesagt werden.

Trotzdem muss man im Bereich des Küstenschutzes immer wieder aufmerksam sein, denn ich glaube kaum, dass jemand im Sommer, als wir über den Nationalpark Wattenmeer geredet haben, tatsächlich eine solche **Sturmflut** vorhersehen konnte, die sich relativ schnell angebahnt hat. Wir sollen sie als Kennzeichen dafür nehmen, dass **Küstenschutz** nach wie vor Thema dieses Hauses und einer Landesregierung bleiben muss. Herr Minister Buß, wir sind durchaus dankbar, dass Sie hier deutlich gemacht haben, dass die Notwendigkeit des Küstenschutzes nicht zurückstehen darf, wenn der Haushalt eine gewisse Enge aufweist. Küstenschutz ist eine hervorragende und wichtige Aufgabe dieses Landes.

(Beifall im ganzen Haus)

Es hat sich eingebürgert, dass wir uns im Herbst eines jeden Jahres mit Anträgen zu den Auswirkungen extremer Witterungsverhältnisse befassen. Im letzten Jahr war es der Regen im Kreis Steinburg. Ein paar Jahre davor waren es die Dürre und die damit verbundenen Folgen für die Landwirtschaft. In diesem Fall ist es „Anatol“. Ich möchte das nicht belächeln, doch sollten wir die Berichte nicht als Selbstzweck nehmen, sondern wir müssen eine Schadensaufnahme vornehmen. Diese ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich noch unvollständig. Wir müssen an dem Thema dranbleiben und aus den Schäden, die entstanden sind, Folgerungen für die Zukunft ziehen. Nur dann machen die Berichte und die Thematisierung hier im Landtag überhaupt einen Sinn, sie wären sonst überflüssig.

(Beifall im ganzen Haus)

Gerade in dieser Debatte sollte auch angesprochen werden, dass wir bei der Diskussion zum Nationalparkgesetz - ohne dass ich sie wieder aufleben lassen möchte - auch erfahren haben, dass es aufgrund von Positionen, die der Naturschutz zum Thema Küsten-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

schutz formuliert hat, an der Westküste ein gewisses Misstrauen gibt.

(Zuruf von der SPD: Sie schüren Befürchtungen!)

- Ich schüre überhaupt keine Befürchtungen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir müssen beobachten, dass es Befürchtungen dahingehend gibt, dass aus Gründen des Naturschutzes möglicherweise der Küstenschutz an einzelnen Stellen hinten angestellt wird. Wir brauchen in diesem Zusammenhang vertrauensbildende Maßnahmen. Der Naturschutz muss einsehen, dass Küstenschutz existentiell notwendig ist. Küstenschützer müssen aber auch einsehen, dass ihre Maßnahmen durchaus mit den Vorstellungen des Naturschutzes abgeglichen werden müssen, ohne dass die Belange des Küstenschutzes in irgendeiner Art und Weise beeinträchtigt werden dürfen. Wir brauchen in diesem Zusammenhang vertrauensbildende Maßnahmen und kein Schüren von Vorbehalten gegen die eine oder andere Seite.

(Beifall im ganzen Haus)

Minister Buß hat noch etwas zur Forstpolitik gesagt. Wir sollten im eigenen wohlverstandenen Interesse unsere Bitte an Anke Spoorendonk richten, doch in Dänemark darauf hinzuwirken, dass vielleicht auch dort die Richtlinien der naturgemäßen **Waldwirtschaft** - nach denen der Wald in Schleswig-Holstein schon über Jahrzehnte bewirtschaftet wird - Beachtung finden, damit wir in Dänemark nicht eine Kalamität wie die hiesige mit der entsprechenden Beeinflussung der Holzpreise in Schleswig-Holstein erleben.

Der Kollege Matthiessen ist nicht im Saal. Vielleicht richten Sie es ihm aus, dass ich es ganz toll finde, wenn er die Waldbaurichtlinien des Landes und ihre Erfolge schon jetzt einsammeln will. Die Waldbaurichtlinien sind ein halbes Jahr alt. Die Bäume in unseren Wäldern sind bis zu 300 Jahre alt. Ich glaube, sie haben von der Wirkung der Waldbaurichtlinien noch nicht viel erfahren.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem sind sie richtig!)

Letztlich sind es das Engagement und der professionelle Einsatz der Forstleute der vergangenen Jahrzehnte, die dazu beigetragen haben, dass sich die Kalamität in Schleswig-Holstein insgesamt gesehen in Grenzen gehalten hat.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Dafür sollten wir dankbar sein und in diesem Sinne fortfahren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich befinde mich in der misslichen Lage, diesen Antrag mit auf den Weg gebracht zu haben. Ich finde es wichtig, dass wir uns mit den Schäden dieses Orkans befassen, nicht zuletzt auch aus Gründen des Deichschutzes. Ich weiß aber auch, dass alle Hunger haben und dass die Mittagspause eigentlich schon ansteht.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich werde versuchen, es einigermaßen kurz zu machen. Ich bedanke mich für den Bericht des Ministers. Aus diesem Bericht geht hervor, dass es in Sachen **Küstenschutz** keine Abstriche geben wird. Ich fand, das war die wichtigste Botschaft. Sie alle wissen, wie es an der Westküste ausgesehen hat. Aufgrund der Kürze der Zeit will ich das nicht wieder aufgreifen. Wenn es im Frühjahr - nach Beendigung dieser Stürme - zu einer echten **Bestandsaufnahme der Schäden** kommt, ist es wichtig, dass wir uns noch einmal damit befassen, ob die Sandvorspülungen vor **Sylt** ausreichen oder ob überhaupt weitere Maßnahmen im Bereich des Küstenschutzes angesagt sind. Er hat mich dennoch beruhigt. Der Bericht des Ministers hat mich auch dahingehend beruhigt, dass alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Nun komme ich zu den Wäldern. Es ist richtig, dass es nördlich der Grenze enorme **Waldschäden** gegeben hat. Ich will die Anregung der Kollegin Happach-Kasan gern aufgreifen. Ich kenne mich auf dem Gebiet nicht so aus. Ich weiß aber, dass der dänische Umweltminister nicht nur sehr engagiert ist, sondern auch immer wieder brenzlige Themen aufgreift, davor keine Angst hat und sich auch mit Forstpolitik befasst hat. Ich werde versuchen, mich schlau zu machen, damit ich darüber bei Gelegenheit berichten kann.

Nach der Bestandsaufnahme der ersten Schäden - die in erster Linie Versicherungsschäden sind -, die mit dem Küstenschutz des Landes zu tun haben, hat der Orkan in Schleswig-Holstein Schäden von bis zu 100 Millionen DM verursacht. Vor diesem Hintergrund war es wichtig zu erfahren, ob wir nächste Woche - wenn wir den Haushalt 2000 beraten - mit den Mitteln auskommen oder ob weitere Mittel bereitgestellt werden müssen. Auch die Anregung des Kolle-

(Anke Spoorendonk)

gen Maurus ist richtig, eine Förderung des Küstenschutzes über GA-Mittel zu überdenken.

Kurz und gut: Ich bedanke mich für den Bericht. Ich bedanke mich auch dafür, dass sich die zuständigen Ministerien unmittelbar nach dem Orkan vor Ort über die Schäden an den Küsten und in den Wäldern informiert haben. Es ist nicht zuletzt für die Menschen an der Westküste wichtig, nach Naturgewalten diese Art Signale von der Landesregierung zu erhalten. Auch dafür bedanke ich mich. Das Wichtigste ist jedoch ein Dank an all diejenigen, die vor Ort mit der Schaufel in der Hand - oder wie auch immer - dafür gesorgt haben, dass die Deiche halten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister Buß hat das Wort.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sage ganz kurz zwei Sätze zu den Ausführungen von Frau Dr. Happach-Kasan. Frau Happach-Kasan, ich denke, dass die von Ihnen erwähnten Irritationen der Küstenbevölkerung hinsichtlich des „Rankings“ des Küstenschutzes weitgehend beseitigt worden sind. Das ist meine persönliche Überzeugung. Viel deutlicher als ich es gemacht habe, kann man sich über die Notwendigkeit des Küstenschutzes kaum äußern.

Trotzdem sind vertrauensbildende Maßnahmen wichtig. Da gibt es überhaupt keine Frage. Die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme ist für mich die Einrichtung des Beirats für ein **integriertes Küstenschutzmanagement**, den ich vor etwa einem Jahr gebildet habe. In diesem Beirat sind die Fachleute von West- und Ostküste, kommunale Verantwortungsträger und der Naturschutz zusammengefasst, um über Küstenschutz zu diskutieren, um Prioritäten festzulegen und vor allem um schon im Vorfeld Abwägungen zwischen den verschiedenen Interessen von Küstenschutz, Naturschutz und Tourismus vorzunehmen. Dieser Beirat hat sich schon nach zwei Sitzungen außerordentlich bewährt. Ich bin sehr dankbar, dass das so gut gelungen ist. Das ist ein Beispiel für eine wirklich vertrauensbildende Maßnahme.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Antrag ist durch den Bericht erledigt. Herr Fleskes, wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie vorgeschlagen, dass der Bericht an den Agrarausschuss zur weiteren Beratung überwiesen werden soll. Ist das richtig?

(Unruhe)

- Einverstanden, dann erklären wir den Antrag und den Bericht für erledigt.

Ich gebe bekannt, dass um 15:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 10 begonnen werden soll. Daran anschließend wird Tagesordnungspunkt 32 - Tätigkeit des Eingabenausschusses - aufgerufen.

Guten Appetit, wir treten in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung: 13:21 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Nachmittagsitzung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutze des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres (Nationalparkgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2571

Bericht- und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses

Drucksache 14/2617

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Umweltausschusses, der Frau Abgeordneten Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den verabschiedeten Gesetzentwurf zur Novellierung des Nationalparkgesetzes hatte sich ein Fehler eingeschlichen, der berichtigt werden musste. Er ist mit dem Gesetzentwurf Drucksache 14/2571 berichtigt worden.

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Landtag heute mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt über den Gesetzentwurf abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 39 auf.

(Konrad Nabel [SPD]: Schwangerschaftskonfliktberatung! - Unruhe)

- Entschuldigung, das liegt mir hier nicht vor. Wenn sich die Fraktionen darauf verständigt haben, rufe ich jetzt nicht Tagesordnungspunkt 39, sondern Tagesordnungspunkt 19 auf:

Katholische Schwangerschaftskonfliktberatung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2582 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2604

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Wir sind ja jung, dynamisch und überhaupt gut; also fangen wir an.

Meine Damen und Herren, nun hat der Papst sein Machtwort zur Schwangerschaftskonfliktberatung der katholischen Kirche in Deutschland voll umgesetzt. Damit wurde der mühsam gefundene gesellschaftliche Konsens in Deutschland leider aufgekündigt. Der Beschluss des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz vom 23. November 1999 lautet:

„Die katholische Kirche in Deutschland wird künftig keine Beratungsscheine mehr für Frauen im Schwangerschaftskonflikt ausstellen.“

Ich kann mir nicht verkneifen, dazu einige Bewertungen vorzutragen. Ich werde ein breites Spektrum wählen, wie Sie sehen werden, und fange mit Bischof Lehmann an, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Dieser Mann hat wörtlich gesagt: „Wir haben gekämpft und wir haben verloren.“

Ehre, wem Ehre gebührt! Das ist ein tapferer Mann der katholischen Kirche.

Inge Wettig-Danielmeier, Mitglied des Bundestages und langjährige ASF-Bundesvorsitzende, spricht von einer tiefen Missachtung der Frauen durch die katholische Kirche und sagt wörtlich: „Mehr Porzellan konnte vom Papst nicht zerschlagen werden.“

Laut einer Forsa-Umfrage befürworten nach wie vor 78 % der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger den

Verbleib der katholischen Kirche in der staatlichen Beratung.

Caritas und die katholischen Laien, zusammengefasst im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, proben mancherorts den Aufstand. So wurde bereits ein Verein „Donum Vitae“ - Geschenk des Lebens - gegründet.

Was bedeutet das alles für die Politik in Schleswig-Holstein? Einige kurze Bemerkungen dazu! Nach dem Motto: „Man soll sich freuen, immer positiv denken und noch ein gutes Haar finden“, sage ich: Gut, dass der völlig schizophrene Schein mit dem Papstzusatz, den wir hier letztes Mal diskutieren mussten, endgültig vom Tisch ist. Klar ist aber auch: Ab 2001 ist die katholische Kirche nicht mehr Träger der staatlichen Beratung in Deutschland. Ohne Schein kein Geld! - Auch diese Aussage ist nicht zu bestreiten.

Überhaupt kein Weg ist für die SPD-Fraktion eine Verschärfung des Beratungsnachweises im Sinne einer eidesstattlichen oder auch einer nicht eidesstattlichen Versicherung der betroffenen Frauen. Wir lehnen jede Kriminalisierung der schwangeren Frauen ab. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen vielmehr keinerlei Nachteile in Schleswig-Holstein für die von der katholischen Kirche nunmehr allein gelassenen Frauen. Deshalb ist unser Auftrag an die Regierung unverzichtbar, eine lückenlose Beratung in Schleswig-Holstein auf der Grundlage der bisherigen Beratungsstellen zu gewährleisten.

Sehr fraglich ist für mich, ob die ehrenwerte Intention der katholischen Laienbewegung - ich sprach schon davon - eine Lösungsmöglichkeit für die betroffenen Frauen darstellt. Ich muss mich fragen: Wieso sollte den katholischen Laien vom Papst erlaubt sein, was die Bischöfe nicht durften? Ich habe gelernt - ich habe Ihnen meine Nähe zum Katholizismus letztes Mal erklärt -, dass das Wort des Papstes für die Katholiken ein Dogma ist, das heißt keine Zweifel, keine Ablehnung, voller Glaube, voller Gehorsam. Wir haben es vorgeführt bekommen; ich habe es zitiert.

Wir werden deshalb bei der folgenden Diskussion offene Ohren für einen gemeinschaftlichen Antrag haben. Ich möchte ausdrücklich dafür werben. Wir sind durch die nunmehr für uns etwas verfrühte Aufforderung des Tagesordnungspunktes noch nicht am Ende unserer Überlegungen; das macht aber nichts. Frauenpolitische Debatten haben sich oft dadurch ausgezeichnet, dass wir im Laufe der Debatte eine Einigung gefunden haben.

(Ingrid Franzen)

Ich möchte deshalb - noch nicht als ordentlicher Antrag einreichbar; so weit sind wir noch nicht - die folgende Änderung unseres Antrages vorschlagen, die von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW mit getragen wird.

Wir würden in unseren eingereichten Antrag zusätzlich einen zweiten neuen Absatz aufnehmen, der weitgehend dem letzten Absatz des CDU-Antrages entspricht. Ich verlese ihn einmal:

„Wenn in der Übergangsfrist bis zum 31. 12. 2000 noch nach den Vorschriften des Schwangerschaftskonfliktgesetzes einschließlich der Bescheinigung beraten wird, sollte den katholischen Beratungsstellen die bisherige Förderung bis zum Ende der Übergangsfrist erhalten bleiben.“

Das wollen wir gern aufnehmen. Ich gehe gleich umher und sammle Unterschriften. Ich wäre froh, wenn sich die CDU beteiligen könnte und wir somit ein Signal in die Bundesrepublik senden könnten, dass wir uns im nördlichen Bundesland einig sind - für die Frauen und für eine weitere Beratung in diesem konsensualen Bereich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Vorreiter das Wort.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst, liebe Frau Kollegin Franzen, herzlichen Dank! - Wo ist sie denn nun?

(Holger Astrup [SPD]: Sie sammelt Unterschriften!)

Ach so, sie sammelt Unterschriften!

Ich glaube, wir werden auch heute eine sehr sachliche und emotionsfreie Debatte, wie wir sie schon beim letzten Mal zu diesem Thema hatten, führen.

Sie haben uns heute einen neuen Antrag zu diesem Thema vorgelegt. Gerade eben erreichte uns auch noch der Änderungsantrag. Wir haben darüber beraten, sind aber noch nicht am Ende unserer Beratung. Es scheint jedoch so, als würden wir bei unserem Antrag bleiben. Ich komme nachher noch einmal auf Sie zu, Frau Franzen!

Sie haben uns heute einen Antrag vorgelegt, der den Landtag auffordert, ein **Netzwerk** der verbleibenden Träger zu schaffen, weil die katholischen Beratungs-

stellen keinen Beratungsschein nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz mehr ausstellen dürfen.

In meinen Augen ist dies ein Antrag im voraussiehenden Gehorsam, denn es gibt für die katholischen Beratungsstellen eine Übergangsregelung, die es zulässt, bis zum 31. Dezember 2000 nach dem heute gültigen Gesetz zu beraten und die erforderlichen Scheine auszustellen. Das ist sicherlich die entscheidende Frage bei diesem Thema.

Das muss für die Landesregierung bedeuten, dass die bisherige Förderung der sechs katholischen Beratungsstellen mindestens bis zu diesem Zeitpunkt zu erfolgen hat. Warum also heute Ihr Antrag?

Im Übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, dass die bundesgesetzliche Regelung vorschreibt, dass je 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner mindestens eine Beraterin oder ein Berater vollzeitbeschäftigt zur Verfügung stehen soll. Diesem Auftrag wird das Land ohnehin nicht ausreichend gerecht. In Schleswig-Holstein müssten nämlich 68,96 Vollzeitkräfte eingesetzt werden. Davon werden zirka 39 Stellen von freien gemeinnützigen Trägern innerhalb der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vorgehalten. Außerdem wenden die 44 aufgezählten Ärztinnen und Ärzte, die in die Beratungskapazitäten mit einbezogen und auch mit gerechnet werden, prozentual nur einen ganz geringen Anteil ihrer Arbeitszeit für die Schwangeren- und Familienberatung auf.

Nach meinen Informationen ist es so, dass wir - für den Kreis Plön weiß ich es ganz genau - 3,75 Beschäftigte ausschließlich für Schwangeren- und Familienberatung zur Verfügung haben. Das entspricht nicht dem, was der Gesetzgeber von uns fordert. Daraus ist abzuleiten, dass die Aussage des Ministeriums, der Bedarf sei gedeckt, in keiner Weise haltbar ist.

(Ingrid Franzen [SPD]: Haushaltsanträge! Wir sind wieder beim Thema!)

Wenn jetzt den sechs katholischen Beratungsstellen bereits im Haushalt 2000 das Geld gekürzt würde, wäre die Sicherstellung einer **pluralistischen Beratung** nicht mehr gewährleistet. Wir wären dann noch sehr viel weiter von dem gesetzlichen Auftrag entfernt, pro 40.000 Einwohner mindestens eine vollzeitbeschäftigte Beraterin vorzuhalten.

Die CDU-Fraktion bedauert sehr, eventuell ab dem Jahr 2001 auf die qualifizierte Beratung der katholischen Beratungsstellen verzichten zu müssen, und hofft, dass zumindest die allgemeine Schwangerenberatung nach § 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes erhalten bleibt und zusätzlich verstärkt eine allgemeine Beratung von Frauen und Familien in Not- und Kon-

(Kläre Vorreiter)

fliktsituationen sowie soziale Beratung und vieles mehr aufgenommen werden.

Wir haben Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt und bitten Sie, diesem auch zuzustimmen. Vielleicht erübrigt sich jetzt meine Bitte, aber aus Ihrem bisherigen Antrag, Drucksache 14/2582, geht für uns nicht deutlich genug hervor, was Sie eigentlich wollen. Sie schreiben, es soll ein Netzwerk der verbleibenden Träger geschaffen werden, um die flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen zu schaffen. Mit den bestehenden Voraussetzungen wird Ihnen das nicht gelingen, denn schon heute werden wir dem Gesetzesauftrag, pro 40.000 Einwohner einen vollzeitbeschäftigten Berater zur Verfügung zu stellen, nicht gerecht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und komme gleich auf Sie, Frau Franzen, noch zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besuchergruppe des 3. Instandsetzungsbataillons 6 aus Rendsburg.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie erinnern sich sicher noch an die im Sommer geführte Diskussion zu den Plänen der katholischen Kirche mit dem Zusatz auf dem so genannten Beratungsschein. Auch wir hier in diesem Haus haben damals um diesen umstrittenen Passus „Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung einer straffreien Abtreibung verwendet werden“ diskutiert und haben versucht, einen Weg zu finden, wie man gleichwohl die Caritas-Beratungsstellen erhalten kann.

Aus meiner Sicht wurde damals die klare Haltung aller Fraktionen zugunsten der Rat suchenden Frauen deutlich. Es wurde die Notwendigkeit einer kompetenten, verständnisvollen und qualifizierten Beratung der Hilfesuchenden in ihrer besonderen persönlichen Situation deutlich, und zwar bei einem Träger ihrer Wahl. Gerade die Trägervielfalt wurde hier - wenn ich mich recht erinnere - einhellig begrüßt. Nur vor diesem Hintergrund konnte überhaupt darüber gestritten werden, ob ein Verbleib der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im staatlich geförderten System möglich und wünschenswert wäre. Streitpunkt waren die Übereinstimmung der Beratung selbst,

aber auch des Beratungsscheines mit den Vorgaben des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, insbesondere die **Ergebnisoffenheit**, die dort für die Beratung gefordert wird. Diese Ergebnisoffenheit ist der entscheidende Punkt.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [F.D.P.])

Es war schon im Sommer sichtbar, dass sich die katholische Kirche nur bedingt dem Dialog mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Erfordernissen stellt. Der interne Konflikt zwischen Kirchenoberhaupt und Bischöfen und Mitgliedern der katholischen Kirche drohte einmal mehr auf dem Rücken der betroffenen, Hilfe suchenden Frauen, aber auch der engagierten Beraterinnen ausgetragen zu werden. Scheinheilig wäre im wahrsten Sinne des Wortes die Scheinlösung gewesen, auf die sich die Bischöfe geeinigt hatten. Die katholische Kirche wollte ihre Hände in Unschuld waschen und den Politikerinnen und Politikern die unliebsame Entscheidung über die Anerkennung in die Schuhe schieben.

Nun aber hat die katholische Kirche doch noch selbst eine klare Entscheidung getroffen. Zumindest das begrüßen wir. Sie hat sich selbst durch den Verzicht auf die Ausstellung eines Beratungsscheines aus dem staatlichen Beratungssystem verabschiedet. Sie erfüllt nicht mehr die Voraussetzungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und bezieht ganz klar Position für eine zielorientierte, eben nicht ergebnisoffene Beratung, nämlich für den Erhalt der Schwangerschaft. Hierdurch hat die katholische Kirche den gesellschaftlichen Konsens zum Schwangerschaftsabbruch verlassen und zieht daraus die notwendigen Konsequenzen. Positiv an dieser Entwicklung finde ich das Ende der Verlogenheit; denn wo „katholische Kirche“ draufsteht, ist jetzt auch katholische Lehre drin.

Negativ finde ich das bewusste Alleinlassen Hilfe suchender Frauen, die in ihrer Entscheidung noch unsicher sind. Negativ finde ich auch die klare Prioritätensetzung zugunsten des Fötus gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Ein moralischer Rückschritt in das vergangene Jahrhundert - so scheint es mir - liegt hier vor.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich machen, dass sich meine Kritik weder gegen die inhaltliche Arbeit der Beratungsstellen der katholischen Kirche noch gegen die dort Tag für Tag hart arbeitenden Frauen richtet. Ich halte ihre Arbeit für wichtig, für richtig und für ausgesprochen gut.

Es ist auch richtig und wichtig, eine Pluralität - ich sagte das schon zu Beginn - gerade in der Beratungs-

(Ingrid Franzen)

arbeit zum Schwangerschaftskonflikt aufrechtzuerhalten. Jeder Frau sollte die Möglichkeit geboten werden,

(Kläre Vorreiter)

sich in der sensiblen persönlichen Situation einer ungewollten Schwangerschaft dort Hilfe zu holen, wo sie sich am besten aufgehoben fühlt.

Es gibt klare gesetzliche Vorgaben für eine straffreie Abtreibung und eben auch zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Den mühsam erarbeiteten gesellschaftlichen Konsens in diesem sensiblen Rechtsbereich legen wir nicht ad acta.

Die Diskussion um eine Straffreiheit von Abtreibungen wird nicht erneut aufgebrochen werden. Die langwierig verhandelte Kompromisslösung für eine akzeptable Handhabung im Interesse der betroffenen Frauen bleibt bestehen. Alles das, was wir Frauen gemeinsam erreicht haben, lassen wir uns nicht durch einen katholischen Sonderweg nehmen. Die Landesregierung wird schnellstmöglich dafür Sorge tragen - davon gehe ich aus -, dass das entstandene Versorgungsdefizit im Interesse der Hilfe suchenden Frauen baldmöglichst durch ein Beratungsnetz anderer Träger ausgeglichen wird.

Ich würde mich sehr freuen, Frau Vorreiter, wenn wir es doch hinkriegen würden, hier mit einer Stimme zu sprechen. Ihre Bedenken hinsichtlich der Verlässlichkeit eines solchen Netzes aufgrund der materiellen Ressourcen kann man ja teilen. Ich glaube allerdings, dass Sie landesweit und nicht kreisweit rechnen müssen. Ich glaube, dann kommen wir auf eine andere Rechnung und dann sieht es auch nicht ganz so schlecht aus. Aber üppig - so weit würde ich Ihnen gern zustimmen - ist es wahrhaftig nicht, gerade wenn man die umfangreiche Beratungspflicht nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz bedenkt. Insofern sind wir nicht weit auseinander und gerade deswegen wäre es so gut, wenn wir das schaffen könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist völlig unstrittig, dass sich weder die deutschen Bischöfe mit ihrer Entscheidung einen Gefallen getan haben noch den betroffenen Frauen geholfen wurde.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem bringen sie den Staat in eine sehr schwierige Situation. Das Schwangerschaftskonfliktgesetz fordert als unverzichtbare Voraussetzung für eine

straffreie Abtreibung eine Beratung - darin gebe ich Ihnen absolut Recht, Frau Fröhlich -, die ergebnisoffen zu führen ist und weder belehren soll noch bevormunden darf.

Sie soll ermutigen, sie soll Perspektiven aus dem schweren Konflikt, in dem sich die Hilfe und Rat suchende Frau befindet, aufzeigen und sie soll Verständnis wecken. Mittlerweile steht fest, dass die katholischen Beratungsstellen in Zukunft keine Beratung mehr nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz durchführen können und wollen.

Wir waren uns immer darin einig, dass nur Beratungsstellen, die auf der Grundlage des Gesetzes beraten, auch staatliche Mittel erhalten können. Das ist selbstverständlich. „Auf der Grundlage des Gesetzes“ heißt vor allem - ich wiederhole das -: Die Beratung muss ergebnisoffen sein und die Frau darf nicht moralisch unter Druck gesetzt werden. Das heißt aber selbstverständlich auch, dass am Ende einer Beratung der Beratungsschein stehen muss.

Weder die ursprünglich diskutierte Forderung einiger Bischöfe, die Bescheinigung der katholischen Beratungsstellen mit einem Zusatz zu versehen, noch der letzte Vorstoß, man könne sich so etwas wie eine **eidesstattliche Versicherung** vorstellen, genügt den Anforderungen des Gesetzgebers.

(Beifall bei F.D.P., SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bleibe dabei: Eine Beratung ohne Schein ist scheinheilig.

Meine Damen und Herren, ich will hier ganz deutlich sagen, dass die katholischen Beratungsstellen diese wenig mutige Entscheidung nicht verdient haben. Die Arbeit der katholischen Beratungsstellen - auch hierin sind wir uns einig - war und ist gut. Insbesondere verdient sie auch deswegen Anerkennung, weil wir wissen, dass auch viele moslemische Frauen sich gerade an diese Beratungsstellen gewandt haben. Das bedeutet für mich einen ganz hohen Vertrauensbeweis für die Qualität dieser Beratung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Meine Damen und Herren, selbstverständlich - das habe ich gesagt - muss in Zukunft die staatliche Förderung dann aufhören, wenn die katholischen Beratungsstellen nicht mehr beraten können. Das heißt aber: erst - das will ich dann auch ganz deutlich sagen - nach dem Dezember des nächsten Jahres.

(Irene Fröhlich)

Wir sollten eines nicht vergessen: Wir sind jetzt in der schwierigen Situation, dass wir möglicherweise die Beratungsstellen, die jetzt noch die Möglichkeit haben, bis Ende des nächsten Jahres zu beraten, verunsichern, wenn wir - wie ich das Ihrem Antrag, Frau Franzen, zuerst entnommen habe - sagen, wir müssen sofort sämtliche Mittel streichen. Das würden wir selbstverständlich nicht mitmachen. Genau aus diesem Grund hatten wir vor, dem CDU-Antrag zuzustimmen.

Auf der anderen Seite will ich auch nicht verhehlen, dass wir es gerade bei diesem Thema, bei dem wir uns in der Vergangenheit jedenfalls in der Sache hier in diesem Haus immer sehr einig waren, sehr begrüßen würden, wenn wir heute noch, Ihrer Initiative folgend, Frau Kollegin Franzen, einen gemeinsamen Antrag zustande brächten. Sie haben ja jetzt dankenswerterweise in Ihren dritten Absatz auch die Frage der **Übergangsregelung** mit aufgenommen, sodass dann auch dazu bei den Beratungsstellen eine Unsicherheit nicht mehr entstehen kann.

Ich würde Sie vielleicht trotzdem noch bitten, bevor wir jetzt unterschreiben - ich würde das, wie gesagt, im Prinzip gern mitmachen -, noch eine kleine Stellungnahme zu dem Thema Netzwerk abzugeben.

Ich möchte sichergestellt haben - nur dann würde ich einen solchen Antrag auch mit unterschreiben -, dass es nicht nur darum geht, die bestehenden Stellen zu vernetzen, sondern dass es darum geht, dass die Lücke der sechs Beratungsstellen, die dann in Zukunft nicht mehr da sein werden - das muss man dann allerdings auch sagen, dass diese Lücke von den Bischöfen aufgerissen worden ist -, auch tatsächlich geschlossen wird und dass wir nicht einfach sagen, wir werden nur die bestehenden Träger so vernetzen, dass eine Beratung gewährleistet ist. Ich glaube, das würde nicht ausreichen. Wenn Sie das hier klarstellten, würde ich Ihrem Antrag heute im Namen der F.D.P.-Fraktion folgen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Apostel Paulus gibt die Losung aus, um die Einheit der Gemeinde zu bewahren, müsste man - ich zitiere - „Demut, Sanftmut und Geduld“ üben. Ich finde, wir haben in den vergangenen Jahren und Monaten viel Demut, Sanftmut und Geduld walten lassen,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um der katholischen Kirche und insbesondere ihrem Oberhaupt entgegenzukommen und damit die kleinstmögliche Einheit dieser Gesellschaft in der Abtreibungsfrage zu wahren.

Unter mühevoller Arbeit, die für alle Beteiligten nur mit viel Geduld und viel Demut vor den Gedanken und Gefühlen Andersdenkender zu bewältigen war, hat man im Bundestag einen Kompromiss für den Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen gefunden. Sicherlich hätten sich die meisten Beteiligten auf die eine oder andere Weise eine bessere Lösung gewünscht. Ich bin auch nach wie vor eigentlich der Meinung, dass Abtreibung im Strafrecht nichts zu suchen hat. Aber nur durch den Willen zum Kompromiss war das oberste Ziel erreichbar, ein gesellschaftlicher Konsens, eine „Einheit der Mehrheit“ in dieser Frage.

Ginge es nach dem Papst und seinen treuen Adlaten, diese Einheit läge jetzt wieder in Trümmern. Das können wir nicht zulassen, denn wir können und wollen uns nicht noch einmal Jahre der Unsicherheit für die betroffenen Frauen leisten.

Der Staat ist auch nach den Kompromissen von 1992 und 1995 der römisch-katholischen Kirche weit entgegengekommen. Noch vor fünf Monaten hätten wir notgedrungen eine Lösung akzeptiert, die uns sehr viel Kompromiss abverlangt hätte, um die katholische Beratung zu erhalten. Der Zusatz auf dem Beratungsschein, über den wir im Juli hier im Landtag diskutiert haben, ging eigentlich schon über die Grenze dessen hinaus, was dieses Haus zu akzeptieren bereit war. Um so bestürzender ist es, dass die Dogmatiker in der katholischen Kirche ohne zu zögern die Hand abhackten, die ihnen zur Wahrung der Einheit gereicht wurde.

Jetzt reicht es! Mit der Demut, mit der Sanftmut und mit der Geduld hat es ein Ende,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

falls sich die Caritas dem Votum der deutschen Bischöfe anschließt und keine Beratungsscheine mehr ausstellt.

Sollte es dann möglich sein, dass katholische Laien die Arbeit in den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ohne Einschränkung und mit Beratungsschein übernehmen, dann wären wir durchaus bereit, dies zu akzeptieren und zu fördern. Es darf nicht sein, dass Katholikinnen darunter leiden müssen, dass ihre Kirche von verknöcherten Männern ohne Verständnis für

(Christel Aschmoneit-Lücke)

die weltlichen Nöte und Sorgen der Frauen geführt wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sollte sich nicht ein entsprechender neuer Träger wie Donum Vitae finden, dann muss unverzüglich alles eingeleitet werden, um die möglichst nahtlose Übernahme der bestehenden Caritas-Beratungsstandorte durch andere zum 1. Januar 2001 zu gewährleisten.

Auch ich bin bereit, diesen neuen gemeinsamen Antrag mitzutragen. Ich teile die Auffassung der Kollegin Aschmoneit-Lücke, dass es wichtig ist, die Reihenfolge zu wahren. Es ist aber ebenfalls wichtig, dass wir hier in diesem Hause einvernehmlich einen Antrag verabschieden. Darum sollten wir uns alle einen Ruck geben und uns bemühen, das zu ermöglichen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],
Renate Gröpel [SPD] und Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen jetzt drei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat Frau Abgeordnete Vorreiter das Wort.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade noch einmal kurz über die Parteien hinweg beraten. Ich glaube, wir kommen zu einem guten Ergebnis.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Uns kam es darauf an - genau das, was Frau Aschmoneit-Lücke gesagt hat, möchte ich noch einmal unterstreichen, weil wir gar nicht wissen, was künftig mit den katholischen Beratungsstellen wird -, sie nicht von vornherein bei möglichen **Veränderungen bei Zusammenschlüssen** mit Netzwerken auszuschließen.

Wenn wir uns jetzt auf den gemeinsamen Antrag verständigen und das Wort „verbliebene“ in dem gemeinsamen Antrag gestrichen wird, können wir ihn mittragen. Wir glauben, mit diesem Antrag allen gerecht werden zu können. Ich freue mich darüber, dass wir kooperativ zu dieser einvernehmlichen Lösung gekommen sind. Wir werden diesen Antrag so mit unterschreiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Als nächstes erteile ich Frau Abgeordneter Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Ich will gern auf die Fragen eingehen, die Frau Aschmoneit-Lücke gestellt hat, was das **Netzwerk** und den dritten Absatz anbelangt. Wir meinten nicht Vernetzung. Wir glauben, dass wir das schon ganz gut geregelt haben.

Nun möchte ich mich nicht mit der CDU anlegen, weil ich Frau Vorreiter gerade den Antrag zur Unterschrift mitgegeben habe. Wir sind der Ansicht, dass wir auf einer gesetzlichen Grundlage stehen. Wir wollen tatsächlich die Frauen da regional abholen, wo sie bisher von der Caritas betreut wurden, und das mit bisherigen Trägern. Das haben wir aber alle, die das mittragen, eben gerade auf Wunsch der CDU-Fraktion einverständlich geändert, das kann ich auch gut verstehen. Wir haben die Worte „mit den verbliebenen Trägern“ herausgenommen, und zwar in der Hoffnung, die man haben kann - ich habe Ihnen gesagt, ich habe diese Hoffnung nicht so sehr -, dass die katholische Laienbewegung vielleicht doch etwas zustande bekommt oder aber Caritas den Aufstand probt - das sage ich einmal - und sich durchsetzt.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen wir ja alle gern hoffen und Optimisten sein. So würde es einvernehmlich gehen.

Liebe Frau Vizepräsidentin, wir würden Ihnen jetzt diesen unterschriebenen, aber natürlich noch nicht als Drucksache vorliegenden Antrag geben. Vielleicht müssen Sie ihn verlesen, damit wir wissen, worüber wir abstimmen. Schneller konnten wir nicht sein.

Herzlichen Dank auch an das Plenum für diese gute Beratung!

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sich erledigt!)

Dann erteile ich Frau Ministerin Birk das Wort.

(Anke Spoorendonk)

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische **Landtag** hat bundesweit den höchsten **Frauenanteil**. Ich muss sagen, bei allen wichtigen frauenpolitischen Fragen hat sich das sehr positiv bemerkbar gemacht. Es wurde in kürzester Zeit in wesentlichen und sehr schwierigen Auseinandersetzungen eine höchst genaue und einvernehmliche Regelung erzielt. Ich begrüße außerordentlich, dass das auch hier wieder möglich ist.

Die Entscheidung der katholischen Bischöfe, aus der **Schwangerschaftskonfliktberatung** auszusteigen, bedauere ich persönlich sehr, denn die qualifizierte Arbeit der katholischen Beratungsstellen und die positive Zusammenarbeit mit der ebenfalls sehr guten Arbeit der anderen Beratungsstellen ist unbestritten. Seit Jahren funktioniert hier ein sehr guter landesweiter Arbeitskreis, in dem schwierige Fragen einvernehmlich behandelt werden beziehungsweise in dem man sich respektvoll mit ihnen auseinandersetzt.

Der jetzige **Ausstieg** trifft einmal wieder Frauen, besonders Frauen in schwierigen Lebenslagen, aber auch die Beraterinnen. Vielleicht noch einmal einen Blick auf die Zahlen: Bundesweit gehen von den Frauen, die eine katholische Beratungsstelle besuchen, eine ganze Reihe von islamischgläubigen Frauen dorthin - das wurde schon erwähnt -, es sind immerhin 12 %, evangelischgläubige Frauen sind mit 17 % vertreten und knapp 38 % geben an, katholischen Glaubens zu sein. Das sind Bundeszahlen; Landeszahlen liegen uns nicht vor. Ich denke, es wird hier nicht viel anders sein. In einem Bundesland mit überwiegend evangelischer Bevölkerung könnte der katholische Anteil jedoch bedeutend geringer sein. Dies ist für mich trotzdem kein Anlass zu sagen, die Beratungsstellen der Caritas seien weniger wichtig.

Wir haben hier bekanntlich nur sechs **Beratungsstellen** von insgesamt 106 anerkannten. Zur Gedächtnisüberprüfung noch einmal, Frau Vorreiter: Das Diakonische Werk hat 16 Beratungsstellen, Pro Familia 11, 9 Beratungsstellen hat der DPWV und 5 sind bei der Arbeiterwohlfahrt angesiedelt, 12 Beratungsstellen stehen unter öffentlicher Trägerschaft und 2 unter privater. Darüber hinaus haben wir 45 Ärztinnen und Ärzte, die die Anerkennung haben, Beratungen durchzuführen. Auch wenn die regionalen Unterschiede nicht zu übersehen sind und wir uns darum bemühen, mit der Zeit, wenn es irgendwo einmal personelle Veränderungen gibt, etwas auszugleichen, so können wir doch von einem insgesamt zufriedenstellenden Beratungsangebot sprechen. Allerdings ist auch für mich immer wieder die Situation der Beratungsarbeit An-

lass, mit den Beratungsstellen zu sprechen, wo wir optimieren können.

Die **Förderung** der Schwangerschaftskonfliktberatung der **katholischen Beratungsstellen** wollen auch wir nach dem, was wir bisher wissen, erst ab 1. Januar 2001 einstellen. Bis dahin hat uns nach unseren bisherigen Gesprächen der Caritas-Verband zugesichert, dass die Beratungen wie bisher und mit dem bisherigen und nicht etwa mit einem neuen Schein dokumentiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden aber natürlich bis dahin die Hände nicht in den Schoß legen. Um den schwangeren Frauen auch künftig ein plurales Angebot zur Verfügung zu stellen, werde ich natürlich Gespräche mit der Vereinigung Donum Vitae und auch mit dem Verein Frauenwürde e.V., die uns ebenfalls aus dem katholischen Umfeld einen Antrag vorgelegt haben, aufnehmen.

Es ist natürlich so, dass wir die sechs Beratungsstellen, die wir fördern, nicht in voller Höhe mit dem Thema Schwangerschaftskonfliktberatung im engeren Sinne beschäftigt wissen, sondern nur im Volumen von etwa einer Stelle. Landesweit werden Beratungsgespräche geführt, die zu einer Bescheinigung im Sinne des Gesetzes führen. Das heißt, wir haben tatsächlich nur eine Lücke im Volumen von einer Stelle zu schließen. Wie das praktisch aussehen kann, ob beispielsweise die Caritas-Beraterinnen mit Beraterinnen anderer Vereinigungen aus dem Laienumfeld der katholischen Kirche kooperieren oder ob die gesamte Caritas-Beratung in eine solche Laienträgerschaft übergeht, sind Fragen, die im Laufe des Jahres 2000 gut beraten sein sollen. Ich bin jedenfalls sehr froh darüber, dass sich der Landtag in der Zielsetzung einig ist, der wir natürlich auch folgen. Es soll auf keinen Fall aus unserer Sicht und mit unserem Zutun die **Pluralität** verändert werden, sondern wir werden alles tun, um eine pragmatische und für die Ratsuchenden einfach nachvollziehende Lösung zu finden.

Allerdings darf man bei der katholischen Kirche immer nicht vor Überraschungen sicher sein. Es ist ja nicht ewig so, wie es beansprucht ist zu sein, denn wir hören, dass der Sozialdienst katholischer Frauen inzwischen bundesweit Protest angemeldet hat. Vielleicht erleben wir ja noch einen weiblichen Laienaufstand, der wiederum zu neuen Lösungen führen wird. Insofern sind wir bereit zu verhandeln. Wir haben noch bis zum Jahr 2001 Zeit. Wir werden diese Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. Ich finde den An-

trag aber sehr weise, denn er zollt dem Mut des Sozialdienstes katholischer Frauen den nötigen Respekt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich greife gern den gemeinsamen Antrag auf und werde ihn als Drucksache 14/2582 (neu) - er wird Ihnen noch verteilt - vorlegen. Dieser Antrag ist identisch mit dem Antrag Drucksache 14/2582 bis auf den letzten Absatz, den ich einmal insgesamt neu vorlese.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das stimmt nicht! Geändert haben wir den mittleren und den letzten Absatz!)

- Ich lese die drei Absätze insgesamt einmal vor, damit Sie alle wissen, worüber Sie abstimmen.

(Unruhe)

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert außerordentlich - -“

Aber es ist dann ganz wichtig, dass nur ich rede und nicht alle gleichzeitig. - Danke.

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert außerordentlich, dass die katholischen Bischöfe in Deutschland durch die Entscheidung, keine Beratungsscheine nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz mehr auszustellen, faktisch den Rückzug der katholischen Beratungsstellen vollzogen haben.

Wenn in der Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2000 noch nach den Vorschriften des Schwangerschaftskonfliktgesetzes einschließlich der Bescheinigungen beraten wird, soll in den katholischen Beratungsstellen die bisherige Förderung bis zum Ende der Übergangsfrist erhalten bleiben.

Die Landesregierung wird aufgefordert, zugunsten der bisher von den Beratungsstellen der Caritas betreuten Frauen ein Netzwerk der Träger zu schaffen, um die flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen weiterhin zu gewährleisten.“

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1999

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/2541

Ich erteile dem Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herrn Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Fru Präsidentin! Leewe Kolleginnen un Kollegen! Ik hev mi hier de Stichwörter in Plattdütsch opschreven; nu bün ik an't Överlegen, ob de Tohörer, de dor boben sitten, dat allens verstoht. Wenn se dat nich verstoht, denn mok ik dat doch leever in Hochdütsch.

(Widerspruch)

God, denn blieb ik bi Plattdütsch; denn möt se sik dat naher översetten laten.

Dat is de Bericht för dat dritte Quartal 1999. Wi hebbn in disse Tied 111 niege Ingaben hatt. Dat is eegentli ne ganze Masse, wiel de jo ok all einzeln bearbeitet warrn mött. Ik möch an disse Sted nochmal seggn - wiel ik jo wahrschienli grod im Fernsehen bün -, datt de Börgerinnen un Börger von uns Land sik ok ümmer an den Ingabenutschuss wenden könt und schüllt, wenn se irgendwo Probleme hebbt.

(Unruhe)

De Ingaben, de wi bearbeiten doht, de makt zwar een Hupen Arbeit, ober dat makt ok Spoß, wenn wi Börgerinnen un Börger helpen könt.

Wi hebbt in disse Tied fief Sitzungen hatt - wi sitt alle 14 Dag; dat is bekannt, dormit vertell ik nix Nieges -, un wi hebbt söss Sitzungen hatt, wo wi intern mit Ministerien oder Vereene un Verbände schnackt hebbt. Wi sünd sössmal buten vör Ort west, dat heet, wie hebbt Ortstermine makt. Ik mutt ümmer wedder seggn: Wenn wi Ortstermine makt, is dat all een beeten opwendig, ober wi hebbt dor de besten Möglichkeiten to helpen. Wenn wi alle Behörden op een Dutt hebbt, dann is dat so, datt se doch een Weg findt un seggt: „Mensch, dor hebbt wir gor nich an dacht. Hier könt wi doch noch helpen.“ Deshalb makt wi solche Dinge un möt uns natürlig ok mol üm een Gullydeckel kümmern - klappert he nu oder klappert he nich? Wi sünd uns noch nich ganz eenig, ob he nich klappert oder ob he doch klappert, Hans, ober wi kreeg dat irgendwie hin.

(Heiterkeit)

Wi sünd dit Johr ok wedder op de Norla west in disse Tied un ik mutt seggn, dat is doch een ganz rege Bedeeligung west. De Lüüd hebbt frogt: Wat makt jetzt de Ingabenutschuss? Un wi hebbt ok Utkunft geben

(Ministerin Angelika Birk)

kunnt. Insofern denk ik mol is Öffentlichkeitsarbeit ok wat ganz Wichtiges.

Wi hebbt ditmol in dat dritte Quartal 120 Ingaben bearbeit'. Ik mutt seggn, ditmol sünd wi mit de Quote nich so god wechkommen. Wi hebbt blots 32 % positiv lösen könnt; bi 75 Ingaben geev dat keen Chance. Ik mutt dorbi ober seggn - dat kannst op Plattdütsch natürlig veel beeter seggn as op Hochdütsch -, wie harn veel Ingaben dorbi, de köm ut de Knast. Dann is dat natürlig schwor, ümmer so to helpen, wie de Kamero-den dat gern hebbn wöllt, un dor hebbt wi denn schlechte Korten, segg ik mol. Veer Ingaben wörn trüch trocken - de harrn sik irgendwie alleen erledigt.

Wat mi allerdings Sorgen mokt oder wat uns allen Sorgen mokt, is, dat wi sehr veele Ingaben hebbt - de Justizminister is im Moment nich dor - ut den Bereich „Justiz“. Dor geiht dat einfach üm de langen Tieden för de Bearbeitung. Wer nu veel mit Juristen to dohn hett, de weet, dat de natürlig recht ümständlich sünd.

(Beifall)

Doran liggt dat natürlig, datt dat allens 'n beeten lang op de Dische liggt. Ik seh, mien Kolleg Kubicki schüttelt all wedder mit den Kopp; he is ja natürlig een von de Schnellen.

(Unruhe)

Nur, wi wörrn uns manchmal wünschen, datt dat allens een lütt beeten schneller geiht.

(Zuruf von der SPD)

- Ik weet, he is aber nich so, datt dat nu to sehn is, dat he villicht old ward, sondern he hett so mit den Kopp wackelt, dat he nich in Frag kümmt.

(Heiterkeit)

Ik will to'n Schluss een Dank an de Geschäftsstede seggn, dat se, unse Mitarbeiterinnen un Mitarbeiter, hervorragend arbeit' hebbt, dat se zügig arbeit' hebbt, dat allens lopen deiht. Un ik will ganz besünners to'n Schluss von dit Johr Dank seggn an miene Kolleginnen un Kollegen, datt ok jetzt, in de Wahlkampftied, wirklich nur de Sok behandelt ward un dat wi - wie man dat op Niedütsch seggt - een feines „Team“ sünd, dat hervorragend tosamenarbeit'. Mi mokt dat Spoß, ju mokt dat Spoß, un dorför een hartliches Dankeschön, datt dat ohne Parteipolitik geiht, datt dat wirklich so geiht, wie wi dat för de Minschen in dit Land moken wöllt. Schönen Dank!

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Herr Abgeordneter Poppendiecker, ich weise Sie darauf hin, dass die Sache mit den Juristen nahe an der Grenze eines Ordnungsrufes war.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung zu bestätigen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

a) Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2472 (neu)

b) A 20 und Elbquerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2482

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2529

c) Bau der A 20 westlich von Lübeck - Entscheidung des Bundeskabinetts

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2504

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/2504

Zunächst erteile ich das Wort dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Aufgrund der Komplexität der verschiedenen Anträge und Entscheidungen verweise ich auf die Drucksache 14/2504.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

(Gerhard Poppendiecker)

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns am 17. November 1999 hier im Plenum und zuletzt am 9. Dezember 1999 in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses intensiv mit den wichtigen **Infrastrukturmaßnahmen** des Landes Schleswig-Holstein beschäftigt. Sie, die Damen und Herren der Opposition, haben noch in der letzten Landtagssitzung wahltaktisch den Versuch unternommen, den Eindruck zu vermitteln, dass die Bundesregierung mit dem Investitionsprogramm 1999 bis 2002 den für Schleswig-Holstein so wichtigen Infrastrukturmaßnahmen wie die Fortführung der A 20 und die Beseitigung des Schienenengpasses Elmshorn - Pinneberg - Eidelstedt den Todesstoß versetzt hätte. Ohne auch nur im Ansatz Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Sie es waren, die in 16 Jahren Regierungsverantwortung einen **Bundesverkehrswegeplan** mit einer Unterfinanzierung von 85 Milliarden DM hinterlassen haben, behaupten Sie, dass das **Investitionsprogramm**

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht schon wieder!)

bis 2002 quasi willkürlich prioritäre Maßnahmen in Schleswig-Holstein nicht mehr berücksichtigt. Es ist immer wieder deutlich gemacht worden, dass dieses Investitionsprogramm als Übergangslösung - bis zur Fertigstellung eines neuen und erstmalig auch realistischen Bundesverkehrswegeplanes - zu verstehen ist. Ich stelle ausdrücklich fest, dass mit den Maßnahmen im Investitionsprogramm Schleswig-Holstein - bei einem Gesamtvolumen von 449 Millionen DM - ein deutlich größerer Anteil an Bundesfernstraßenmitteln enthalten ist, als dies in der Vergangenheit unter Ihrer Verantwortung der Fall war. Die Zeit Ihrer unrealistischen, wahltaktischen Luftschlösser und Spatenstichprojekte ist endgültig vorbei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir in Preetz gesehen!)

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundesverkehrsminister Klimmt zwischenzeitlich mehrfach eindeutig klargestellt hat, welch hohe **Priorität** die Fortsetzung der **A 20** - auch westlich der A 1 - für ihn und den Bund hat. Dies hat er zuletzt vor wenigen Tagen bei der eben zitierten Veranstaltung zur Ortsumgehung Preetz deutlich gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, das ist übrigens eine Infrastrukturmaßnahme, die das Land Schleswig-Holstein als neue Maßnahme in das Programm hineinbekommen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da haben Sie doch gar keine Finanzierung!)

Das ist eine Maßnahme, die für die Bürgerinnen und Bürger in Preetz und in der Region von erheblicher Bedeutung ist und für deren Aufnahme in das Programm dieser Landesregierung durchaus Dank zu sagen ist.

Auch bei der **Beseitigung des Schienenengpasses Elmshorn - Pinneberg - Eidelstedt** gibt es für mich nach einer öffentlichen Trassenkonferenz in Elmshorn keinen Zweifel, dass diese Maßnahme aufgenommen und realisiert wird.

Im kommenden Jahr wird mit 5 Millionen DM das Planfeststellungsverfahren für den Umbau des Bahnhofes Elmshorn begonnen. Nach den Worten des Vertreters der Deutschen Bahn AG besteht auch kein Zweifel, dass die Schienenengpassbeseitigung mit hoher Priorität nach dem Jahre 2002 in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und realisiert wird. Sie wissen genauso, dass in einer Fußnote zu der Aussage und in den Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Bundesverkehrsminister klar gesagt wurde, dass Mittel aus dem Investitionsprogramm, wenn sie für andere Maßnahmen nicht in Anspruch genommen werden, in die Schienenengpassbeseitigung hineinfließen werden.

Ich begrüße für meine Fraktion auch ausdrücklich den Beschluss der Landesregierung vom 14. Dezember, die sich für eine feste Verbindung über den **Fehmarnbelt** ausgesprochen hat. Dies ist eine wichtige Zukunftsperspektive für Schleswig-Holstein. Diese Entscheidung bietet die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft auch im skandinavischen und im Ostseeraum zu stärken und so aktiv zur Sicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen. Ich zitiere sehr gern die von der Opposition sicherlich geschätzte Aussage der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft:

„Mit dieser Entscheidung hat die Landesregierung bewiesen, dass sie zu perspektivischer Verkehrspolitik sehr wohl imstande ist. Sie hat darüber hinaus verdeutlicht, dass sie das Wohl Schleswig-Holsteins gegen wirtschaftliche Partikularinteressen und ständiges Nörgelertum in Schutz nehmen kann.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie denn dafür bezahlt?)

- Da fängt er schon wieder zu nörgeln an.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe ja nur gefragt!)

Wenn ich dann die Pressemitteilung Ihres in vielen Bereichen angeblich nichts wissenden ehemaligen Generalsekretärs der Bundes-CDU und Hoffnungsträgers für die Schleswig-Holstein-Wahl lese - heute Abend um 21:00 Uhr wissen wir mehr -, der diese Entscheidung als eine reine Phantomscheidung abqualifiziert, die Fehmarnbelt-Querung als wahltaktisches Manöver hinstellt und im selben Atemzug versucht, alles an Infrastruktur in diesem Lande schlechtzureden, dann kann ich nur sagen: Welche Qualität eines Kandidaten und welche Arroganz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein, die hier unendlich viel aufgebaut und die Schleswig-Holstein in vielen Bereichen auf einen Spitzenplatz gebracht haben!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Trotz der Sozialdemokraten!)

Dass Sie, Herr Kayenburg, sich dazu hergeben, so eine platte Pressemitteilung auch noch mit Ihrem Namen zu versehen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber bereits gestern in der Diskussion im Rahmen der Aktuellen Stunde über die Insolvenzen in Schleswig-Holstein hatte nicht nur ich den Eindruck, dass Sie hier so manches Thema beackern müssen, das Sie persönlich sicherlich nicht so anfassen würden.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an ihrem Antrag fest.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie lange noch?)

Wir werden den Antrag des SSW, der den **Stopp des Transrapid**s zum Inhalt hat und fordert, dass die frei werdenden Mittel in die Finanzierung von Bundesverkehrswegemaßnahmen eingebaut werden, mit übernehmen. Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir überhaupt nicht gegen die Technik sind. Aber es geht jetzt vorrangig darum - nachdem es im Bundesverkehrswegeplan keine finanziellen Mittel mehr gibt; zu der Verschuldung brauche ich gar nichts mehr zu sagen -, dass wir die Finanzierung der hochprioritären Infrastrukturmaßnahmen für Schleswig-Holstein auf jeden Fall absichern.

Wir haben in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Politik in vielen Bereichen - ob es der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist, besonders auch der Jugendarbeitslosigkeit, oder anderes - geschaffen und wir haben auch die Rahmenbedingungen für zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahmen geschaffen. Ich bin sicher, dass die Menschen in Schleswig-Holstein diese Lei-

stung am 27. Februar nächsten Jahres honorieren werden, Herr Kubicki,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da bin ich auch ganz sicher! Deshalb wollen die auch einen Wechsel!)

und wir unsere erfolgreiche Politik fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Landtagssitzung am 17. November haben wir ja bereits ausführlich darüber diskutiert, dass wir es hier im Lande mit einer Verkehrsverhinderungspolitik der rot-grünen Landesregierung in der 14. Legislaturperiode zu tun hatten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das verkehrspolitische Versagen dieser Regierung haben wir unterstrichen und über das **Investitionsprogramm** 1999 bis 2002, das für Schleswig-Holstein im Grunde ein Nichtinvestitionsprogramm bedeutet, haben wir ausführlich gesprochen. Ich will mich deswegen heute nur auf wenige Punkte beschränken, die sich auf den Beschluss des Wirtschaftsausschusses beziehen.

Herr Schröder, ich würde Ihnen in Ihrem Optimismus ja so gern folgen, dass hier gebaut werden werde; aber zu dem Investitionsprogramm 1999 bis 2002 müssen wir leider feststellen, dass sich seit dem 17. November eben nichts geändert hat. Der **Bundeshaushalt 2000** ist verabschiedet worden, ohne dass sich in diesem Programm jedenfalls auch nur ein Komma geändert hätte, und der verkehrspolitische Stillstand ist für Schleswig-Holstein mindestens bis zum Jahre 2003 festgeschrieben. Da können Frau Simonis und Herr Bülck noch so viel über Planungsarbeiten reden oder vielleicht auch Planungsmittel einstellen; bis zum Jahre 2003 herrscht Stillstand im **Bundesfernstraßenbau**, aber auch im Ausbau des **Schienenverkehrs**. Das hat uns Herr Schröder eben gerade bestätigt.

Wenn ich dann diesen hektischen Aktionismus zur **Fehmarnbelt-Querung** sehe - es ändert sich daran überhaupt nichts. Die Beratung im Kabinett war wirklich eine Phantomberatung. Dass die Grünen dabei ganz offenbar aus Gründen der Kabinettsraison abgestimmt haben und innerlich ganz anderer Meinung sind, macht nicht zuletzt der „Ostholsteiner Anzeiger“ deutlich, in dem Frau Obirey klar sagt „Begräbnis zweiter Klasse“ oder auf Intervention von Herrn Sager

(Bernd Schröder)

auch bestätigt, dass die Grünen diese Fehmarnbelt-Querung mitnichten wollen.

Schließlich kommt hinzu: Haben Sie eigentlich einmal mit den **Dänen** gesprochen, die inzwischen ja darüber nachdenken - Sie sagen „ja“, Herr Minister -, dass man die Schienenquerung nicht mehr einbeziehen sollte, weil sich das für die Dänen nicht lohnt?

(Lothar Hay [SPD]: Nicht „die Dänen“! Das ist der Vorsitzende des Verbandes der Transportunternehmen! Das ist ein Unterschied!)

- Der Vorsitzende des Verbandes der Transportunternehmen ist natürlich ein Däne,

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Lothar Hay [SPD]: Aber nicht „die Dänen“ - Mehrzahl!)

er ist zusätzlich Vorsitzender des Verkehrsrates, lieber Herr Hay, wie ich hinzufügen möchte, falls Sie das nicht wissen sollten. Das ist keine wirtschaftsabhängige, sondern eine staatliche Organisation. Da dürfen Sie nicht mit Halbwahrheiten operieren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Übrigen hat das dänische Kabinett gesagt: In den nächsten fünf Jahren passiert gar nichts! Das heißt doch, dass die Dänen das Projekt zunächst noch einmal auf den Prüfstand stellen wollen und insbesondere mit unseren Finanzierungsvorstellungen nicht konform gehen.

Aber unabhängig von der Fehmarnbelt-Querung, die für Sie eine Eilentscheidung war, macht der Wirtschaftsausschuss mit seinem Beschlussvorschlag deutlich, dass die Roten und die Grünen von der Zeit überholt sind. Denn danach soll der Landtag begrüßen, dass sich die Landesregierung weiterhin für einen höheren Anteil für Schleswig-Holstein mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Schiene und Straße im Investitionsprogramm 1999 bis 2002 einsetzt. Da kann ich nur sagen: Zu spät, meine Damen und Herren! Das Programm ist längst abgelaufen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dazu wollen Sie heute einen Beschluss fassen, nachdem Berlin schon alles festgezurr und beschlossen hat?

Der Minister weist jetzt darauf hin, dass er inzwischen an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses und zuvor an die Verbände geschrieben habe, dass Herr Klimmt zustimmen würde. Natürlich hat Herr Klimmt gesagt: Die **A 20** kommt bestimmt! Aber wann sie kommt, hat Herr Klimmt an keiner Stelle gesagt, Herr Minister! Und dann hat er erklärt, dass das ein Schildbürgerstreich sei, wenn sie nicht vollendet würde.

Dazu kann ich nur sagen: Ich habe von dieser rot-grünen Landesregierung schon so viele Schildbürgerstreiche erlebt, dass ich mich über diesen auch nicht mehr wundern würde.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie uns nun gestern das Schreiben an die Unternehmensverbände zur Verfügung gestellt haben, so wird das dann ja noch unverbindlicher. In diesem Schreiben zitieren Sie nämlich Herrn Klimmt mit dem Satz, dass er davon ausgehe, dass die A 20 komme. - „Davon ausgehen“ heißt für mich jedenfalls im Klartext: Er weiß nicht, ob sie kommt, und selbst dann, wenn sie kommt, weiß er nicht, ob der Bau bis Glückstadt weitergehen soll und ob die A 20 ab 2003 in den **Bundesverkehrswegeplan** aufgenommen wird.

Allein mit der Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan ist es ja nun aber auch nicht getan. Herr Klimmt spricht von einer „hohen Priorität“. Was heißt denn überhaupt „hohe Priorität“, Herr Minister? Ist das die Aufnahme in die erste Stufe, in die höchste Priorität, oder welche Art von Priorität meint Herr Klimmt?

Aber vermutlich wird Herr Klimmt im Landtagswahlkampf noch häufiger nach Schleswig-Holstein kommen, dort etliche 500 m Radweg einweihen, mit dem Bau der A 20 aber werden wir in keinem Falle weiterkommen. Das wird ja in der Äußerung von Herrn Klimmt deutlich, der da sagt: Die A 20 braucht selbstverständlich eine Fortsetzung, so wie wir auch die Elbquerung „gern sehen würden“. Ich frage Sie, Herr Minister: Was ist das eigentlich für eine Zusage, in die Sie Ihr Vertrauen setzen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, auf Ihren Wunsch findet heute die zweite Debatte über dieses Thema statt, sodass auch das ein Thema ist, das wir monatlich behandeln. Ich habe deswegen ein kleines Weihnachtsgedicht dazu geschrieben.

(Unruhe bei der CDU)

„Alle Jahre wieder
kommt das Jesuskind
auf die Erde nieder,
wo die Menschen sind.“

(Martin Kayenburg)

Alle Monat' wieder
kommt die Autobahn
auf den Landtag nieder
wie ein großer Wahn.“

(Unruhe)

Weil ich Ihnen bereits in der letzten Landtagssitzung meine Vision eines zukünftigen Verkehrssystems ausführlich vorgestellt habe, schlage ich vor, dass Sie das selbst einmal nachlesen.

(Unruhe)

Ich habe dafür im Internet nachgesehen, um einige Zitate zu diesem Thema zu finden.

(Anhaltende Unruhe)

- Ich freue mich, dass Sie sich so freuen, Frau Schmitz-Hübsch!

Ich beginne mit Volker Pispers, Kabarettist und Zeitgenosse:

„Jeder weiß, wie viel Glück, Geschick und Durchsetzungsvermögen dazu gehören, einen Heiligabend oder gar einen Ostermontag zu überstehen. Vollgestopft bis oben hin mit Schokoladeneiern, Lammbraten und Medikamenten gegen Verstopfung und Völlegefühl steckt man, entnervt vom Besuch bei den völlig verblödeten Verwandten, gemeinsam mit dem mürrischen Lebenspartner und den auf der Rückbank streitenden Nachkommen in einem 65-Kilometer-Stau auf der Autobahn und fragt sich, wieso man nicht Amok läuft.“

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Zur Sache! - Unruhe bei der CDU)

Dazu der Kommentar von Henning Venske: „Autobahn - Deutschlands größte Psychiatrie.“

(Zurufe von der CDU: Und nun? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie das jetzt in Richtung Wirtschaftsminister? - Unruhe)

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet das Thema der deutsche Schriftsteller Sigmund Graff, der von 1898 bis 1979 gelebt hat:

„Die erotische Bedeutsamkeit des Automobils wird offenbar, wenn man darauf achtet, wie viele große und elegante Wagen von hässlichen Leuten gefahren werden.“

(Unruhe bei der CDU)

Nun eine Pressemeldung aus Australien vom 18. April 1997:

„Ein Gericht im australischen Perth hat einen Autofahrer verwarnt, weil er erntefrische Knoblauchzehen als Waffe gegen einen Polizisten eingesetzt hatte. Das stieß nach Angaben der australischen Presseagentur AAP auf schärfste Kritik der Gemüsegroßhändler. Jeff Pearce hatte zugegeben, dass auf seinem Armaturenbrett stets eine Knoblauchzehe lag.“

(Zurufe von der CDU: Herr Hentschel, zum Thema! Unglaublich! - Glocke der Präsidentin)

„Als Polizist Darren Horn ihn vor einigen Wochen anhielt, weil der Auspuff seines Wagens qualmte, kaute er blitzschnell“ - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter! Ich möchte Sie noch einmal auf das Thema hinweisen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, das Thema ist der Bundesverkehrswegeplan

(Frauke Tengler [CDU]: Dann sollten Sie auch dazu reden!)

und ich rede zum Thema Auto.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

„Als Polizist Darren Horn ihn vor einigen Wochen anhielt, weil der Auspuff seines Wagens qualmte, kaute er blitzschnell auf der Knoblauchzehe und blies Horn eine volle Ladung ins Gesicht.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir geben uns der Lächerlichkeit preis! - Zurufe von der CDU)

- Nun ein Zitat aus der Internet-Homepage „Moderne Mutproben“:

(Zurufe von der CDU)

„Beweise deinen Mut und fordere auf dem Parteitag der Grünen: 'Mein Auto fährt auch ohne Wald'.“

(Frauke Tengler [CDU]: Und jetzt? - Martin Kayenburg [CDU]: Sie stehen im selbigen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist keine Bütt! - Thorsten Geißler [CDU]: Wir sind

(Karl-Martin Hentschel)

hier nicht auf der Weihnachtsfeier der Grünen! - Anhaltende Unruhe)

Das folgende Zitat ist weniger ernst, aber ernst gemeint.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie wirklich bitten, zum Thema zu reden.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe noch zwei Zitate; dann mache ich Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Aber nur, wenn sie zum Thema sind. Sonst müssen Sie bitte vorher Schluss machen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Bei dem Zitat geht es wieder um das Thema Automobil:

„Deutsche Männer sind die einzigen auf der Welt, die über ein Dutzend nackte Frauen hinwegsteigen würden, um einen Mercedes zu streicheln.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie machen sich zum Verkehrskasper! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, nach diesem Zitat Ihren Vorspann abzuschließen und wirklich zur Sache zu reden, zum Investitionsprogramm und zur A 20.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss.

„Jedem kann es mal passieren, dass er Unsinn redet.“

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Ihnen passiert das leider immer, Herr Hentschel!)

„Schlimm wird es erst, wenn er es feierlich tut.“

Das sagte der Franzose Michel de Montaigne im 15. Jahrhundert. Ich vermute, er hat mich gemeint.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Anhaltende Unruhe)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der vorliegenden Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses sind wir jetzt auf dem besten Weg, uns vollends lächerlich zu machen. Ich sage ausdrücklich „wir“, denn uns allen wird zugemutet, ernsthaft über dieses Papier zu debattieren. Jedenfalls habe ich das bis eben geglaubt. Nach dem Beitrag unseres Kollegen Hentschel bin ich nicht mehr davon überzeugt.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag soll feststellen, dass die **Fortführung der A 20** für das Bundesverkehrsministerium weiterhin von hoher **Priorität** ist. Sehr eindrucksvoll! Ganz offensichtlich trauen die Mehrheitsfraktionen den markigen Worten Ihres Bundesverkehrsministers selbst nicht. Dabei haben SPD und Grüne durchaus Recht, wenn sie Herrn Klimmt kein Vertrauen schenken. Erst lässt er die Ministerpräsidentin bei ihrem Bittbesuch in Berlin abblitzen und macht ihr unmissverständlich klar, dass es in den kommenden Jahren keine müde Mark für den Weiterbau der A 20 geben wird, um nur wenige Wochen später anlässlich des ersten Spatenstiches zum Bau der neuen B 76 zu betonen, was für eine wichtige Sache die A 20 sei. Die Sprüche sind gratis.

Vor allem frage ich mich aber: Warum soll der Landtag feststellen, dass der Weiterbau der A 20 für Herrn Klimmt wichtig ist? Es wäre mir viel lieber, wir würden unmissverständlich feststellen, dass der Weiterbau der A 20 für die Landesregierung sowie für beide Regierungsfractionen weiterhin von hoher Priorität ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Jetzt muss ich einmal auf den Beitrag des Kollegen Hentschel kommen. Schon im Ausschuss hatte ich den Eindruck, dass für ihn diese hohe Priorität nicht mehr gegeben ist. Nach dem, was er eben hier gesagt hat, gehe ich davon aus, dass er dieser Autobahn überhaupt keine Priorität mehr einräumt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schon fast Gotteslästerung!)

(Karl-Martin Hentschel)

- Herr Hentschel ist inzwischen hinausgegangen. Schade, dass er das nicht gehört hat. Sie können es ihm ja erzählen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist so daneben, dass sich das nicht lohnt! Denn er setzt sich ernsthaft mit dem Thema auseinander!)

Die Beschlussvorlage enthält natürlich auch wieder das Märchen von der Stärkung der Schiene, Frau Kollegin! Ich frage Sie ernsthaft: Für wie dumm halten Sie die Menschen eigentlich? Ich sage es noch einmal, damit auch Sie es verstehen: Tatsächlich fließt nicht eine einzige Mark mehr in die **Schienenwege**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht eine Mark mehr! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Schleswig-Holstein nicht! Aber bundesweit schon! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nichts! Das haben Sie nur nicht begriffen!)

Der Schienenanteil an den Gesamtinvestitionen wird lediglich rein rechnerisch durch massive Kürzungen im **Straßenbau** erhöht, Frau Fröhlich! Mit rund 5 Milliarden DM trägt die Straße im Planungszeitraum die Hauptlast der Kürzungen und die Hauptlast der vorhandenen Haushaltsrisiken.

Jetzt wird es richtig schön: Wir sollen beschließen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, die Mittel für den Bau der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin zur Aufstockung der Finanzierung von Bundesverkehrswegemaßnahmen einzusetzen.

Ich frage einmal ganz einfach: Ist im Einzelplan des Bundesverkehrsministeriums ein entsprechender Vermerk zur einseitigen Deckungsfähigkeit zugunsten der Mittel für den Bundesverkehrswegeplan ausgebracht? -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Nein, natürlich nicht. - Ist im Forschungsetat ein entsprechender Vermerk zur einseitigen Deckungsfähigkeit zugunsten der Mittel für den Bundesverkehrswegeplan ausgebracht? -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Nein, natürlich nicht. - Oder stellt sich Rot-Grün in Kiel vor, das Bundeskabinett möge einen Nachtragshaushalt beschließen, um diesen absolut abstrusen Vorschlag aus Kiel umzusetzen? -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Vermutlich auch nicht!

Das macht aber auch gar nichts, denn ernst gemeint ist dieser Vorschlag wahrscheinlich sowieso nicht, und

falls doch, wird er jedenfalls von niemandem ernst genommen werden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Was heute von der Mehrheit der Regierungsfractionen beschlossen werden soll, ist nichts weiter als ein Beitrag zur Karnevalssaison. Dass die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur in unserem Land auf diese Art und Weise lächerlich gemacht wird, könnte man als Frechheit bezeichnen. In jedem Fall ist es naiv und zeugt von wenig Sachverstand, einfach Mittel kreuz und quer durch Einzeletats des Bundeshaushaltes hin- und herschieben zu wollen.

Unter der Überschrift „Investitionsprogramm“ soll gleichzeitig noch dem Transrapid das Aus beschert werden, eine Forderung, mit der die schleswig-holsteinische Landesregierung ohnehin schon ziemlich allein steht.

(Lachen des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Natürlich lehnt die F.D.P.-Fraktion die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich empfehle Ihnen dringend, nicht auch noch diesem Unsinn zuzustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme diesen Tagesordnungspunkt durchaus ernst. Ich tue das, obwohl wir schon mehrfach darüber diskutiert haben und obwohl es sehr schwierig ist, heute noch neue Argumente zu bringen.

Der zügige **Ausbau der A 20** und der Ausbau der **westlichen Elbquerung** sind verkehrspolitische Maßnahmen - ich weiß, ich wiederhole mich -, die nicht nur für Schleswig-Holstein insgesamt, sondern aus der Sicht des SSW gerade auch für den Landesteil Schleswig große infrastrukturelle Bedeutung haben. Deshalb ist eine schnelle Verwirklichung der westlichen Elbquerung als Straßen- und Schienenanbindung bei Glückstadt mit Anbindung an die Westküste weiterhin eine Kernforderung des SSW.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Auch das ist schon so oft gesagt worden, dass es sich fast gebetsmühlenartig anhört.

Der SSW kann dem vorliegenden Antrag, der im Wirtschaftsausschuss mit der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen wurde, dennoch zustimmen, da er unseren Änderungsantrag - ich möchte hinzufügen, auch der war ernst gemeint - aus der November-Sitzung des Landtags berücksichtigt.

Der SSW hat aus der ganzen Diskussion um den Bau der A 20 und der westlichen Elbquerung die Schlussfolgerung gezogen, dass das Hauptproblem bei der Umsetzung dieser Projekte nicht der politische Wille bei den zuständigen Ministern in Berlin oder Kiel ist, sondern ganz einfach das fehlende **Geld** in der Bundeskasse. Aus der Sicht des SSW gibt es deshalb eine ganz einfache Lösung des Problems, die wir auch in unserem Änderungsantrag angeboten haben: Die Bundesregierung muss sofort die Planung für den Transrapid zwischen Hamburg und Berlin stoppen. Und die für dieses Projekt bereits eingeplanten 6 Milliarden DM müssen genutzt werden, um einen vollfinanzierten Bundesverkehrswegeplan vorzulegen, in den der Bau der A 20 und der Bau der westlichen Elbquerung als vordringlicher Bedarf aufgenommen worden. Das war auch der Inhalt unseres Änderungsantrages.

Wenn jetzt in dem Antrag steht, dass die Gelder „zur Aufstockung der Finanzierung von Bundesverkehrswegemaßnahmen eingesetzt werden sollen“, so kann der SSW dem natürlich auch zustimmen. Denn durch die freigesetzten Gelder könnten natürlich auch andere wichtige Verkehrsprojekte, beispielsweise im Schienenbau, unterstützt werden. Wir interpretieren diese Formulierung aber so, dass die Gelder zuallererst für den Bau der A 20 und der westlichen Elbquerung benutzt werden.

Ich möchte noch einmal auf das verweisen, was der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses gesagt hat, nämlich dass die Bundesregierung und der Bundesverkehrsminister zu diesem Projekt stehen. Dabei wurde auf ein Interview in den „Kieler Nachrichten“ und auch auf eine Aussage in einem Brief an das Ministerium verwiesen. Ich denke, mehr können wir in dieser Situation nicht verlangen. Wir müssen - wir tun es jedenfalls - dem Glauben schenken.

Ich sagte in der ersten Rede in der November-Tagung zu diesem Tagesordnungspunkt bereits, dass die Anträge von CDU und F.D.P. in der Sache zwar klarer sind als der gemeinsame Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass aber dieser Antrag nichts darüber aussagt, woher das Geld genom-

men werden soll. Und gerade das haben wir in unserem Änderungsantrag deutlich gemacht.

Auch wenn durch die verbesserten Informations- und Kommunikationstechnologien viele zukunftsorientierte und moderne Unternehmen nicht nur auf die traditionellen Verkehrsnetze angewiesen sind, so bleibt doch der Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** entscheidend dafür, eine umweltgerechte **Mobilität für Personen und Güter** zu sichern.

Vor allem deshalb hat sich der SSW von Anfang an für den Ausbau der A 20 und der westlichen Elbquerung stark gemacht. Wir versprechen uns davon positive Entwicklungschancen auch für die Westküste Schleswig-Holsteins. Ich denke, das ist immer noch das, was im Mittelpunkt der Diskussion zu stehen hat. Diese Infrastrukturmaßnahmen müssen umgesetzt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute - wie schon vor knapp einem Monat - erneut mit dem Thema Investitionsprogramm und A 20. Ich möchte Ihnen deshalb heute auch nicht noch einmal alle Details vortragen, denn letztendlich ist außer in der Landtagstagung auch in zwei Sitzungen des Wirtschaftsausschusses ausführlich berichtet und debattiert worden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der von der alten Bundesregierung aufgestellte und derzeit noch geltende **Bundesverkehrswegeplan** als Grundlage für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen des Bundes ist mit rund 85 Milliarden DM unterfinanziert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der nächste von Ihnen aufgestellte wird wieder voll finanziert sein!)

- Moment, Herr Kubicki, ich komme ja gleich zu Ihnen.

Die neue Bundesregierung erarbeitet zurzeit einen Bundesverkehrswegeplan auf einer realistischen finanziellen Basis

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit 100-prozentiger Finanzierung!)

(Anke Spoorendonk)

und unter Einschluss neuer Bewertungskriterien. Als Übergangslösung bis zur Fertigstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes hat die neue Bundesregierung deshalb das **Investitionsprogramm** erstellt. Es enthält im wesentlichen die Maßnahmen, die Baureife erlangt haben und für die im Geltungszeitraum 1999 bis 2002 Mittel bereitgestellt werden.

Folgende Punkte möchte ich einmal kurz in Erinnerung rufen. Im Bereich der Schiene ist als schleswig-holsteinische Maßnahme die Ausbaustrecke Pinneberg - Elmshorn mit einem Teilbetrag von 5 Millionen DM in dem Programm enthalten. Die Planungen hierzu werden intensiv von der DB AG betrieben. Der Bund hat in Aussicht gestellt, die Gesamtfinanzierung in Höhe von rund 45 Millionen DM für den Umbau des Bahnhofs Elmshorn im Zeitraum des Investitionsprogramms aus nicht verausgabten Mitteln anderer Vorhaben zu ermöglichen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja eben!)

Im **Straßenbau** sind alle im Bau befindlichen Projekte in Schleswig-Holstein im Investitionsprogramm enthalten und können damit zeitgerecht zum Abschluss gebracht werden.

Herr Kayenburg, es gibt eben keinen Stillstand. Kommen Sie mit mir zur A 20, kommen Sie mit mir zur B 76, kommen Sie mit mir zur B 205, da können Sie sich Ihren virtuellen Beton von den Schuhen abkratzen und in Anbetracht Ihrer Stillstandsdiskussion den Kopf in den Sand stecken.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Neues machen Sie nicht mehr!)

Als Neubeginn ist auch die Ortsumgehung Preetz aufgenommen worden. Am vergangenen Montag haben wir den ersten Spatenstich gemacht, und zwar nicht einen Spatenstich in der Form der alten Bundesregierung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Baggeraushub war das!)

- Herr Kubicki -, sondern bis zum Jahr 2004 mit 64 Millionen DM voll durchfinanziert.

(Beifall bei der SPD)

Und da werde ich dann auch die Einweihung machen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Bei dieser Veranstaltung hat der Bundesverkehrsminister noch einmal sichergestellt, dass die **A 20** in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. Und Sie haben das schon zitiert. Allerdings haben Sie auch etwas verkürzt. Er hat gesagt - ich zitiere wört-

lich aus den „Kieler Nachrichten“ und den „Lübecker Nachrichten“ vom 9. und 14. Dezember 1999 -:

„Die Finanzierung der A 20 bis Lübeck ist gesichert. Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn man die Planung an der A 1 beenden würde.“

Jetzt kommt noch ein weiteres Zitat:

„Bei der hohen Priorität, die dieses Projekt für uns hat, ist klar, es wird schnell eine Weiterführung der A 20 geben, um die Nordumfahrung Hamburgs vollenden zu können.“

Ich denke, diese Äußerungen sprechen für sich. Ich sehe mich darin bestätigt, dass die Straßenbauverwaltung die Planung für den weiteren Verlauf der A 20 - einschließlich der westlichen Elbquerung - intensiv weiterführen kann. Die Planungskosten - um es hier noch einmal zu sagen - trägt übrigens das Land und sie sind als Ansatz im Haushalt enthalten.

Meine Damen und Herren von der CDU, es tut mir wirklich leid, dass Ihnen nun ein weiteres Wahlkampfthema entwindet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist nicht, keineswegs!)

Die alte Bundesregierung hat einen Bundesverkehrswegeplan aufgestellt, der mit 85 Milliarden DM unterfinanziert war. Und dann hat sie Turm- und Badstraße, Park- und Schlossallee gebaut, mit Monopolygeld bezahlt und das Monopolybrett klappt jetzt zu.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir haben die Beschlussempfehlung vorliegen. Es gibt einen Änderungsantrag der CDU, Drucksache 14/2482. Darüber haben wir zuerst abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. abgelehnt worden.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag der F.D.P., Drucksache 14/2529. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den

(Minister Horst Günter Bülck)

Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Frau Dr. Winking-Nikolay auch abgelehnt. - Ich höre keinen Protest, dann haben wir so abgestimmt.

Drittens: Wir haben einen Änderungsantrag des SSW, Drucksache 14/2529; ich denke, inhaltlich ist das als Absatz 2 in den vom Ausschuss angenommenen Ursprungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen worden, sodass er als erledigt gilt und darüber nicht mehr abgestimmt werden muss.

Dann kommen wir zur Schlussabstimmung über die Ausschussempfehlung in der vorliegenden Form. Wer dieser Ausschussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay angenommen worden.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 16 und 40:

Gemeinsame Beratung**a) Auswirkungen einer Unternehmenssteuerreform auf das Handwerk in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2579

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/22619

b) Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2518

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2538

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/2575

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Eichelberg, das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Der Wirtschaftsausschuss hat sich am 9. Dezember 1999 sehr eingehend mit den Anträgen befasst. Es hat eine alternative Abstimmung gegeben. Mit Mehrheit sprach der Wirtschaftsausschuss an den Landtag die Empfehlung aus, den Antrag der Fraktionen von

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2518, anzunehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht.

Wir zur Begründung des Antrages der Fraktionen von CDU und F.D.P. das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige gemeinsame Antrag von F.D.P. und CDU ist das Ergebnis der Debatte in der letzten Landtagstagung. Der vollmundige Antrag von Rot-Grün zur Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein und die kernige Rede des Kollegen Benker forderten uns geradezu dazu heraus, Ihnen eine Bestätigung Ihrer Versprechungen abzuverlangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei gehen wir nicht einmal so weit wie Sie selbst in Ihrem Antrag. Sie haben gefordert, dass kleine Personengesellschaften steuerlich effektiv, deutlich und überproportional entlastet werden. Wir verlangen Ihnen heute nur das Bekenntnis ab, im Bundesrat dafür einzutreten, **Personengesellschaften** steuerlich zumindest nicht schlechter zu stellen als **Kapitalgesellschaften**, womöglich sogar besser.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Das wird nicht leicht sein, das wird keine leichte Aufgabe sein. Nach allem, was man nämlich so hört, sind gerade die kleinen Betriebe die Gelackmeierten bei der geplanten **Unternehmenssteuerreform**. Bei Anwendung des neuen Körperschaftsteuertarifs von 25 % führt diese Option erst für Betriebe mit einem Gewinn ab etwa 150.000 DM zu einer Entlastung. Aber in diese Gruppe mit unter 150.000 DM Gewinn fallen die meisten Handwerksbetriebe.

Auch die Idee, bei den Personengesellschaften die Gewerbesteuerschuld auf die Einkommensteuer anzurechnen, wird nicht weiterführen. Die ganz Kleinen kommen gar nicht erst in den Genuss dieser Verrechnung, weil die Gewerbeertragsteuer erst ab einem Gewerbeertrag von 48.000 DM greift; sie bezahlen also weiterhin ihre Einkommensteuer entsprechend der persönlichen Progression. Bei den Übrigen wird die Verrechnung so kompliziert und eher zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für Finanzbeamte. Eine

(Präsident Heinz-Werner Arens)

alte Forderung: Vereinfachung des Steuersystems! - Fehlanzeige!

Außerdem wehren sich die Gemeinden und Städte vehement gegen diese Absicht. Sie befürchten, dass die Anrechnung auf die Einkommensteuer der erste Schritt zur Abschaffung der Gewerbesteuer ist. Die kommunalen Verbände werden erheblichen Widerstand gegen solche Verrechnung leisten.

Angesichts dieser Fakten und Widrigkeiten wird dem Bundesfinanzminister wohl nur übrig bleiben, auch bei der Einkommensteuer die Steuertarife deutlich zu senken, wenn er wirklich etwas für die kleinen und mittleren Betriebe tun will. Denn die übrigen mittelstandsfeindlichen Maßnahmen sind ja noch nicht vom Tisch: Die Verlängerung der Abschreibungsfristen wirkt sich investitionshemmend aus, die Abschaffung des halben Einkommensteuersatzes bei der Betriebsübergabe und die geplante Erbschaftsteuererhöhung für Immobilien bedeuten ein schlichtes Abzocken angesichts der bevorstehenden großen Zahl von Betriebsübergaben in den nächsten zehn Jahren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf Bundesebene wird also der Betriebsübergang durch Rot-Grün erheblich verteuert. Gleichzeitig geht in Schleswig-Holstein der Wirtschaftsminister mit segnender Hand durchs Land und beglückt die Handwerkskammern mit zusätzlichen 250.000 DM, mit denen Berater für die Betriebsübergabe finanziert werden sollen. Leider hat er den Beschenkten nicht erzählt, dass diese Mittel vorher bei einer Selbsthilfeorganisation des Mittelstandes abgezogen wurden, nämlich beim Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft. Das ist ganz schön dreist.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Hört, hört! -
Günter Neugebauer [SPD]: Dazu haben Sie
letztes Jahr noch die Streichung beantragt!)

Mit Mittelstandsförderung hat dieses Verfahren, Herr Neugebauer, überhaupt nichts mehr zu tun, sondern nur noch mit Wahlkampf.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup
[SPD]: Sie wollten das doch ganz streichen!)

Auf der einen Seite wird dem Mittelstand Geld weggenommen, auf der andern Seite bekommt das Handwerk die Mittel zugeführt. Ist das Handwerk die neue Braut von Rot-Grün? Was denkt man dort über diese Muss-Ehe?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Günter Neugebauer [SPD]: Gern, Herr Präsident!)

- Herr Abgeordneter Neugebauer, Zwischenrufe sind jederzeit möglich, aber Sie sollten sich auf die Sache beziehen und nicht quer über die Bänke erfolgen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich habe der Kollegin nur widersprochen!)

- Bitte, widersprechen Sie mir nicht.

(Heiterkeit)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Neugebauer, Sie haben gleich das Wort; dann können Sie mir ganz viel widersprechen mit allem, was Sie in fünf Minuten Redezeit hineinbekommen.

Meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, wenn Sie wirklich etwas tun wollen, um dem Handwerk zu helfen, sollten Sie sich einmal um die schlechte **Zahlungsmoral der Auftraggeber** des Handwerks kümmern. Es sind nicht nur die Privaten, die die Handwerksbetriebe auf ihr Geld warten lassen, sondern es ist besonders die öffentliche Hand,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die mit Zahlungsverzögerungen bis zu einem halben Jahr Mitschuld an den Insolvenzen im Handwerk trägt. Hier muss Abhilfe geschaffen werden: zum einen durch die Anhebung der Verzugszinsen, die zurzeit nur bei 4 % liegen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das soll ja kommen!)

zum anderen aber auch durch das Einräumen der Möglichkeit für die Betriebe, bis zu 90 % ihrer Forderungen als Abschlagsleistung eintreiben zu können.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag von F.D.P. und CDU. Die ursprünglichen Jubelanträge lehnen wir ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, jetzt erteile ich Ihnen offiziell das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Meine Damen und Herren! Eines muss man ja der vereinigten, aber doch mehr oder weniger zerstritten

(Brita Schmitz-Hübsch)

auf tretenden Opposition bescheinigen: Sie haben ja Mut, meine Damen und Herren; nicht nur, dass Sie uns heute als Tischvorlage einen Änderungsantrag zu Ihrem eigenen Antrag vorlegen - darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen -,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das passiert euch sogar im Gesetzgebungsverfahren!)

sondern Sie erlauben sich, hier heute eine Initiative für eine Reform des Unternehmenssteuerrechts vorzuschlagen, nachdem Sie 16 Jahre lang in Bonn während Ihrer Regierungszeit absolut untätig gewesen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während Sie auf steuerliche Vergesslichkeit setzen - anders ist das ja nicht zu erklären, Kollege Kubicki! -, setzen wir auf steuerliche Gerechtigkeit. Darin unterscheiden wir uns.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, Sie haben mir nur fünf Minuten zur Verfügung gestellt!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja oder nein?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein!

(Heiterkeit)

Ich wollte ausführen, Herr Präsident, dass der Opposition vorzuhalten ist, dass sie jetzt kurz vor der Landtagswahl das Handwerk entdeckt. Aber ich habe den Eindruck, Sie werden mit dieser Initiative beim Wähler genauso abblitzen wie der Jüngling bei der angeblich Geliebten.

(Ursula Kähler [SPD]: Davon verstehst du doch gar nichts! - Heiterkeit)

Ich will in Erinnerung rufen, dass es diese **Bundesregierung** gewesen ist, die ein **Steuerentlastungskonzept** 1999/2002 vorgelegt hat, das in der Geschichte der Republik seinesgleichen sucht und allein den Mittelstand um 14,5 Milliarden DM entlastet hat, davon allein um 5,5 Milliarden DM in diesem Jahr.

Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung aus Sozialdemokraten und Grünen, als eine weitere Maßnahme und Ergänzung zur Steuerreform nun zum 1. Januar 2001 eine Unternehmenssteuerreform auf den Weg zu bringen.

Wir sind davon überzeugt, sie wird das Handwerk und den Mittelstand entlasten, sie wird Wachstum und Beschäftigung fördern und sie wird geeignet sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Natürlich ist es sinnvoll, den Steuersatz für thesaurierte Gewinne von 40 % auf 25 % zu senken. Aufgrund der Missbräuche in der Vergangenheit ist es vernünftig, das seit 1977 geltende Vollenrechnungsprinzip bei der Körperschaftsteuer abzuschaffen.

Nun wissen wir gerade in Schleswig-Holstein, dass 90 % aller Unternehmen als Personengesellschaften und als Einzelunternehmen wie zum Beispiel Handwerksbetriebe geführt werden. Deswegen müssten nach unserer Überzeugung natürlich auch diese Unternehmen von den Vorteilen der Unternehmenssteuerreform in besonderer Weise profitieren.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Dr. Gabriele Kötschau [SPD] sowie bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den letzten Tagen wie auch heute wieder erleben können, in welchem chaotischen Zustand sich die vereinte - oder soll man sagen zerstrittene - Opposition befindet. Ihre Tischvorlage, liebe Kollegen von CDU und F.D.P., hat einen neuen Beweis für diesen Zustand geliefert. Der Ursprungsantrag, den Sie vor einigen Wochen wahrscheinlich aus der Hüfte geschossen vorgelegt haben, hatte ja tatsächlich zum Ziel, dass Handwerksbetriebe, auf die Sie sich beziehen, künftig mehr Steuern hätten zahlen müssen. Natürlich müssen wir das ablehnen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Günter Neugebauer [SPD]:

Nein, Herr Präsident. Ich verweise auf meine Begründung von eben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schade! Feigling!)

- Nun, Kollege Kubicki, Sie wollten wahrscheinlich sagen,

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

(Günter Neugebauer)

dass einer von Ihnen - wahrscheinlich Sie selbst - noch in letzter Minute auf den Gedanken gekommen ist, dass Ihr Antrag in die falsche Richtung geführt hat, und legen uns nun eine Tischvorlage vor. Aber auch dieser Antrag, Kollege Kubicki, entpuppt sich schon bei zügigem Hinsehen als ein weiterer voreiliger Schuss aus der Hüfte, denn wir unterscheiden uns darin, dass Sie die Handwerksbetriebe schlechter stellen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich wollte nur auf das Nationalparkgesetz hinweisen!)

Wir wollen natürlich diese Einzelunternehmer, Handwerksbetriebe, **kleine und mittlere Unternehmen** wegen der besonderen Risikobereitschaft und des besonderen persönlichen Einsatzes besser stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darauf verpflichten wir jetzt die Landesregierung!)

Nun hat Frau Schmitz-Hübsch schon zu Recht darauf hingewiesen, dass es verschiedene Modelle gibt, die der Bundesfinanzminister durchrechnet, wie man unserem Ziel näher kommen kann. Ich will nur als Stichworte nennen: Option von Personenunternehmen zur Körperschaftsteuer, ermäßigter Steuersatz für nicht entnommene Gewinne oder die Einkommensminderung durch Anrechnung der Gewerbesteuerbelastung. Wir sind gespannt, was uns Bundesfinanzminister Eichel in den nächsten Tagen vorlegen wird.

(Zurufe von der CDU: Wir auch! - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Eines ist richtig: Wir wollen eine Unternehmenssteuerreform, die vorrangig der besonderen Situation kleinerer und mittlerer Unternehmen in Deutschland gerecht wird. Das schafft selbstständige Existenzen sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Deswegen können wir Ihrem Antrag leider nicht zustimmen, sondern verweisen auf unseren Antrag, Drucksache 14/2518, dessen Annahme wir empfehlen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bemerkenswert, dass die Opposition nur zu einem einzigen der vier Punkte unseres Antrages eine Alternative formuliert hat. Heißt das, dass Sie bei den anderen drei Punkten zustimmen wollen?

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit Sie dazu Gelegenheit haben, beantrage ich Einzelabstimmung über die vier Punkte.

Zum Zweiten ist es bemerkenswert, dass die Oppositionsparteien mit ihrem Antrag versuchen, den Eindruck zu erwecken, als wollten sie das Handwerk steuerlich entlasten. Da frage ich mich ehrlich, warum Sie 16 Jahre lang immer genau das Gegenteil gemacht haben.

(Ingrid Franzen [SPD]: Wohl wahr!)

Sie haben 16 Jahre lang wie gelähmt zugeschaut, wie die Belastungen der kleinen Betriebe durch die Progression der Lohnsteuer Jahr für Jahr angewachsen sind. Sie haben dafür gesorgt, dass die kleinen Betriebe durch wachsende Sozialversicherungsbeiträge Jahr für Jahr zusätzlich belastet wurden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Sozialdemokraten auch!)

Sie haben dafür gesorgt, dass die Pflegeversicherung nicht über Steuern, sondern über Sozialversicherungsbeiträge finanziert wird und dadurch die **Belastung der kleinen Betriebe** noch einmal überproportional erhöht wurde. Insgesamt sind die Sozialversicherungsbeiträge in Ihrer Regierungszeit - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Sozialdemokraten auch! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment mal, Herr Abgeordneter Hentschel! Herr Kollege Kubicki, es besteht kein Anlass, den Blutkreislauf in Wallung zu bringen. Sie haben gleich das Wort.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Insgesamt sind die Sozialversicherungsbeiträge allein in Ihrer Regierungszeit fast um zehn Punkte, das sind 30 %, gestiegen.

Außerdem haben Sie dafür gesorgt, dass die kleinen Betriebe durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch einmal zusätzlich geschröpft wurden. Während Sie all das getan haben, haben Sie dafür gesorgt, dass die großen Kapitalgesellschaften ihr Geld immer besser im Ausland versteuern und dass sie ihren Anteil am Gewinn ständig drücken konnten.

(Günter Neugebauer)

Nun hat die neue Regierung die Wende eingeleitet. Diese neue Regierung hat zum ersten Mal seit über 30 Jahren die Lohnnebenkosten gesenkt!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch! - Martin Kayenburg [CDU]: Wo denn?)

Diese neue Regierung hat zum ersten Mal seit vielen Jahren die Einkommensteuer deutlich gesenkt! Und nun geht diese neue Regierung auch noch zielstrebig daran, die Unternehmenssteuer zu senken. Und da regen Sie sich auf. Natürlich ist es in dieser Situation für uns äußerst interessant, Herr Kubicki, und es wird von uns aufmerksam beobachtet, wie sich die Opposition im Landtag verhält. Bedeutet Ihr Vorschlag tatsächlich eine Entlastung der kleinen Betriebe? Sie haben ja mit Ihrem zweiten Antrag jetzt noch einmal nachgebessert. Aber in Wirklichkeit ist es nicht besser geworden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, davon verstehen Sie bedauerlicherweise auch nichts!)

Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Ihr zweiter Antrag läuft genauso wie Ihr erster darauf hinaus, dass es im Prinzip eine Gleichstellung von Personengesellschaften mit Kapitalgesellschaften gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben keine Ahnung! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Was heißt das? Das heißt, dass künftig alle einheitlich mit dem Körperschaftsteuersatz von 35 % belastet werden. Ist das gerecht? Nein! Nur für Selbstständige, die jährlich über 150.000 DM versteuern, ist das ein Vorteil. Für die Mehrzahl der kleinen Betriebe bedeutet das aber eine drastische Steuererhöhung. Im Bundesdurchschnitt, meine lieben Damen und Herren von der Opposition, verdienen 92 % aller **Personengesellschaften** - diese Information habe ich gestern aus Berlin bekommen - weniger als 150.000 DM im Jahr. Für sie alle bedeutet Ihr Modell zum Teil eine drastische Erhöhung der **Steuern**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, das ist doch schlichter Unsinn!)

- Sie sind gleich dran. - Aber es kommt noch schlimmer. Bundesweit verdienen 72 % der Selbstständigen, die als Personengesellschaften fungieren, weniger als 50.000 DM. Das sind fast alle Handwerker, von denen die F.D.P. so gern spricht, und das sind praktisch alle Bauern, von denen die CDU so gern spricht. Diese zahlen heute unter 6.000 DM Steuern im Jahr.

Nach Ihrem Modell, liebe Oppositionsleute, bedeutet das, dass diejenigen, die jetzt 6.000 DM Steuern im

Jahr zahlen, in Zukunft 17.500 DM Steuern bezahlen müssen. Das ist eine glatte Verdreifachung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unsinn! Sie verbreiten hier Lügen!)

- Hört, hört!

Noch einmal zusammengefasst: Die Opposition fordert in ihrem ersten Antrag, dass mehr als zwei Drittel aller Selbstständigen - darunter praktisch alle Landwirte und fast alle Handwerker - dreimal so viel Steuern zahlen sollen wie heute. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Antrag ist eine steuerpolitische Großtat. Nachdem ich meine Rede heute Morgen mit Sperrfrist vorzeitig veröffentlicht habe, haben Sie schnell nachgebessert, haben aber vergessen festzustellen, dass Ihr neuer Antrag nur sagt, dass es ein bisschen besser sein soll, aber dass es weiterhin die Ausgangsbasis für die Betrachtung sein soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Können Sie nicht einmal zuhören, Herr Kubicki? Ist das völlig unmöglich? Müssen Sie ununterbrochen plappern wie so ein geschwätziges Maul?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein bisschen Sachverstand wäre angemessen!)

Ich vermute, die Einzigen, die von diesem Antrag profitieren, sind Rechtsanwälte und Notare mit einem versteuerbaren Einkommen von über 150.000 DM. Klasse!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte, mir wegen der ganzen Quatscherei noch eine Minute zu geben.

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich vermute, dass die CDU so blöd war, dass sie diesen Antrag erst gar nicht durchgerechnet hat und einmal wieder prompt auf Kubickis Tricks reingefallen

(Karl-Martin Hentschel)

ist. Das kann ja im nächsten Jahr heiter werden, falls Sie gewinnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Kubicki das Wort. - Entschuldigung, gemeldet war es anders. Dann erteile ich der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hentschel, was Sie eben ausgeführt haben, hat für mich nur eine Bedeutung: Sie waren wohl nicht mehr in der Lage, Ihre Rede umzuschreiben, und Sie haben nicht begriffen, dass unser zweiter Antrag, den Sie offensichtlich gelesen haben, etwas ganz anderes sagt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber er hat ihn nicht verstanden!)

Sie haben ihn wohl nicht verstanden. Er unterscheidet sich in Punkt drei überhaupt nicht von Ihrem Antrag. Sie haben gesagt: „Steuerlich nicht schlechter gestellt“. Das bedeutet natürlich keineswegs, dass sie nicht auch besser gestellt werden können. Das ist doch klar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen sie besser stellen als heute!)

Sie müssen einmal überlegen, was in dem Antrag drinsteht. Wenn Sie das gesehen hätten und wenn Sie in der Lage gewesen wären - -

(Unruhe)

- Herr Kollege Hentschel, darf ich vielleicht ausreden?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf daran erinnern, dass ich Frau Aschmoneit-Lücke das Wort erteilt habe.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Wenn Sie in der Lage gewesen wären, Ihre Rede umzustellen, dann hätten Sie das auch begriffen.

Herr Neugebauer hat gesagt, es habe in 16 Jahren keine Steuerreform gegeben. Ich weise Sie darauf hin, dass die große Steuerreform deswegen gescheitert ist, weil Sie ihr nicht zugestimmt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Benker, im Übrigen hat es 1986 bis 1988 eine **Steuerreform** gegeben, die insgesamt 30 Milliarden DM Entlastung gebracht hat. Das haben Sie in der Zwischenzeit offensichtlich vollständig vergessen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zu Ihrem Antrag zum **Handwerk** habe ich bereits etwas gesagt. Sie haben das terminlich wunderbar hingekriegt. Vor Weihnachten erfolgt für die Handwerker die Bescherung. Wie in den schönsten Weihnachtsliedern wird Bestehendes gepriesen, Kommen des in den schönsten Farben gemalt. Hervorragende Fördermöglichkeiten, flexibler Berufsschulunterricht, die Steuerreform, die Regelung des Betriebsübergangs: Alles bestens.

Wie sieht die Realität jenseits dieser Märchenstunde aus? 630-Mark-Jobs, Scheinselbstständigkeit, lausige Investitionsquote des Landes, vermeintliche Ökosteuer, GMSH, die die Möglichkeiten von Handwerksbetrieben zusätzlich einschränkt, und die weitere Verzögerung von Verkehrsprojekten, all das habe ich in der letzten Plenardebatte zu diesem Thema bereits erwähnt. Philipp Holzmann ist geradezu prototypisch für die Politik der Rot-Grünen in Bund und Land. Die Großen stützt man, die Kleinen lässt man hängen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die unendliche Geschichte Steuerreform geht in die nächste Runde und sie lässt nichts Gutes erahnen. Der Bundesfinanzminister hat ebenfalls pünktlich zum Weihnachtsfest die frohe Botschaft unters Volk gebracht, dass die Eckwerte der Steuerreform stünden. Wenn das, was da vorgestellt wurde, auch nur ansatzweise umgesetzt wird, dann wird diese Reform nur einen einzigen Effekt auf dem Arbeitsmarkt erzeugen: Die Nachfrage nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Finanzämtern wird sprunghaft ansteigen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg!

(Martin Kayenburg [CDU]: Entschuldigung!)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Die zahlreichen Modellrechnungen des Bundesfinanzministeriums haben immer wieder das gleiche deprimierende Ergebnis erbracht. Die gewollte Spreizung des Steuersatzes mit den im internationalen Vergleich viel zu hohen Einkommensteuersätzen führt

(Karl-Martin Hentschel)

dazu, dass von einer Senkung der Unternehmenssteuer nur die großen und mittleren Kapitalgesellschaften profitieren, nicht aber die kleinen **Personengesellschaften**. Das alles nur, weil Sie aus ideologischer Verböhrtheit eine Differenzierung in böse private und gute gewerbliche Einkünfte machen, die sogar noch besser werden, wenn sie im Betrieb bleiben.

Die vorgesehene Spreizung der **Steuersätze** führt aber dazu, dass die im Regelfall als Personengesellschaften organisierten Handwerker und Mittelständler überhaupt nicht in den Genuss niedriger Körperschaftsteuersätze kommen. Das heißt, dass die **Unternehmenssteuerreform** an den meisten Unternehmen vorbeigeht, da 80 % - manche Veröffentlichungen sprechen sogar von 90 % - der Unternehmen Personengesellschaften sind. Was also macht der Bundesfinanzminister? Er gibt den Personengesellschaften ein Optionsrecht. Personengesellschaften dürfen steuerlich so tun, als seien sie Kapitalgesellschaften.

Damit aber nicht genug. Modellrechnungen haben ergeben, dass ertragsschwächere Personengesellschaften mit einem Gewinn zwischen 100.000 DM und 150.000 DM von dieser Optionsmöglichkeit nicht profitieren, da ihr Einkommensteuersatz unterhalb des neuen Unternehmenssteuersatzes liegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das wiederum hat zur Folge, dass diese Unternehmen ihre Gewerbesteuerschuld nach den Plänen des Bundes auf die zu zahlende Einkommensteuerschuld anrechnen können, sofern sie Gewerbesteuer bezahlen. Auch hier gibt es Untergrenzen, ab denen keine Steuer mehr zu bezahlen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alles klar? Wer noch mehr Lust auf Komplexität hat, dem empfehle ich die Lektüre der so genannten Brühler Beschlüsse. Das ist die **Unternehmenssteuerreform**, ein Beitrag zur Stärkung des Standorts Deutschland und zur Schaffung eines transparenten und einheitlichen Steuerrechts.

Ich warne eindringlich davor, diesen Weg einzuschlagen. Vereinfachung muss das Ziel der Steuerreform sein, nicht Verschlimmbesserung. Ich glaube, die ganze aufgeregte Debatte um die unterschiedlichen Anträge sollten wir darauf zurückführen, dass es um eine Unternehmenssteuerreform des Bundes geht, die Auswirkungen hat, die schlimmer nicht sein können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus dem Bericht der Landesregierung über die Situation und die Perspektiven des Handwerks in Schleswig-Holstein ist klar hervorgegangen, dass die aktuelle Lage des Handwerks in Schleswig-Holstein - sowohl was Umsatz als auch was Rendite und Beschäftigungszahlen angeht - problematisch ist. Wir haben uns in der damaligen Debatte bereits mit den Ursachen beschäftigt. Da jeder fünfte Arbeitsplatz und jeder dritte Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein vom **Handwerk** gestellt wird, haben wir in der letzten Sitzung des Landtages einige Vorschläge und Initiativen zur Stärkung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges ausführlich debattiert. Nun sind diese Vorschläge dem Plenum zur abschließenden Beratung vorgelegt worden.

In der Frage einer unternehmensfreundlichen und flexibleren Gestaltung des Berufsschulunterrichts - ohne dass die Qualität des Unterrichts leidet - gibt es meiner Auffassung nach eine Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen, das Schleswig-Holstein-Modell zumindest mittelfristig weiterzuführen. Langfristig haben wir sicherlich verschiedene Ansätze zur Lösung eines zukunftsweisenden Berufsschulunterrichts, wobei der SSW sein Vorbild im preisgekrönten dänischen Modell sieht. Darauf habe ich gestern schon hingewiesen.

Auch in der Frage der administrativen Verfahren und Bedingungen bei Betriebsübergängen im Handwerk gibt es hier im Landtag Einigkeit darüber, dass es nicht immer sinnvoll erscheint, mit der Übernahme sogleich alle neuen Verordnungen und Gesetze befolgen zu müssen, die den alten Betriebsinhabern sozusagen gestundet waren. Eine Änderung an dieser Stelle kann viele junge Existenzgründer entlasten.

In diesem Zusammenhang möchte ich aus der Sicht des SSW klarstellen, dass noch überhaupt nicht abschließend beurteilt werden kann, ob die von Bundeskanzler Schröder vorgeschlagenen Änderungen der **Erb-schaftsteuer** wirklich viele mittelständische Betriebe - gerade bei der Übergabe an einen Nachfolger - empfindlich treffen werden. Wir bleiben aber dabei, dass zur sozialen Gerechtigkeit eine höhere Besteuerung von Vermögen in irgendeiner Art gehört.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir sollten jedoch erst einmal die konkreten Initiativen der Regierung abwarten. Dies gilt auch für die Frage der geplanten **Unternehmenssteuerreform** der Bundesregierung. Der SSW unterstützt prinzipiell weiterhin die Zielsetzung, gerade die Situation der kleinen

(Christel Aschmoneit-Lücke)

und mittleren Betriebe - zu denen die Handwerksbetriebe überwiegend gehören - zu berücksichtigen und sie deshalb steuerlich überproportional zu entlasten. Bereits in der November-Tagung hatte ich für den SSW weitergehende Forderungen der F.D.P. nach einer Halbierung der Mehrwertsteuer der Handwerksbetriebe abgelehnt. Zunächst einmal ist auch hier die Frage berechtigt, wieso die damalige Bundesregierung eine solche Initiative nicht ergriffen und warum sie statt dessen sogar die Lohnnebenkosten erhöht hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit auf der Regierungsbank bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Auch den heutigen Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P., mit dem die Landesregierung aufgefordert wird - das war der Ursprungsantrag -, im Bundesrat keiner Unternehmenssteuerreform zuzustimmen, bei der die **Personengesellschaften** und damit die überwiegende Zahl der Handwerksbetriebe anders besteuert werden als die Kapitalgesellschaften, halte ich für problematisch. Jetzt wissen wir, dass es dazu einen Änderungsantrag gegeben hat. Es geht also nicht mehr um Anders-Besteuern, sondern um Nicht-schlechter-Besteuern.

Wenn es richtig ist, dass durch diesen Vorschlag nur Unternehmen mit einem zu versteuernden Einkommen über 150.000 DM profitieren werden, dann lehnt der SSW diesen Antrag auf jeden Fall ab. Dies würde eben nicht die kleineren Unternehmen entlasten, da im Bundesdurchschnitt 92 % aller Personengesellschaften weniger verdienen. Ich lasse mich gern belehren. So wie der Antrag jedoch vorlag, habe ich ihn interpretiert und dabei bleibe ich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wenn nicht?)

Bei allem Verständnis für die Nöte der kleineren Unternehmen müssen wir aber auch die Verhältnismäßigkeit wahren. Da überrascht es mich schon, dass laut einem Bericht des „Spiegel“ aus der letzten Woche Bundesfinanzminister Eichel nun eine Unternehmenssteuerreform plant, die nicht nur Entlastungen von wie bisher geplant 8 Milliarden DM vorsieht, sondern sogar von 20 Milliarden DM. Hier muss man doch wirklich fragen: Wer soll diese Zeche bezahlen?

Wir alle kennen die Situation der öffentlichen Finanzen. Gerade in diesen Tagen wird der Vermittlungsausschuss wahrscheinlich den Bundeshaushalt 2000 endgültig absegnen. Wir werden ja morgen sehen, was

dabei herausgekommen ist. Aber darin werden auch Kürzungen für Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger enthalten sein. Ich bin gespannt, wie das finanziert werden soll.

Weitere soziale Einschnitte lehnt der SSW jedenfalls ab. Deshalb kann ich diesem weiterführenden Änderungsantrag auch nicht zustimmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Da waren noch Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen! Vorhin!)

- Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! - Meine Damen und Herren von der Opposition, die Bedeutung des Handwerks in Schleswig-Holstein ist doch unbestritten. Die Landesregierung hat dies in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion wirklich ausführlich dargestellt.

Natürlich ist es unser Bestreben, bei Existenzgründungen, aber auch bei Betriebsübergaben den besonderen Bedürfnissen kleinerer und mittlerer Unternehmen - hier insbesondere auch des **Handwerks** - gerecht zu werden. Die Landesregierung hat im November dieses Jahres Gespräche mit Vertretern des Handwerks zum Thema „Hemmnisse bei der Übernahme von Handwerksbetrieben“ geführt und dabei einige einvernehmliche Ergebnisse erzielt. Die zuständigen Ressorts nutzen mögliche Ermessensspielräume, um in problematischen Einzelfällen helfen zu können. Das hat bereits einige erfreuliche Erfolge erbracht.

Ich komme jetzt zum Thema der **Unternehmenssteuerreform**. Ich denke, der gestrige Tag im Vermittlungsausschuss - heute Bundestag und morgen Bundesrat - hat gezeigt, dass diese Bundesregierung in der Lage ist, wichtige Reformvorhaben auf den Weg zu bringen und durchzusetzen

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dabei das Haushaltskonsolidierungsziel von 30 Milliarden DM für den Bund einzuhalten. In einem fairen Prozess ist es uns gestern aber gelungen, eine Lastenverschiebung von 2,8 Milliarden DM auf Länder und Kommunen abzuwehren. Es geht nicht um Konsolidierung allein der Konsolidierung wegen, sondern zugleich um wichtige Reformvorhaben. Nicht nur die Ökosteuer, auch eine Wohngeldreform, die über-

(Anke Spoorendonk)

fällig ist, die Kindergelderhöhung, die Gesundheitsreform -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

alles dies sind Reformen, meine Damen und Herren, die zeigen, dass Haushaltskonsolidierung und Politikgestaltung kein Widerspruch sind. Ich bin davon überzeugt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, schauen wir mal!)

dass Herr Waigel - -

(Lebhafte Heiterkeit)

- Entschuldigung; das war nichts; man hat sich so auf ein Feindbild eingestellt.

(Anhaltende Heiterkeit und Zurufe)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass -

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, wie hieß er denn noch mal?)

Minister Eichel in der kommenden Woche - also vorzeitig - seine Eckwerte zur Unternehmenssteuerreform vorlegen wird. Das wird Ihnen vermutlich die Sprache verschlagen;

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben wir auch!)

davon bin ich überzeugt. Dann haben wir Zeit, über die Eckwerte, über einen endgültigen Gesetzentwurf und während des Gesetzgebungsverfahrens über die Unternehmenssteuerreform ausführlich zu diskutieren.

Ich denke, wir sollten auch heute nicht intensiv über in der Diskussion befindliche Modelle diskutieren, sondern die Diskussion dann wieder aufnehmen, wenn etwas auf dem Tisch liegt.

Eines ist allerdings klar - deswegen ist es nach meiner Meinung auch müßig, jetzt zu streiten, ob Ihr Antrag sinnvoll ist oder nicht -: Richtig ist, wenn man es so dogmatisch sieht, dass kein Handwerksbetrieb schlechter gestellt werden soll, dass er so behandelt werden soll wie Großunternehmen - dann gibt es bei bestimmten Einkommensgruppen, die es im Handwerk gibt, Schlechterstellungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch ein Widerspruch! Wenn keiner schlechter gestellt werden soll, gibt es Schlechterstellungen?)

Ich denke, das ist unbestritten. Darüber sollten wir jetzt auch nicht streiten. Lassen Sie uns doch zukunftsorientiert diskutieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Minister, nicht kapiert!)

Natürlich ist es die gemeinsame Politik dieses Hauses und der Landesregierung, bei der Infrastruktur unseres Landes mit 73.000 kleinen und mittleren Unternehmen das besondere Augenmerk auf die steuerliche Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen zu legen. Hier werden wir ein Problem haben. Problemlösungen für die großen Kapitalgesellschaften sind eine der leichtesten Übungen; da senkt man einfach den Satz.

Richtig ist aber auch Folgendes. So stolz wir auf diese mittelständische Unternehmensstruktur sind - wir reden alle von Globalisierung und der Trend in der Globalisierung geht eben leider weg von der **Personengesellschaft** hin zur Kapitalgesellschaft. Deshalb ist das Angebot, auch mit einem gewissen steuerlichen Anreiz für bestimmte Leute, in die Kapitalgesellschaft zu wechseln, also richtig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!)

Für andere Unternehmen, die das nicht wollen, ist der Diskussionsvorschlag, die Gewerbesteuer anzurechnen, ein Weg. Da muss man natürlich genau prüfen, wie die Belastungsbewertung ist; das ist richtig.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja! - Dann haben wir in der Tat den Kreis der vielen Unternehmen erfasst, die bei einem Einkommen von vielleicht 135.000 DM liegen. Da werden wir im Lichte der Diskussion der Vorschläge der Bundesregierung darüber diskutieren müssen, was man machen kann. Auch dazu gibt es ja Lösungsvorschläge: zum Beispiel das Unternehmergehalt absetzen.

Und es darf ja auch nicht verkannt werden: Diese Unternehmen haben natürlich nicht von der Absenkung des Höchststeuersatzes profitiert, aber diese Unternehmen mit einem so relativ geringen Gewinn haben natürlich von der Absenkung des Eingangssteuersatzes um 6 % bis zum Jahre 2002 und von den Grundfreibeträgen profitiert.

(Glocke des Präsidenten)

Aber ich denke, wir sind uns einig, dass für diese Zielgruppe Handlungsbedarf besteht.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

(Minister Claus Möller)

Wenn wir uns darin einig sind, dann lassen Sie uns das konkret diskutieren, sobald die Vorschläge auf dem Tisch sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Plüschau.

Helmut Plüschau [SPD]:

Ich danke dem Präsidenten in seiner großen Gnade, dass er mir dazu noch Gelegenheit gibt, hier in einem - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, wenden Sie sich bitte Ihrem Sachbeitrag zu!

(Heiterkeit)

Helmut Plüschau [SPD]:

Danke schön, Herr Präsident! Bei aller Freude über die **Unternehmenssteuerreform** und darüber, dass mit den Anträgen, die Sie hier unterbreiten, kaschiert werden soll und davon abgelenkt werden soll, dass 16 Jahre lang nichts geschehen ist, möchte ich doch einmal einen Gedanken darauf verwenden, dass die **Gewerbsteuer**, wie sie jetzt erhoben wird, höchst ungerecht ist. Sie ist höchst ungerecht, weil sie nur von bestimmten Betrieben gezahlt wird, etwa von den kleinen Handwerksbetrieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat er immer schon gesagt!)

- Ich komme noch dazu; Sie werden sich nicht mehr freuen, wenn ich nachher noch etwas dazu sage.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dazu kommen Sie gar nicht mehr! - Heiterkeit)

Kleine Handwerksbetriebe, kleine Handelsbetriebe und Personengesellschaften werden voll zur Gewerbesteuer herangezogen. Großunternehmen verschieben ihre Gewinne global und GmbH-Gesellschaften können über Sonderausschüttungen ihre Gewinne ebenfalls so minimieren, dass sie keine Körperschaft- und auch keine Gewerbesteuer mehr zahlen müssen. Darum gehörte die Gewerbesteuer eigentlich schnellstens abgeschafft. Ich bin aber nicht so blauäugig, nicht zu wissen, dass das im Augenblick in einem großen Wurf nicht gelingen kann, weil damit die Kommunen und die Kreise ausbluten würden. Das ist nun einmal so. Aber die Gewerbesteuer gehört eigentlich in eine Unternehmenssteuerreform hinein,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

weil sie antiquiert ist. Sie ist höchst antiquiert.

Wenn man erkannt hat, dass sie ungerecht ist, möchte ich einmal einen Zusatzgedanken darauf verwenden und nun werden Sie sich nicht mehr freuen. Weil nur ein Teil der Gewerbetreibenden herangezogen wird, ist für mich nicht einsichtig, warum nicht auch die Architekten, die so genannten freien Berufe, Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weil das keine gewerblichen Unternehmen sind!)

genauso zur Gewerbesteuer herangezogen werden sollen, denn sie tun nichts anderes, Herr Kubicki!

(Beifall bei der SPD)

Sie tun nichts anderes als das, was zum Beispiel Handlungsreisende und Versicherungsvertreter ebenfalls tun.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen sich entscheiden: Für die Abschaffung oder für das Einführen!)

Ich will die Gewerbesteuer gerechter machen. Ich möchte alle heranziehen, damit der Gewerbesteuersatz insgesamt abgesenkt werden kann

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD] - Unruhe)

und sich damit die Belastungen der einzelnen Gewerbebetriebe und Personengesellschaften gerechter gestalten. Herr Kubicki, dann müssten auch Sie ein wenig Steuern bezahlen. Das wäre nur allzu gerecht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich bezahle mit Sicherheit mehr Steuern als Sie! Ein solcher Unsinn!)

Dann könnten wir allgemein die Steuersätze, die Hebesätze bei den Kommunen senken und wir würden den Kommunen das belassen, damit sie ihre Bewegungsfreiheit behalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Um Gottes willen! - Unruhe)

(Minister Claus Möller)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, ich wollte Ihnen nur den Unterschied der Anträge erläutern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können wir selbst, Herr Hentschel! - Anhaltende Unruhe)

Ihr Antrag sagt, dass die überwiegende Zahl der Handwerksbetriebe steuerlich nicht schlechter gestellt werden solle als Kapitalgesellschaften. Die überwiegende Zahl der **Handwerksbetriebe** gehört zur Kategorie der Betriebe, die unter 50.000 DM Gewinn im Jahr machen. Das heißt, sie haben zurzeit einen Steuersatz von durchschnittlich unter 12 %, wenn sie Ehegattensplitting machen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Nicht Spitzensteuersatz, sondern Durchschnittssteuersatz von 12 %! Kapitalgesellschaften haben einen Durchschnittssteuersatz von 35 %. Sie fordern also: Sie sollen weniger als 35 % bezahlen, während sie jetzt 12 % bezahlen. Sie wollen damit eine deutliche Erhöhung. Das kann man gar nicht anders verstehen.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

- Das kann man nicht anders verstehen. - Unser Antrag sagt: Sie sollen gegenüber dem jetzigen Stand deutlich besser gestellt werden. Das ist wohl ein deutlicher Unterschied, oder?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Benker.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Frau Schmitz-Hübsch, vielen Dank, dass ich Sie mit meiner Rede beeindruckt habe. Ich möchte erstens noch einmal deutlich machen: Dies hier ist der Landtag und nicht das Kabinett. Was wir hier formulieren, sind Aufträge an die Regierung; das ist durchaus legitim. Ich habe nichts zurückzunehmen und deshalb steht auch der **Antrag** zu dem, was ich gesagt habe: ein **Auftrag** an die Regierung.

Zweitens. Sie haben zur **Auswirkung der Steuerreform** gesagt, Kommunalverbände würden erheblichen Widerstand leisten. Da sage ich: Und uns billigen Sie nicht einmal zu, noch vor der Verabschiedung überhaupt Aufträge zu erteilen, wie eine Unternehmenssteuerreform aussehen soll!

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Drittens. Bei der **Erbschaftsteuer** unterschlagen Sie, dass der entscheidende Punkt die Freibeträge sind - und nicht die Erbschaftsteuer an sich - und die werden so aussehen, dass auch kleine Unternehmen davon begünstigt werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das glaube ich nicht! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind unter die Propheten gegangen!)

Viertens. In einem einzigen Punkt gebe ich Ihnen Recht, und zwar was die Zahlungsmoral, auch der öffentlichen Hand, angeht. Aber da dürfen Sie nicht nur applaudieren und sagen: Aha, das ist anscheinend das Land. Nein, es sind auch kommunale Unternehmen, auch andere, alle in diesem Bereich. Heute gilt im Handwerk fast der Satz, dass die Restfinanzierung durch Mängelrüge erfolgt, weil die erste und zweite Rate noch gezahlt wird und die dritte immer ausgehoben wird. Hier ist auch das Handwerk gefordert, sich unter Umständen anders zu organisieren, um das Geld einzutreiben.

Frau Schmitz-Hübsch, nach allem, was Sie für das Handwerk tun zu wollen vorgeben, können Sie eigentlich nur unseren Antrag unterstützen und darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort ebenfalls zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ausdrücklich nur mit den Beiträgen des Finanzministers und des Kollegen Neugebauer beschäftigen, weil die kabarettreife Einlage des Kollegen Hentschel eine ernsthafte Erörterung nicht wert sind. Ich empfehle, einmal einen Volkshochschulkurs zum Steuerrecht zu belegen.

(Unruhe)

Herr Nabel, das sage ich ausdrücklich. Denn es macht einen Sinn, dass der Gesetzgeber vorgesehen hat, dass nicht jedermann Steuerberater oder Anwalt sein darf. Wo kämen wir da hin? Am Beispiel des Kollegen Hentschel sehen wir das ja.

Das Problem, vor dem wir stehen - ich habe es beim letzten Mal gesagt -, ist ein Riesenproblem und des-

halb haben wir das aufgegriffen, weil wir das mit dem Antrag, den die Mehrheitsfraktionen vorgeschlagen haben, gar nicht bewältigen können. Deshalb ist der Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. in dieser Frage wirklich sinnvoller.

Wir werden das Problem haben, dass wir bei einer **Unternehmenssteuerreform** die relativen Positionen verändern. Sie entlasten tatsächlich Kapitalgesellschaften, Sie kommen aber nicht zu einer Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen unterhalb einer Grenze von 150.000 DM - wie auch immer Sie es drehen und wenden wollen. Das bedeutet, dass Sie zu einer vergleichbaren Schlechterstellung der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber dem Ist-Zustand kommen, was wir eigentlich nicht wollen können.

Um das an dem Problem Philipp Holzmann deutlich zu machen: Der Konzern, eine Kapitalgesellschaft, ist in der Lage, die steuerlichen Vergünstigungen - - Dabei gehen wir davon aus, dass die wirklich Steuern zahlen. Bisher habe ich immer gehört, dass die großen **Kapitalgesellschaften** gar keine Steuern zahlen. Die Ministerpräsidentin sprach davon, dass Daimler-Benz nichts bezahle, die Deutsche Bank nichts bezahle. Daher ist es ganz wichtig, dass wir die Steuersätze senken, damit sie etwas bezahlen. Die erhalten dadurch selbstverständlich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleinen Unternehmen, die eine vergleichbare, relative steuerliche Vergünstigung nicht erhalten.

Wir haben also nicht nur ein Steuerproblem, sondern auch ein Wettbewerbsproblem, über das wir intensiv nachdenken müssen, weil in den Möglichkeiten des Angebots bei den Größeren dann natürlich wieder Chancen geschaffen werden, die zu Strukturveränderungen führen werden.

Die drei bisher vorgelegten Modelle können dieses Paradoxon nicht auflösen. Ich höre - und bin sehr dankbar dafür -, dass der Finanzminister erklärt hat, er habe vom Bundesfinanzministerium gehört, in der nächsten Woche werde es neue Vorschläge geben, die dabei sind, das aufzugreifen. Sie haben es angesprochen. Man kann es durch höhere Grundfreibeträge machen, man kann es durch eine Veränderung des Eingangssteuersatzes weiter nach oben machen. All das sind Möglichkeiten, über die wir debattieren müssen.

Mir ist nur wichtig, dass wir als Parlament feststellen - und das war eigentlich der übereinstimmende Wille -: Wir wollen nach einer Unternehmenssteuerreform keine steuerliche Schlechterstellung im Vergleich zum Ist-Zustand für kleine und mittlere Unternehmen - nicht mehr und nicht weniger. Wenn diese Botschaft angekommen ist, ist alles gesagt und getan.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 16 abstimmen. Um die Sache nicht zu verkomplizieren, möchte ich feststellen, dass die Drucksache 14/2619 die Drucksache 14/2579 ersetzt.

Ich lasse zunächst über den Antrag von CDU und F.D.P. Drucksache 14/2619 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 40. Hier gibt es die Beschlussempfehlung des Ausschusses, den Antrag Drucksache 14/2518 anzunehmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einzelabstimmung!)

- Das hat niemand beantragt. Sie haben vorgeschlagen, wenn es gewünscht wird, es ist aber nicht gewünscht worden.

(Heiterkeit)

Also lasse ich über den Antrag insgesamt abstimmen.

Wir stimmen ab über den Antrag Drucksache 14/2518. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 34 auf:

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/2512

(Wolfgang Kubicki)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/2547

Ich erteile das Wort zunächst der Berichterstatterin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Gröpel.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! The same procedure as last time - ich soll heute wieder einmal zu den Liegenschaften reden -, I will do my very best.

Uns liegt heute der Antrag des Ministers für Finanzen und Energie zur Einwilligung in die **Veräußerung** des ersten Teils der zweiten Tranche vor. Es handelt sich um 48 Objekte. Dem Landeshaushalt fließen damit im Jahr 2000 190 Millionen DM zu, wovon wie bei der ersten Tranche ein Teil von 25 % des Veräußerungserlöses direkt einer bei der Investitionsbank einzurichtenden Zweckrücklage zugeführt wird. Die **Netto-Einnahmen** des Landes werden 143 Millionen DM betragen. Insgesamt sollen mit der zweiten Tranche im Jahr 2000 dem Haushalt Mittel in Höhe von 250 Millionen DM zufließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kredit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Sie haben in der Finanzausschusssitzung die Veräußerung wiederum abgelehnt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Das haben wir auch nicht anders erwartet. Voller Spannung haben wir Ihren alternativen Vorschlägen entgegengefeuert, doch da kamen keine. Das haben wir nicht erwartet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wofür denn!)

Wir nehmen Ihnen gern ab, dass Sie sich mit den Finanzen ausführlich und intensiv beschäftigt haben, aber es waren wohl nicht die des Landes, sonst hätten Sie ja eigene Vorschläge zum Haushalt 2000 in die Sitzung des Finanzausschusses eingebracht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Inzwischen ist die Spannung der Ernüchterung gewichen. Der staunenden Öffentlichkeit haben Sie einen Entschließungsantrag vorgelegt. Ich darf einmal aus der „Landeszeitung“ vom 8. Dezember zitieren:

„Die CDU präsentiert ein Showpapier mit altbekannten Positionen.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und da fällt Ihnen eben nichts Besseres ein, als erneut den Vorschlag zu machen, die **WOBAU** zu verkaufen. Wir lehnen das nach wie vor ab.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht 18.000 Mieter und ihre Familien verunsichern

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Thema, Thema!)

und halten an der sozialen Verpflichtung des landeseigenen Wohnungsunternehmens bei der Wohnraumversorgung fest.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole es gern noch einmal. Von den 18.000 Wohnungen haben 66 % eine Sozialbindung, fast ein Viertel sind Wohnungen mit Belegungsrechten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes und 42 % dieses Wohnungsbestandes befinden sich in den kreisfreien Städten und im Hamburger Rand, das heißt in den Bereichen, in denen es nach wie vor einen großen Bedarf an preiswertem Wohnraum gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollen die WOBAU nicht privatisieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch nicht das Thema!)

Und hier befindet sich die SPD-Fraktion in Übereinstimmung mit dem Verband der norddeutschen Wohnungsunternehmen und dem Mieterbund.

Abgesehen von der unterschiedlichen Auffassung zwischen CDU und SPD bestehen auch erhebliche Zweifel, ob die erwarteten 500 Millionen DM Einnahmen aus dem Verkauf zu realisieren sind. Außerdem verweise ich noch einmal auf die Konsequenzen, die das für den LEG-Konzern insgesamt hätte, und zwar nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie entziehen damit dem LEG-Konzern die wirtschaftliche Basis seiner Aktivitäten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Präsident, wir diskutieren nicht über die WOBAU!)

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Wer nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Opposition hat, eigene Vorschläge zu machen - insbesondere die CDU; ich nehme die F.D.P. ganz bewusst aus, Herr Kubicki -, der muss seine eigenen finanzpolitischen Vorstellungen frühzeitig in die Beratung des Haushalts einbringen. Wer diese Verantwortung nicht annimmt, der darf und wird auch keine Regierungsverantwortung in diesem Land übernehmen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bleiben eine ernsthafte Alternative zur Veräußerung der Liegenschaften schuldig. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Landesregierung ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Herr Stritzl verweist jetzt auf seine Vorlage! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er erklärt sie noch einmal!)

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Gröpel hat es schon vorweggenommen: Die CDU-Fraktion wird der weiteren Veräußerung von Landesliegenschaften an die Investitionsbank nicht zustimmen. Das wird Sie nicht überraschen. Wir haben das wiederholt deutlich gemacht. Wir halten nach wie vor - übrigens in völliger Übereinstimmung mit dem niedersächsischen Finanzminister Aller - den vorgenommenen **Immobiliendeal**

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir alles schon einmal gehört!)

für wirtschaftlich nicht tragbar und für rechtlich äußerst brüchig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen mittlerweile alle!)

- Das sagt auch Herr Finanzminister Aller, SPD, in Niedersachsen. - Der Finanzminister hier zuckt die Schultern, gleichwohl ist es so. Herr Aller ist gefragt worden und hat das dann entsprechend auch zu Protokoll und in die Presse gegeben.

Ich stelle nach wie vor fest, dass auch die behauptete **Wirtschaftlichkeitsüberprüfung** der Landesregierung bisher nicht vorliegt. Herr Finanzminister, Sie haben bis zum heutigen Tag - trotz mehrfacher Aufforderung durch den Finanzausschuss - nicht dargelegt,

dass die Übertragung der Liegenschaften zur zentralen Bewirtschaftung wirtschaftlicher ist, als wenn man die zentrale Bewirtschaftung ohne entsprechende Liegenschaftsübertragungen vornehmen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Statt dessen ist es so, dass Sie hier Lasten in die Zukunft verschieben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und die Mietzahlungen, die auf uns zukommen, werden das Land erheblich belasten.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen das, aber Sie wollen Ihren rot-grünen Koalitionsvertrag zumindest bis zum Jahr 2000 abfinanzieren. Damit verhalten Sie sich gegensätzlich zu dem, was Sie bei Herrn Eichel immer so hoch loben, indem Sie sagen, Herr Eichel sei der Mann, der mit dem Sparen ernst mache. Wir hatten eigentlich immer gedacht, dass Sie derjenige sind - wenn Sie Herrn Eichel schon so bewundern -, der zumindest versucht, ihm nachzufolgen. Wir stellen fest, das ist nicht der Fall. Vielmehr gehen Sie an die Veräußerung der Landesliegenschaften,

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

was auf Dauer für das Land eine erheblich teurere Tasse Tee werden wird.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Entschuldigung?

(Ingrid Franzen [SPD]: Wir wollen doch nicht über die Eisenbahnerwohnungen und über die Spenden sprechen! Das wollen wir doch wohl auch festhalten!)

- Sehr geehrte Frau Franzen, ich will nicht über Spenden reden.

(Zurufe von der CDU)

Ich will auch nicht über meine Verwunderung reden, dass Geburtstage mit 150.000 DM seitens der WestLB bezahlt worden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schenkungssteuer!)

Auch das ist etwas, was mich erheblich mit Verwunderung erfüllt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ingrid Franzen [SPD]: Das ist noch nicht raus!)

(Renate Gröpel)

- Das ist offensichtlich unwidersprochen, dass die WestLB Geburtstage sponsert. Zumindest entnehme ich der Presse, Frau Kollegin, dass selbst derjenige, der sagt, dass er an dem Tag Geburtstag hatte,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bestätigt! - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

sagt, er habe sich auf seinem Geburtstag sogar öffentlich bei dem Sponsor bedankt. Also zumindest der Beschenkte ist der Meinung zu wissen, von wem er beschenkt worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Dass wir die Dimension des Beschenktseins über unterschiedliche Formen des Glückhseins erfahren, auch das ist klar. Der Beschenkte freut sich, die Öffentlichkeit ist erstaunt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Was, das war es schon?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stritzl, Sie haben mich nicht enttäuscht. Ich war davon ausgegangen, Sie würden Ihre Rede recyceln. Sie haben es getan. Sogar die „teure Tasse Tee“ tauchte wieder auf. Was ich mich allerdings frage, ist, warum Sie diese Debatte im Landtag immer wieder brauchen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der CDU: Das hat er doch gar nicht gesagt! - Thomas Stritzl [CDU]: Ist das Ihre Liegenschaftsübertragung oder unsere?)

- Sie wollen darüber immer wieder diskutieren und wir stellen uns der Diskussion. Damit habe ich keine Probleme. Allerdings gibt es - -

(Zuruf von der CDU: Wir haben doch die Debatte gar nicht beantragt!)

- Da fragen Sie doch einmal nach, wer die Debatte beantragt hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich hatte Frau Abgeordnete Heinold das Wort gegeben und bitte Sie, etwas ruhiger zu sein.

(Zurufe von der CDU)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich plaudere nicht aus dem Ältestenrat, aber fragen Sie doch einmal nach, wer die Debatte beantragt hat. Das ist ein guter Tipp.

Die **Liegenschaftsverkäufe** stehen bei der CDU hoch im Kurs, weil sie glaubt, die Verkäufe in ein schlechtes Licht rücken zu können. Das haben wir immer wieder erlebt. Aber Sie werden immer müder. Beim letzten Mal haben Sie in der Sache den Verkäufen kaum noch widersprochen und auch heute waren Sie sehr moderat.

Erstaunt war ich, als ich neulich mit Ihrem Spitzenkandidaten in einer Podiumsdiskussion bei dem Beamtenbund saß, bei der er gefragt wurde, ob er die GMSH-Lösung wieder rückgängig machen wolle. Daraufhin hat er gesagt: Nö, im Prinzip sei die Ausgründung ja eine richtige Lösung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber er wollte privatisieren! Nun erzählen Sie hier keine Halbwahrheiten!)

- Herr Kubicki war dabei. - Er wusste nicht ganz genau, was die GMSH ist.

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Er hat gesagt: Na ja, die Ausgründung der Bauverwaltung, das klingt doch eigentlich ganz gut. So falsch kann das nicht sein.

(Zurufe von der CDU)

Und rückgängig machen? - Er könne sich nicht vorstellen, dass die CDU das wolle.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist freie Erfindung jetzt! Was Sie sagen, ist falsch!)

- Sie waren dabei. Ich schreibe ja nicht in Steno mit, aber er wurde gefragt, ob er die GMSH-Lösung rückgängig machen wird - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein! - Er wurde gefragt, ob er die GMSH-Lösung rückgängig machen wolle. Daraufhin hat er gesagt,

(Thomas Stritzl)

dass er im Prinzip die Ausgründung der Bauverwaltung richtig finde, dass das der richtige Weg sei.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Vielleicht war er nicht richtig informiert, das ist alles nicht mein Problem. Ich habe mich jedenfalls gefreut, dass die Denkprozesse in der CDU einsetzen. Das ist ganz erfreulich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben es wieder nicht verstanden! Das ist das Problem!)

Wir haben auch nicht mehr den Streit darüber, ob wir Tafelsilber verkaufen oder nicht, wir haben nur unterschiedliche Vorschläge dazu, welches Tafelsilber wir verkaufen. Darüber können wir streiten.

Mich würde freuen, wenn Sie hier noch einmal darstellen könnten, wie Sie für die **Wohnungen** 500 Millionen DM bekommen wollen. Dazu haben Sie ja hier die Gelegenheit. Vielleicht schildern Sie einfach einmal, welche Zahlen Sie zugrunde gelegt haben. Ich gehe davon aus, dass es sich dabei um eine realistische Zahl handelt. Davon muss ich erst einmal ausgehen. Ich warte allerdings auf eine Erläuterung der CDU. Da wir das aus altbekannten Gründen im Finanzausschuss nicht machen können, denke ich, dass Sie das hier einmal nachliefern könnten. Dann wüssten wir endlich, worüber wir reden und was die „teure Tasse Tee“ ist.

Ansonsten, Herr Stritzl, heben Sie sich Ihre Rede oder Ihre Stichpunkte gut auf. Dieses Thema wird noch so manches Mal auf der Tagesordnung stehen. Wenn Sie die Debatte wollen, von mir aus gern. „Recyceln“ Sie Ihre Rede.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Frau Kollegin Heinold in einem Punkt Recht: Auch ich hätte natürlich meine Ablehnung ohne eine Aussprache durch schlichtes Handzeichen dokumentieren können,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil es ja in der Tat nur konsequent und stringent ist, dass man dann, wenn man das Liegenschaftsmodell insgesamt abgelehnt hat, auch der **Liegenschaftsüber-**

tragung im Einzelnen ablehnend gegenübersteht. Ich will die Debatten der Vergangenheit auch nicht wiederholen.

Ich möchte nur der Kollegin Gröpel sagen: Sie machen mich langsam verlegen, wenn Sie mich ständig ausnehmen; ich werde langsam zur Ausnahmeerscheinung. Das ist mir ein bisschen zu viel.

(Ingrid Franzen [SPD]: Ist Ihnen das peinlich? - Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

- Ja, das ist mir peinlich, weil ja dann in der Argumentation vielleicht etwas lässlich dargestellt worden ist:

(Renate Gröpel [SPD]: Ich wollte Sie nicht vereinnahmen!)

Bei dem **Mittelzufluss**, der aus der Einnahme resultiert, handelt es sich nicht um Einnahmen aus Verkaufserlösen, sondern es handelt sich um **Kredite** - jedenfalls gegenwärtig. - Herr Finanzminister, Sie schütteln jetzt wunderbar den Kopf. Warten wir die nächsten Wochen einmal ab! Es handelt sich momentan um Kredite und es werden endgültig solche sein, wenn das Bundesverfassungsgericht unserer Rechtsauffassung folgt, dass der Immobilienverkauf nichts anderes als ein Insichgeschäft ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das soll zurzeit wie ein Kredit behandelt werden!)

- Ja, selbstverständlich. Wenn das Bundesverfassungsgericht

(Günter Neugebauer [SPD]: Wenn, wenn! - Holger Astrup [SPD]: Und wenn nicht?)

in der Hauptsache unserer Rechtauffassung folgt, dann werden es endgültig Kredite sein. Wenn nicht, sehen wir weiter. Aber auch da sage ich noch einmal: Schauen wir einmal!

(Holger Astrup [SPD]: Genau!)

Ich wollte ja nur noch einmal wissen, ob meine Wahrnehmung richtig ist, dass Sie nach wie vor der Auffassung sind, es handele sich hier nicht um Kredite - nicht mehr und nicht weniger. Dazu werden Sie ja nachher auch noch etwas sagen. Das ist für mich ganz wichtig. Sie werden in einigen Wochen auch wissen, warum. Aber Ihre Auffassung - davon gehe ich jetzt aus - ist nach wie vor, es handele sich dabei nicht um Kredite.

Nun kommen wir zur Frage der **Wirtschaftlichkeit** und der Sinnhaftigkeit. Ich möchte jetzt nach wie vor wissen, welchen Sinn jetzt noch die Zweckerücklage macht, die wir bei der Investitionsbank bilden, nachdem wir wissen, dass sie von der Landesbank nicht

(Monika Heinold)

bewilligt werden kann. Welchen Sinn macht die? Sie ist ja ohnehin von 30 % auf 25 % zurückgefahren worden. Irgendwer muss mir erklären, welchen Sinn sie überhaupt noch macht im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung innerhalb dieses Geschäftes! Dazu werde ich sicherlich gleich auch noch ein paar nette Ausführungen hören.

Ein Letztes in dem Zusammenhang: Ich möchte jetzt äußerst ungern - das werden wir nächsten Dienstag machen - die **Haushaltsdebatte** vorwegnehmen bei der Frage, wer finanziert was womit. Aber, Frau Kollegin Gröpel, man kann nicht ständig die Opposition auffordern, sie müsse erst einmal etwas auf den Tisch legen - das kann man natürlich machen -, aber dann, wenn sie etwas auf den Tisch legt - das gebe ich Ihnen ja zu -,

(Renate Gröpel [SPD]: Letztes Mal haben Sie es anders ausgedrückt!)

muss es in der Tat von nachprüfbarer Konsistenz sein. Das gebe ich Ihnen zu. Aber das machen wir nächsten Dienstag.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Dann noch eine Bemerkung, bei der bei mir mehr das juristische als das politische Herz durchkommt! Bei der Frage, ob man mit eigenen **Informationen**, Frau Heinold, die man aufgesammelt hat, oder mit **Gerüchten** und Andeutungen oder Verdächtigungen hier eine Debatte führen sollte, würde ich uns allen etwas mehr Zurückhaltung empfehlen. Das gilt sowohl für die Frage, ob es eine Verquickung zwischen Veräußerung von Wohnungsbauvermögen und Spenden irgendwohin gibt, ob es eine Verquickung zwischen der Tätigkeit von Johannes Rau als Verwaltungsbeiratsmitglied der WestLB mit Sponsoring von Geburtstagen gibt. Ich habe ja schon gehört, dass bei der Hochzeit von Glogowski vier Fässer Feldschlösschenbier ausgereicht haben, das anrühlich werden zu lassen, wobei es mehr aufs Bier bezogen war als auf die Zahl.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Aber wir sollten hier als Parlamentarier, die wir ja verpflichtet sind sozusagen die Rechtsstaatlichkeit auch zu unserem eigenen Vorfeld zu machen, etwas zurückhaltender sein und dann den Streit führen, wenn wir genaue Sachlagen haben, und uns nicht vorher im Rahmen von Verdächtigungen wechselseitig das politische Wasser abzugraben versuchen. Das würde uns allen gut zu Gesicht stehen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die verheerende Presse der vergangenen Woche über die Haushaltsvorschläge der CDU sieht, ist es schon etwas pikant, wenn ausgerechnet Sie sich nun zum Anwalt einer soliden Haushaltskonsolidierung aufspielen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte auch nicht bei der Kaiserlichen Werft anfangen; dazu haben wir hier stundenlang Gelegenheit gehabt, und zwar in diesem Hohen Haus und in den Ausschüssen.

Es geht hier, nachdem die Veräußerung von 83 Objekten im November beschlossen worden ist, um weitere 48 Objekte nach den gleichen Bedingungen - ausgeschrieben, bewertet, gegengecheckt und hier auf der Basis von Wertermittlung der Verkauf. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Ich will dann noch kurz auf die eine Frage vom Kollegen Kubicki eingehen. Herr Kubicki, es macht nach wie vor Sinn - darüber haben wir ja diskutiert -: Wenn man kein **Zweckvermögen** ansammeln würde, wären die Mieten höher, aber wir könnten jetzt einen höheren Kaufpreis haben. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir nach dem Abschluss des Verfahrens bei der EU etwas Klarheit haben und dass wir dann die Zweckrücklage als Eigenkapital und vielleicht auch einmal als Wettbewerbskapital nutzen können. Zurzeit haben wir uns ja selbst gebunden, dass wir es nicht machen. Aber an dem Prinzip würde ich nach wie vor festhalten, dass wir uns diese Option offen halten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, bitte.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Minister, es ist nur eine Verständnisfrage, keine Falle:

(Wolfgang Kubicki)

Habe ich Sie richtig verstanden, dass für den Fall, dass die EU bei ihrer Haltung bleibt, dass dieses Kapital nur mit einem exorbitant hohen Zinssatz belegt werden dürfte, bei Ihnen jedenfalls die Überlegung - der kann man ja wirklich nahe treten - im Raum steht, der Landesbank die Zweckrücklage in Form von Eigenkapital zuzuführen?

- Herr Kubicki, dazu will ich mich nicht äußern. Das mag auch einen Sinn machen, dass wir das als Eigenkapital in der I-Bank belassen, ohne es als Wettbewerbskapital zu nutzen. Das sollten wir dann in aller Sorgfalt im Lichte der tatsächlichen Entscheidung erörtern.

Zu dem letzten Punkt, Herr Kubicki, den Sie angesprochen haben, was den Punkt „Kredit“ angeht! Ich sage zum wiederholten Male: Wir halten uns an die Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes. Das Bundesverfassungsgericht hat uns bereits zweimal bescheinigt, dass das korrekt ist.

(Lachen bei der F.D.P.)

Wir nutzen diese Einnahmen für die Finanzierung von Investitionen oder zur Senkung der Nettokreditaufnahme. Insofern wird das wie ein **Kredit** bewertet, ist aber kein Kredit in dem Sinne, was Maastricht-Kriterien angeht.

Nach den letzten Anfragen des Bundesverfassungsgerichts, die mir jedenfalls bekannt sind, warten wir doch einmal ab, ob es überhaupt noch eine Entscheidung gibt oder ob die Notwendigkeit einer Entscheidung nicht auf der Basis gesehen wird. Wir werden jedenfalls nach dem Beschluss am 21. Dezember zum Haushalt dem Verfassungsgericht noch einmal mitteilen, dass wir auch für den Haushalt 2000 diese Einnahmen entsprechend den Auflagen des Verfassungsgerichts einsetzen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Der Ausschuss hat empfohlen, den Antrag des Ministers für Finanzen und Energie anzunehmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um Zustimmung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Wi kommt nu to Punkt 37:

a) Bericht zur Arbeit des „Beirates Niederdeutsch beim Schleswig-Holsteinischen Landtag“ für die 14. Wahlperiode 1996 - 2000

Bericht des Landtagspräsidenten
Drucksache 14/2572

b) Bericht zur Situation der niederdeutschen Sprache und Kultur

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2600

Landtagsbeschluss vom 18. November 1999
Drucksache 14/2530

Da ik hier boven sitt, kann ik leider nich mitdiskuteern.

Dat Word hett de Fru Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Auf Plattdeutsch!)

Der Landtag hat in der letzten Sitzung beschlossen, die Regierung und auch der Landtagspräsident mögen einen Bericht zur Lage des Niederdeutschen vorlegen. Eine Sitzung später liegen beide Berichte vor. Ich bedanke mich herzlich bei allen, die mit dazu beigetragen haben.

Nun wird von mir möglicherweise erwartet, ich sollte - das entnehme ich dem Zwischenruf - niederdeutsch, plattdeutsch sprechen.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Ich denke, das Plattdeutsche, das Niederdeutsche - das habe ich jedenfalls in meinen bisherigen Ämtern gezeigt und deutlich zu machen versucht - braucht auch hochdeutsch sprechende Unterstützerinnen und Unterstützer.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich könnte meine Rede damit beginnen, über Nivellierung der regionalen Kultur, über Globalisierung oder über das Aussterben der kleinen Sprachen zu sprechen. Ich könnte auch über die Gefährdung der sprachlichen Vielfalt im niederdeutschen Sprachraum reden, aber ich will es anders machen. Statt von Defiziten und von Tendenzen, die eben nicht Naturgewalten, sondern Prozesse sind, die man beeinflussen und gestalten

(Minister Claus Möller)

kann, will ich lieber von den Möglichkeiten, Chancen und positiven Entwicklungen reden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu gehören nicht nur der Landesplan Niederdeutsch, der Niederdeutsch-Erlass für die Schulen oder die Europäische Charta, sondern auch die Förderung von Lehr- und Lernmitteln für alle Klassenstufen. Dazu gehören Fortbildungsmaßnahmen für alle Lehrkräfte und die Sicherung des Instituts für Niederdeutsche Sprache in Bremen mit erheblichen Landesmitteln. Dazu gehören die Einrichtung der Regionalzentren und die Förderung niederdeutscher Kulturereignisse, Literatur und Seminare für Jugendliche und Erwachsene. Sie finden das im Einzelnen in dem schriftlichen Bericht aufgelistet. Ich finde, es ist eine gute und erfolgreiche Bilanz, die sich sehen lassen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die Unterstützung der Vereine und Organisationen, die sich mit niederdeutscher Sprache und Kultur befassen. Dazu gehört die Begleitung der Arbeit mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Gremien, die mit großer Gewissenhaftigkeit ihrer Beratungsfunktion nachkommen.

Jenseits aller konkreten und messbaren Ergebnisse können wir alle gemeinsam feststellen: Die **niederdeutsche Sprache** und die **niederdeutsche Kultur** haben seit Kriegsende noch nie eine so lebhaft Resonanz in der Öffentlichkeit und in den Medien gehabt wie in den letzten Jahren. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in den Zeitungen, im Radio oder Fernsehen über diese Sprache berichtet wird - auf Hochdeutsch oder auf Niederdeutsch -, an dem nicht ein niederdeutsches Kulturereignis kommentiert wird oder Entwicklungen in dieser Szene dargestellt werden. Das ist gewiss nicht allein das Ergebnis der Bemühungen der Landesregierung zur Förderung und Sicherung der Sprache,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- gewiss nicht allein das Ergebnis der Bemühungen, Frau Fröhlich -, aber ohne die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung, die im Grunde genommen alle einen identischen Kerngehalt haben, nämlich ein großes und wichtiges Kulturgut zu bewahren und zu pflegen, wäre dieses positive Echo in der Öffentlichkeit eben auch nicht denkbar.

Es ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen. Es ist das Ergebnis gleichsam korrespondierender Handlungsstränge. Zwei kleine Einrichtungen, die erst seit fünf Jahren existieren, haben sich in diesem Zusam-

menhang besondere Verdienste erworben. Ich meine die beiden **Regionalzentren für Niederdeutsch** in Leck und in Ratzeburg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall
des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[F.D.P.])

Diese beiden Zentren sind an der Nahtstelle zwischen dem staatlichen Bildungswesen und der niederdeutschen Szene - wenn ich das einmal so nennen darf - angesiedelt. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass beide Zentren immerhin mit je einer halben Lehrerstelle besetzt sind. Die beiden niederdeutschen Zentren haben sich in den letzten fünf Jahren ihres Bestehens, wie ich denke, zu anerkannten Informationseinrichtungen und zu anerkannten Beratungseinrichtungen entwickelt. Die Resonanz der interessierten Öffentlichkeit ist jedenfalls durchweg positiv. Klar ist in den letzten fünf Jahren natürlich auch geworden, dass es mit einer halben Planstelle schwierig ist, die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, und dass es in hohem Maße wünschenswert wäre, wenn die beiden Regionalzentren ihren Aktionsradius noch erweitern könnten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall
des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[F.D.P.])

- Ich dachte, dass bei dieser Bemerkung auch die Opposition klatschen würde, die doch diese Forderung gestellt hat.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, Entschuldigung, ich meine die CDU. Die Koalitionsfraktionen haben sich dafür ausgesprochen, dass die Zentren jeweils mit einer vollen Stelle besetzt werden sollen. Was diese Einrichtungen betrifft, so begrüße ich das. Aber natürlich gibt es bei solchen Abordnungen immer auch ein lachendes und ein weinendes Auge. Ich bin jedenfalls sicher, dass dies ein richtiger Schritt zur Sicherung und Förderung niederdeutscher Kultur und Sprache in unserem Lande ist.

Ein Wort noch - Herr Präsident, ich bitte um Erlaubnis, ich trage hier gewissermaßen Ihren Bericht gleichsam mit vor - zum Niederdeutsch-Erlass und zur Situation des Niederdeutschen in den **Schulen!** In einer Situation, wie wir sie in Schleswig-Holstein vorfinden, kann ein Erlass diese Arbeit zwar absichern, aber er kann eben nicht das Instrument sein, um den Gebrauch des Niederdeutschen flächendeckend einzuführen oder gar durchzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Niederdeutsch ist eben kein Fach im Unterricht wie Englisch oder Mathematik mit einem dazugehörigen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Lehrplan. Worauf es ankommt, ist die Begegnung mit der niederdeutschen Sprache, der niederdeutschen Kultur und Geschichte, sei es im Deutschunterricht, sei es im Geschichtsunterricht, im Musikunterricht oder in fächerübergreifenden Projekten wie Theater und Darstellendes Spiel. Worauf es ankommt, ist Ermunterung, sich auf das Niederdeutsche einzulassen, wenn man es eben nicht selbst beherrscht. Worauf es ankommt, ist das Wissen um diesen Schatz unseres Landes als Bestandteil vorhandener Fächer.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich am Ende, Herr Präsident. - Jedenfalls kann die Schule den Rückgang im Gebrauch der Sprache in den Familien, auf der Straße und in Begegnungsstätten von Jugendlichen natürlich nicht wettmachen. Die außerschulischen Einflüsse sind einfach stark. Ich bin allerdings fest davon überzeugt - und das soll mein Fazit sein -: Wir stärken das Niederdeutsche, wenn wir nicht permanent Defizite öffentlich beklagen, sondern die positiven Ergebnisse betonen, wenn wir die Augen offen halten für das, was langsam wächst, und wenn wir dieses Wachstum dann auch aufmerksam, stetig und nachhaltig fördern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ik dank de Ministerin för dissen utführlichen Bericht un gev jetz dat Word an Fru Avgeordnete Tengler.

(Unruhe)

- Schnackt ward hier vörn!

Frauke Tengler [CDU]:

Leeve Präsident! Leeve Damens un Herrens! Nu harr ik mi so op Claus Möller freut, he harr doch versprochen, he wull wedder schnacken, ober dat weer villicht de Ministerin selbst so wichtig, datt se dat nu sölbni makt hett.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ober wat harr Claus Möller ok berichten schullt? Wenn dor nix is, kann ok nich von berichtet warn. De Lüüd von de Ministerin

(Heiterkeit)

- nu hör mol een beeten to! - hebbn dat opschreven - dat mütt se wohl. Se hebbn opschreven, datt dat „zahlreiche Lehrveranstaltungen“ in dat IPTS weern. Wie veel, seggn se nich, kann ik ok verstohn - dat weern man blots fief

(Zuruf von der CDU: Oh, oh!)

Veranstaltungen to'n Bispill in dat tweete Halfjoer. Un wie veel Lüüd dor mitmakt hebbn, seggn se natürlich ok nich. Dann ward von de Tokunft schnackt - „Lehramtskandidaten wenden sich an die Zentren und bitten um Informationsmaterial“. Wie veel denn? Wie oft denn? Wat wöln se denn? Dat ward allens nich verroden. Keen Tal to „vorschulische Förderung“, to „interessierte Lehrer- und Schülergruppen“. Worüm dörfn wi dat eegentli nich weeten? Wenn se de Regeerung dormit harrn kopen kunnt, denn harrn se dat dohn, dann harrn se dat opschreven.

(Unruhe)

Un denn op Siet 11 von de Bericht schnacken se von een Busteen för de Förderung von dat Niederdütsche in'n Kinnergorden. Dormit un mit de plattdütsche Vörlesewettbewerb - de ward ok erwähnt - hett de Landesregeerung nu wirklich nix to dohn. Platt in de Kinnergorden hett Marita Marxsen von de ADS erfunn un ümsett. Un de plattdütsche Vörlesewettbewerb moken de SHHB un de Sporkassen. Veelen Dank an Fru Marxsen un de annern beiden. Ik denk, dat mutt man ok seggn.

(Beifall bei der CDU)

Un wat seggn wi von de CDU nu to den Bericht von de Landesregeerung? Harr nich nödig dohn. Seggt nich, wat wirklich is, und seggt ok nich, wat warn schall. So, un nu to de Bericht von de Bierat. Mi dücht, dat schaffen blots de Plattdütschen, twee Berichte je Dagsordnungspunkt in fief Minuten.

Also, in de Bierat is dat immer eelich nett. Veelen Dank, Herr Präsident! Dor hebbn wi nämlich weniger Politiker un mehr Menschen ut dat Leben. Wi hebbn plattdütsche Vörsitter, de ördentlich föhrt, un de op sien Art mit de ole bürliche Tugend - diskoteern mit Messer un Gobel - för gode Stimmung sorgt. Un so is denn ok de Bericht von'n Bierat von ganz annern Kaliber. Klor, in de Bierat kann man nich alle Lüüd von de Scholen, von den SHHB un de Hogscholen und ehre Forderungen dorbi hebbn. De Landesregeerung seggt, datt se nu son feinen Erlass hett, ober de Ministerin hett jo ok seggt, dormit kann man nich allens regeln.

Dat is teemlich bescheiden mit disse Erlass. Die Bieratsbericht seggt ganz klor: De Erlass hett nix bröcht. In de Bieratsbericht find't man ok Talen: Immer weniger Lehrer schnackt Platt, un de poor, de dat noch dohn, sünd de längste Tied an de Scholen west.

(Lothar Hay [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Dat stimmt wohl! - All de Forderungen, de de Bierat opstellt, finden sik nich in de Bericht von de Landesre-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

geerung. Dat is nich nur nich nett, dat heet in Klortext: De Arbeit von de Bierat hett för de Landesregierung keen besonders grote Bedüüdung. Fastmoken kann man dat an de Sted von Professor Bull. Professor Bull is in Ruhestand gohn, un för sien Arbeit is keen Ersatz komen. Denn seggt Dr. Carl von dat Ministerium, datt dat in de Prüfungsordnung steiht, dat all de Dütschstuden-ten niederdütsche Seminare belegt hebbn möt. De Staatssekretär seggt ober, dat steiht nich in de Prüfungsordnung. De eene seggt so, un de annere seggt so. Un denn is dor noch een Fru in't Ministerium, de schnackt von „Missverständnisse“.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wer hett denn nu Recht?)

De Bericht von de Bierat is god, god för dat Plattdütsche. Dor steiht klor binn, wat wi dohn möten, wenn wi wölln, datt dat Plattdütsche levt, wenn wi wölln, datt mehr junge Lüüd Plattdütsch schnacken. Dann möten wi dorför sorgen, datt dor wedder een Professor för Dütsch an de BU kömmt, de ok Nedderdütsch ünnerrichten kann, un wie möten dorför sorgen, datt de SHHB mehr plattdütsche Kurse inrichten kann. De Nafrag is grot.

Wenn wi dat wirklich wölln: Wi all weeten, de Erlass hebbn wi siet acht Johr. Siet över dusend Johr spreken wi platt, un siet hunnert Johrn sünd wi uns in de Gremien eenig, datt wat passeern schall. Aber datt dor nix passeert is, Fru Ministerin, dat deiht mi leed, dat is Se's Schuld.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Nu schulln wi forts na de Wahl in Gang kommen un wat dohn, denn möten wi dor ok nich so oft över schnacken.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dat Wort hett de Abgeordnete Poppendiecker.

(Unruhe)

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Miene Damen un Herrn! Ja, ik komm ja nu mit dat Flensborger Platt ut de „chute Chechend, wo de Cheorchien chedeihen“, nich so god klor.

(Heiterkeit - Unruhe)

- Frauke, ik harr ja nu dacht, datt du een lütt beeten wat Positives süht, wat de Ministerin seggt hett. Du hest seggt, siet dusend Johr schnackt wi in Schleswig-Holsteen platt - dat is richtig. Ober dortwüsch giff

dat 40 Johr - un dat segg ik denn ok mol ganz dülich -, dor is nix passeert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dat sünd juhne 40 Johr. Dor weern de Scholmeesters, de du eben zitiert hest, alle noch jung, de jetz utscheeden doht un de noch Plattdüsch könt. De harrn Jü domols mit den Erlass animieren müsst, denn harrn de de Kinner dat bibröcht un wi harrn ok den Nawuchs an Scholmeesters. So eenfach is dat!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ik bün ok nich tofreen mit dat, aber ik denk mol, dat, wat de Ministerin seggt hett, is insofern richtig, datt wie ganz deep in't Tal weern un datt wi ganz liesen dor rutkommt. Un wenn jetzt eener meent, wi schaff dat ganz schnell, dann ward dat nix. Wi möt daran arbeiten un ik wüll mi wünschen, datt wi all an eene Siet von den Tampen riet, tomindst bi dit Thema. Dor möt wi uns politisch nich uteneen divideeren, sondern dor möt wi ganz dull ran.

Mi is ok klor, dat een Erlass nix helpt, wenn een Lehrer nich von Harten dorbi is un wenn een Lehrer dat nich begriep und glieks als erstes seggt, ik mutt Stunn' dorför hebbn. He kann morgens in de Klass rinkommen un vertellen, un dann geiht dat los.

To'n Bierat will ik ok seggn - siet 92, düsse Bericht is jo blots för de letzten veer Johr -: Hervorragende Arbeit. Tweemol in't Johr sitt wi tosamen. Dor sünd ok een Hupen Fachlüüd bi. Dat eenzigst, wat mi so'n beeten stört, is, datt ok de Fachlüüd dor ümmer Hochdütsch parliert. Dat is eegentli een beeten schad.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dat is de Präsident, dat is Claus Ehlers, dat bün ik, ober de annern - ok de Professoren - schnackt leider - meist ok de, de in't Radio ümmer to hörn sünd - „vornehm hochdeutsch“. Ik wör mi wünschen, datt se denn ok so'n beeten plattdütsch schnackt.

Wat mi ok noch stört, Präsident, dat wull ik nochmol düütlich seggn: Ju mokt ok - un dat steiht ok in de Bericht von den Bierat binnen - so hochrangige Veranstaltungen in uns' Landesvertretung in Bonn. Dor ward wi as Politiker nich to inlad't. Dor sünd denn nur de Hochrangigen. Ober dor wölln wi ok gern mol mit-schnacken. Dat is villicht mol wat för de Tokunft, datt tomindst de, de in de Bierat sünd, mitkommen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es ist jetzt in Berlin!)

(Frauke Tengler)

Ik denk ok mol, datt dat positiv is, datt de Bierat ok ümmer een beeten dorup hindrücken deiht - un dor helpt natürlig ok de SHHB düchtig mit -, datt in de Kreise mol Plattdütsch schnackt ward, dat in de Kommunen mol Plattdütsch schnackt ward - ik lot mol Nordreesland butenvör; dor is dat normal, datt man Plattdütsch schnacken deiht. Aber in'n Ostholsteener Kreistag to'n Bispill, de makt dann ok mol so'n Dag, wo Plattdütsch schnackt ward. Wi könt jo ok över Platt schnacken, solange wie wi wöllt. Wer schnackt denn von uns - außer, wenn dat Thema „Plattdütsch“ jetzt hüt obend op de Disch is - hier mol Plattdütsch? Warum doht wi dat nich af un to mol? Warum schnackt wi nich mol bi een ganz gewöhnliches Thema - mutt jo nich de Huushalt sien - platt?

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ober de, de dat könt, Fru Fröhlich, könt doch tomindest öfter mal schnacken. Dat nützt ja nix, wenn wi allens to Papier bringt und seggt, wat beter warm mutt, sondern wi mütt mit godet Bispill vörangohn. Dor sitt de Tohörer, dor steiht dat Fernsehen, un denn mutt dat rut, datt de Lüüd seggt: Kiek mol, dat sünd Vörbilder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ik denk mol, datt dat god is. Ik denk ok mol, datt de Landesregierung insofern een ganzen Barg dohn hett, datt düsse unsere Modersprak in de Europäische Charta rinkomen is. Dat hebbt wie gemeinsam makt.

(Beifall bei der SPD)

Ik denk, dormit sünd wi ok 'n Riesenverpflichtung ingohn - ganz glik, wer de Regeerung stellt -, mehr för unsere Sprak in Tokunft to dohn, as dat bis jetzt geschehn is. Dat kunn mehr sien, blots man kann dat nich allens hebbn. Ik denk mol, wenn wi alle an de richtige Siet treckt, wenn wi uns eenig sünd, wat wi wöllt, un wenn wi dat denn ok de bibringt, de dat weitergeven schöllt in de Scholen, in de Kinnergortens, denn schafft wi dat ok, datt wi uns Sprak ok in Tokunft erholt. Un wenn wi dat af un to ok noch mol in'n Landdag makt, denn denk ik, kommt wi een ganzes Stück wieter. Lat uns dat gemeinsam anpacken. Hoffentlich hett de nächste Landdag ok een poor, de Plattdütsch schnacken könt, denn kriegen wi dat schon op de Reeg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dat Wort hett de Avgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Leewe Kolleginnen un Kollegen! De Bericht, wat de Bildungsministerin vörleggt hett, meen ik, kann sich doch sehn loten. Dor sünd een ganze Barg Maßnahmen oplistet, dor sünd een ganze Barg so genannte „Akteure“ oplistet, un ik wull mi ok in de Nomen von mien Fraktion bi Se bedanken för de Bericht - un bi de Mitarbeiter. Vör allen Dingen ober wüll ik mi bedanken bi de veelen, veelen Lüüd, de Plattdütsch plegen un praktizeeren buten in't Land, Plattdütsch Theoter oder de Schleswig-Holsteinische Heimatbund, de sik dor sehr för insett, ober ok, datt dat een Bremer Institut giff un datt sik dor Lüüd insetten, datt se plattdütsche Vokabelböcker inföhrt hebbt, von't Hochdütsche in't Plattdütsche un von't Plattdütsche in't Hochdütsche, de Steden in Leck un Ratzeburg.

De Ministerin hett nu vertellt, de Steden - un dor hebbt wi uns op eenigt -, schölln opstockt warm. Is dat denn nix?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dor ward ok verhandelt, ob man een Professur villicht länderübergreifend opmaken kann - mit Hamborg, Niedersachsen, Meckelnborg-Vorpommern tosom. Dat is ja all nich so einfach, dat in knappe Tieden torecht to kriegen.

De Resonanz in de Presse - dat kann ik bestätigen. Ik les gern mien „Eckernförder Zeitung“; dor is erstmol in de Zentralverlag ut Flensburg regelmäßig wat op Plattdütsch binn; ober ok in de regionale Deel is regelmäßig mol 'n Gedicht, mol 'n plattdütsche Kommentar binn. Dor bün ik eegentlig ganz tofreen.

Ober wat de Kolleg Poppendiecker bi't letzte Mol, as wi den Andrag inbröcht hebbt hier in't Hoge Huus, seggt hett, man mutt Plattdütsch schnacken, schnacken, schnacken, dat is dat eenzige, wat dor hölpn deiht. Ik mutt ok seggn, Poppi, mit di tosamen: Mien Hoffnung is doch een beeten utricht' op de Enkel. Ik mutt ober ok för mi söln seggn, ik hev dat villicht in mien Familie, in mien Umgebung söln gor nich so plegt; in mien Familie, op mien Dörp weer dat fröher so: de Plattdütsch schnacken dehn, dat weern so de, de nich to de böberste Schicht op't Dörp hör'n dehn.

Klor, bi mi in de Familie, dor weer Hochdütsch anseggt, un mit de Lüüd wör Plattdütsch schnackt. Ja, so weer dat. Ik segg ja nur, wie dat weer, dor weer ik een lütte Jung, dor kann ik nix dorför. Aber so weer de Realität.

(Unruhe)

(Gerhard Poppendiecker)

Ober ik will nich klogen. Dat hett de Ministerin jo verlangt. Se hett jo seggt, wi söllt optimistisch sien un dat dorstelln. Dat hett nu Frauke Tengler in ehrn Biedrag nich mokt. Se hett seggt, de Regeerung un de Bericht - dor is allens verkehrt mokt. Dat döcht nix, dat lohnt nich, dat bröcht nix. Blots, dor mutt ik denn nafrogen: Hett denn de CDU in de letzte Johrn oder jetzt to disse Debatte mol een Andrag stellt?

(Beifall)

Ik bün keen Andrag wies worn von miene schwatten Kameroden un Kamerodinnen, Frauke. Meckern könnt ji god. Ankündigen könnt ji noch beter. Ober den een oder annern Andrag stelln oder sik mol een Konzept överleggn oder mol een Huushaltsandrag stellen oder irgendwat, wie ji sik vörstellt, wie wöllt ji de plattdütsche Sprak vörwärtsbringen, dor hest du wedder ganz allgemeen ankündigt, wenn ji an't Ruder kommt, dann schall dat allens beter warnn.

(Zwischenruf)

Ober de Lüüd frogen - un se hebbt een Recht dorto -: Wie wöllt ji dat denn moken? De ganze Landdagsdebatte hett dorvon lev't, dat ji ju ümmer beschwern doht, ober keene Konzepte vörleggt.

(Beifall)

Ja, Verleererdebatten, de könnt ji hier zelebrieren.

Poppi, wör ik in mien Gemeinderod plattdütsch schnacken - dor sünd gor keen Lüüd, de dat dohn. De Börgermeister - dat hev ik dat letzte Mol vertellt - kummt ut Rheinland; dor komen jo allerbeste Lüüd her, dat will ik gor nich in Frog stelln. Ober Plattdüsch kann he eben nich schnacken un een ganze Barg anner ok. Dor sünd twee Buern, de schnacken dat. Un dat is denn een komische Situation, wenn denn dree Lüüd ümmer plattdütsch schnacken in'n Gemeinderod un de annern könt dat nich. Ik segg mol, de Schwierigkeit is, datt Plattdütsch praktizeern oftmals künstlich is. Un dor möt wi von afkomen. Un dat is een Politik, de man op lange Sicht utgestalten mutt.

Ik will dien Schwattmalerie, wat uns Hoge Huus hier anbelangt, doch een beeten anners darstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Ik schnack oft mit Kollegen hier spontan Plattdütsch.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ik komm glieks to'n Schluss, Herr Präsident.

Ik wull nur seggn, man mutt sik de Frog stellen: Starvt dat Plattdütsche doch mol ut? So dramatisch is de Situation. Un ik segg, jeder mutt sik dor an sien eegen Näs foten un Plattdütsch praktizeeren un dat fördern, wo he kann. Ober de Staat, de hett dor düttlich Grenzen, wat he bewirken kann un wat he nich bewirken kann.

Un ik bün tofreeden mit den Bericht; dor ward een ganzen Barg mokt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dat Wort hett de Avgeordnete Dr. Klug. - Dat heet nich Dr. Klog, dat hev ik all mol vertellt.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der letzten Debatte, die wir im November geführt haben, schrieb die „Bild“-Zeitung am 19. November 1999 unter der Überschrift „Platt im Landtag“: „(Kiel) Fast nur auf Platt debattierten gestern die Abgeordneten im Landtag. Es ging um eine stärkere Förderung des Niedersächsischen.“

(Heiterkeit)

Wenn wir uns hier auch vorher über alles Mögliche gestritten haben, so sind wir uns in einem Punkt wohl doch einig, denke ich: Es geht nicht um die Förderung des Niedersächsischen, sondern des **Niederdeutschen!**

(Beifall und Heiterkeit)

Ich möchte meinen Beitrag auch in Anbetracht der vorgerückten Stunde kurz halten.

Erster Punkt: Ich meine, die beiden Zentren in Ratzeburg und in Leck leisten hervorragende Arbeit für die Pflege der niederdeutschen Sprache - Dank auch an den Kollegen Fleskes und an Volker Holm in Ratzeburg! Ich teile die Auffassung, dass eine halbe Stelle als jeweilige Ausstattung für diese Zentren zu wenig ist und dass wir uns um die Aufstockung auf eine volle Stelle bemühen müssen. Darin sind wir uns dann vielleicht auch einig.

Diese Einrichtungen leisten ausgezeichnete Arbeit. Ich möchte nur darauf verweisen, dass zum Beispiel das Ratzeburger Zentrum jetzt auch im Internet mit einer Homepage vertreten ist: „Plattdütsch in't Internet“ - als Informationsangebot, als Kommunikationsmedium zwischen Niederdeutsch Sprechenden im Lande, aber auch überregional eine ganz wichtige Sache, zumal dieses Medium nach meiner Einschätzung immer

(Detlef Matthiessen)

wichtiger wird. Wir hatten im Beirat ein Gespräch mit Herrn Rachut, der aus der Sicht des Verlegers darauf hinwies, dass ein Problem natürlich auch darin liegt, dass die Nachfrage nach niederdeutscher Literatur von der Zahl derjenigen abhängt, die diese Sprache sprechen, die Literatur auf Niederdeutsch kaufen. Diese Zahl ist leider - das muss man sagen - rückläufig.

Wir müssen alles daransetzen - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ik beed um 'n beeten mehr Opmerksamkeit, ok achtern links in de Eck.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Wir müssen also alles daransetzen, Niederdeutschkenntnisse, Plattdötschkenntnisse so, wie es beim Friesischen in Nordfriesland doch mit erheblichem Einsatz auch erreicht worden ist, nicht nur zu stabilisieren, sondern sie wieder zu erweitern. Da kommt es ganz entscheidend darauf an, dass wir in den **Schulen** des Landes zumindest eine Grundlage für Kenntnisse im Niederdeutschen legen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage ganz eindeutig: Eine **Niederdeutsch-Professur**, also eine Germanistik-Professur mit dem Schwerpunkt „Niederdeutsch“, muss an der Universität Flensburg etabliert werden. Dies ist die einzige Ausbildungseinrichtung in Schleswig-Holstein, die Grund- und Hauptschullehrer ausbildet. Wenn die Basis für Sprachkenntnisse im Niederdeutschen nicht schon an den Grundschulen gelegt wird, können wir letztlich alles vergessen. Wir wissen es vom Friesischen her - wenn wir nicht die Friesischlehrer hätten, die an den Grundschulen in Nordfriesland friesische Sprachkenntnisse vermitteln, würde auch diese Sprache als gesprochene Sprache, als Umgangssprache letztlich sukzessive aussterben. Gleichmaßen ist Voraussetzung für eine bessere Verankerung von Sprachkenntnissen dieser Regionalsprache in unserem Land eine Niederdeutsch-Professur an der BU Flensburg.

Eine letzte Anmerkung: Wir haben im August in der Beiratsitzung, die wir in Schwerin zusammen mit dem mecklenburgisch-vorpommerschen Beirat durchgeführt haben, doch beeindruckende Zahlen aus unserem Nachbarland im Südosten gehört. In **Mecklenburg-Vorpommern** ist die Pflege der niederdeutschen Sprache an den Schulen - das muss man anerkennen - wesentlich stärker verankert als bei uns. Wenn man zum Beispiel sagt, dass im Grundschulbereich an 94 % der Grundschulen Niederdeutsch - es wird nicht ge-

sagt, in welchem Umfang, aber immerhin taucht das auf - im Fachunterricht, zum Beispiel in Deutsch, Musik, Sachkunde oder Erdkunde präsent ist, wenn man uns zum Beispiel aus einer Erhebung in Mecklenburg-Vorpommern sagen kann, dass an 44 % der Realschulen dort Niederdeutsch Wahlpflichtfach ist, dann weisen diese Zahlen wirklich darauf hin, dass man in unserem südöstlichen Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern auf diesem Sektor wesentlich weiter ist als hier in Schleswig-Holstein. Dies soll uns ein Ansporn sein, in der Niederdeutsch-Arbeit an den Schulen weiterzukommen. Lassen Sie uns auch in Zukunft im Beirat, aber auch im Landesparlament insgesamt gemeinsam an diesem Ziel arbeiten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, auch wenn ich hochdeutsch gesprochen habe.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dat Wort hett de Fru Avgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Leewe Kolleginnen un Kollegen! In'nen November harrn wi all den Berichts-Andrag vun 'ne Rooden un de Gröönen hier in 'n Landdag. De Dagsordnungspunkt, de dor jüst vörut gung, weer de Minnerheitenbericht. Dorum is dat bi en poor Kollegen vun dit Hooge Huus un bi een Deel vun 'ne Lüüd in 't Land vilicht een beten döörenanner koomen, dat dat een groote Ünnerscheed twüschen de Regionalsprook Plattdötsch un de Minnerheitensprooken vun uns Land - Deensch, Freesch un Romanes - giff. Plattdötsch is keen Sprook vun een nationale Minnerheit, dat is een in ganz Norddötschland wiet verbreete Regionalsprook - und de Minschen, de Platt schnaken, sünd keen eegen Gruppe so as de Minderheiten. Op 'pe anner Sied giff dat natürl uk een Masse Sooken, de bi Platt, Deensch, Freesch un Romanes in uns Land glieks sünd.

Wenn dat nu kloor is, dat door erstmool groote Ünnerscheede twüschen de Regionalsprook Plattdötsch un de Minderheitenspraaken sünd, denn kann ik hüüt uk op gemeensame Sooken ingahn. Fröher geef dat mool en Konkurrenz twüschen Platt, Deensch un Freesch. Avers door sünd wi all lang vun wech. Dorüm dörf dat uk keen Gegeneenanner-Utspeelen vun de Sprooken op 'pe politische oder finanzielle Ebene geben. Hüüt is de Druck vun dat Hoochdötsche so groot worm, dat alle annere Sprooken vun uns Land dat schwoor hemm, un holen sik fuchti. Platt höört jüst so to uns Heimat as Deensch, Freesch un Romanes. Dorum hemm wi as SSW uk gor keen

(Dr. Ekkehard Klug)

Problem, all de Sprooken vun uns Land to erholen un vörantobringen.

De europäische Sprookencharta is nich bloos för Platt door - uk för Freesch, Deensch un Romanes.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Op Deensch giff dat dat schöne Woord „folkesprog“ - op Platt „Volkssprooken“ - un gegen all uns Volkssprooken in Schleswig-Holstein giff dat siet de föftiger un süsstiger Johren bit hüüt verdrehte Bildungsapostels, de nix begreepen hemm.

De Bericht vun uns Landdagspräsident öwer de Arbeit vun de „Birood Platt“ un de Bericht vun de Landesregierung, woarns dat mit de plattdüütsche Sprook in uns Land utsüht, wiest, dat door een ganze Masse dohn ward. Een poor Sooken wull ik Jüm dorbi mol dütlük mooken: De Zentren för Platt in Leck un Ratzeborg mooken goode Arbeit un warn uk good annahmen. Avers jedeem Zentrum hett bloos een Mitarbeiter mit twölf oder veertein Stünnen in‘ne Week. De beiden Lüüd loopten sik de Hacken scheef un arbeiten as man wat, avers se köönt door gor nich achterankoomen. Dat is goot, dat wi nu mit de Haushalt in de nächste Woch seggen, datt disse Zentren in Leck un Ratzeburg nich een halbe, sondern een ganze Stell hemm schall.

(Beifall bei der SPD)

Op‘pe anner Sied: Bloos mit Stellen, Geld un Verordnungen ward man de plattdüütsche Sprook nich weder to een allgemeene Alldagssprook mooken.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

De Medien kunn door veel bi mooken, jüst, wenn dat in‘t Radio un Fernsehen nich immer bloos plattdüütsch Programm för ole Lüüd geef. De Kabarett-Gruppe „De Scheefe Dree“ op Platt oder dat niie „Radio Frislon“ op Freesch un op Platt wiesen jo, dat man in de Volkssprooken uk selbstbewusst un frech een Programm för junge Lüüd mooken kann, wo sik de Olen uk noch bi höögen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD] - Lothar Hay [SPD]: Heavy Metal up
Platt is dat Richtige!)

Avers ga mi los mit de Betulichkeit vun veele annere Gruppen un Programmen. Wenn de plattdüütsche Sprook en Tokunft hebben schall, denn mutt se för junge Lüüd wat bedüüden. In‘ne School kann man wat mooken, avers de Leevde vun de jungen Lüüd to de Sprook kann in‘ne School knapp koomen.

Wenn wi as Landdag bloos alle poor Johr mool Platt schnackt, bringt dat nich veel. Ik kunn mi to‘n Bispill vörstellen, dat de Landdagspräsident de Debatten hier in‘t Huus immer mol wedder op Platt stüürt. Dat segg ik nich ut Spoos. He kann dat, dor mutt he sik keen bi afbreeken. Dat wöör na buten een gewaltige Öffentlichkeitswirkung vun‘t Platt hemm. Wokeen vun‘ne Kollegen keen Platt versteiht, de leert dat op disse Oort. Dat is uk nich schwoor, tominst nich schwoorer as dat Fachchinesisch vun veele annere Kollegen op Hoochdüütsch.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn Jüm Toleranz erst mol so wied is, denn wull de SSW sien Reden uk gern op Deensch un op Freesch bringen. Wer vun Jüm meent, dat is Tüünkroom, de mutt ik mool fragen, wo ernst he oder se dat mit de Volkssprooken vun uns Land wirkli meent. Een Debatte op Platt in‘ne Adventstied mookt sik je ganz schön. Wat du vun een Sprook höllst, ward avers bloos in‘ne Alldag kloor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Um dat Wort hett noch eenmal beed de Fru Bildungsministerin. Se schall dat Wort hemm.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tengler, man kann auf Platt auch platte Sprüche machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich muss einfach ein paar Sätze dazu sagen, weil ich befürchte, dass Sie mit solchen platten Sprüchen nicht nur hier aufwarten, sondern auch anderswo. Ich bitte auch die Kollegen von der anderen Seite, sich die Bemerkungen, die ich jetzt dazu machen will, und die rhetorischen Fragen, die ich Ihnen stelle, zu merken, weil dieses Thema hier und da in den nächsten Wochen vielleicht auftaucht.

Frau Tengler, Sie sind ja noch nicht die ganze Zeit dabei. Ich frage Sie, ob Sie wissen, wer das Gremium für das Niederdeutsche, das Sie so gelobt haben, initiiert hat. Wissen Sie das?

(Frauke Tengler [CDU]: Ja, selbstverständlich!)

(Anke Spoorendonk)

Das war die Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl.

(Beifall bei der SPD)

Wer hat die Idee gehabt, regionale Zentren einzurichten, und das auf den Weg gebracht? - Das war ihre Nachfolgerin. Wer hat den Landesplan aufgelegt, wer hat den Erlass für das Niederdeutsche gemacht?

Ich könnte noch viele Dinge mehr nennen. Es ist in den letzten zwölf Jahren in dieser Frage überhaupt erst einmal etwas in diesem Lande passiert,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar in qualifizierter Art und Weise, unter Einbeziehung der plattdeutschen Szene, die in diesem Gremium hochdeutsch spricht, Herr Poppendiecker. Das muss man akzeptieren und das ist in dem Sinne, wie ich es eben gesagt habe: Das Plattdeutsche kann nicht nur von den Sprechern existieren, sondern es muss in den Institutionen und in der Politik Unterstützer geben, die möglicherweise nur hochdeutsch sprechen, aber die auch Engagement dafür zeigen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren von der CDU, was Sie dabei eigentlich ärgert - und das ist der tiefere Sinn solch platter Beiträge wie Ihres eben - -

(Frauke Tengler [CDU]: Woher wissen Sie, was mich ärgert?)

- Sie können dem gern widersprechen. Mein Eindruck ist, dass es Sie maßlos ärgert, dass in etwas, was plattdeutsches Kulturgut in Schleswig-Holstein ist und was die CDU früher als ihr Eigentum betrachtet hat - Sie haben geglaubt, das ist ihre Domäne

(Zurufe von der CDU)

- doch; letztlich ist es so -, diese Landesregierung und auch die SPD Stück für Stück eingebrochen sind; das ärgert Sie.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Platter geht es nicht! - Klaus Schlie [CDU]: Das hat die plattdeutsche Sprache wirklich nicht verdient!)

Das spricht aus solchen Beiträgen wie diesem hier.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Das ist für mich der beste Beleg dafür, dass sich in dieser Frage wirklich etwas bewegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wiedere Wortmeldungen hev ik nich. Dann schlot wi dormit de Berodungen af.

Ik will noch een Korrektur anbringen oder Antwort geven: De Inlodung to de Veranstaltung in Bonn, de Avgeordneter Gerhard Poppendiecker ansprok, un in Tokunft de Veranstaltung in Berlin, wat dat Plattdüt-sche betrifft, goht selbstverständlich ümmer an alle Avgeordnete un sünn an se gohn. Blots damit dat sekerstellt is.

Wi hebbt keen Andrag hört. Ik denk, wi schülln de Bericht trotzdem an de Fachutschuss överwiesen. Wer so beschloten will, den beed ik um dat Handteiken. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Denn hebbt wi einstimmig so beschloten. Denn hebbt wi ja noch een versöhnlichen Abschluss funden.

De Andrag „Antibiotika“ ward in'n Januar behandelt, hev ik hört. Denn möch ik Jüm gern dorup hinwiesen, dat se sik dorup freuen dörp, sik am 21. Dezember noch mol um Klock 10 hier versammeln to dörpen. Schönes Weekend!

De Sitzung is to End.

Schluss: 18.09 Uhr